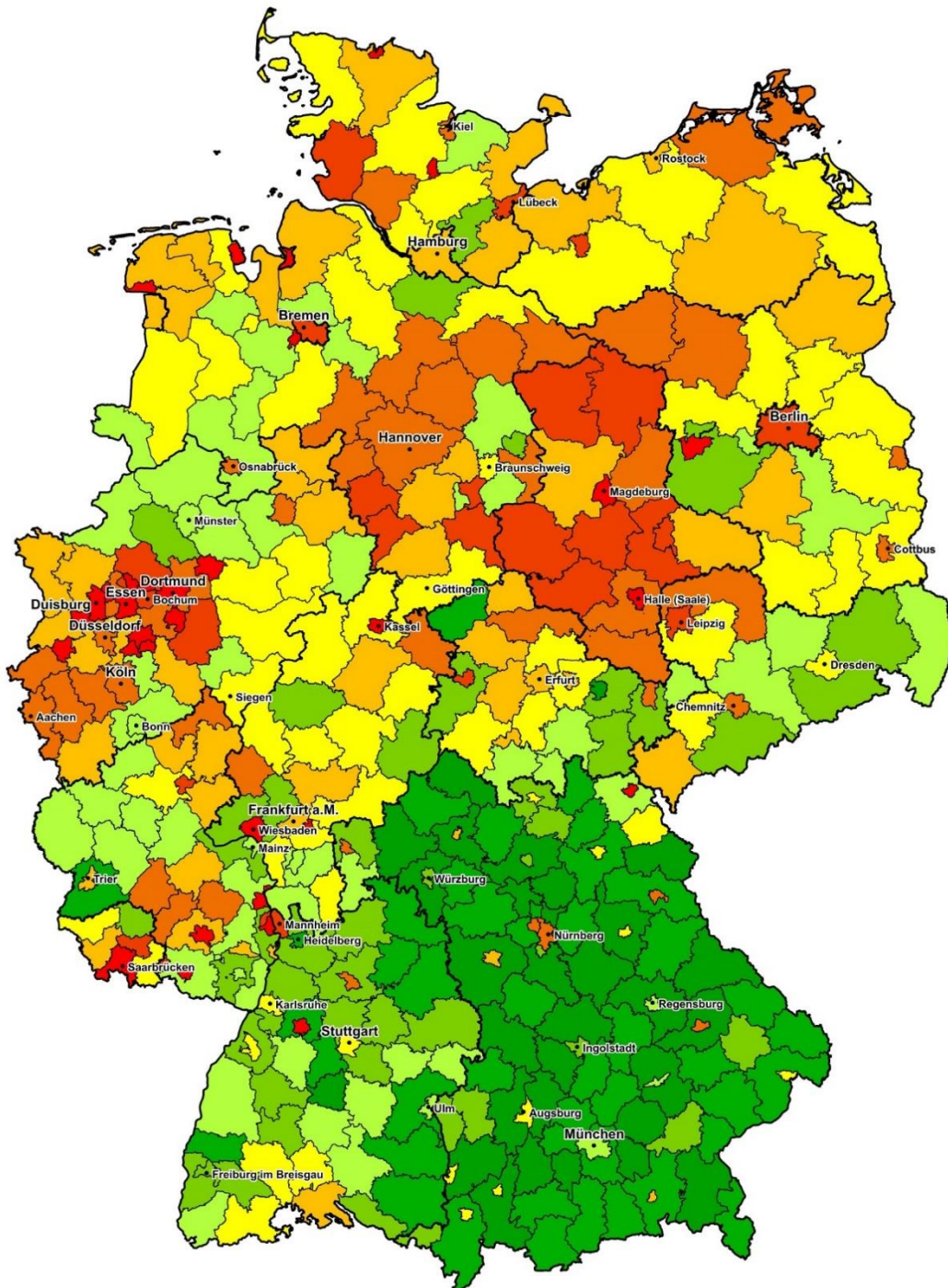


SchuldnerAtlas Deutschland

2020

Überschuldung von Verbrauchern



Inhalt

Vorwort

Trends kompakt: Überschuldung nimmt 2020 nochmals ab

1	Status: Überschuldung von Verbrauchern in Deutschland	9
1.1	Die Zahl der Überschuldungsfälle von Verbrauchern hat 2020 trotz Corona erneut abgenommen	14
1.2	Erneut gegenläufiger Trend: „Harte“ Überschuldung nimmt ab – „weiche“ Überschuldung nimmt zu	26
1.3	Doppeltrend: Ost- und Westdeutschland verbessern sich	32
2	Quo vadis, Deutschland? Die Überschuldungslage der Verbraucher zwischen „Lockdown“, Konsumzurückhaltung und „finanziellem Stress“	37
2.1	Ergebniseinordnung: Die Überschuldung der Verbraucher in Deutschland in Zeiten der Corona-Pandemie	38
2.2	Die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die wirtschaftliche Lage der Verbraucher in Deutschland – Ergebnisse von drei repräsentativen Verbraucherumfragen	43
3	Exkurs: Überschuldung von Verbrauchern in Zeiten von Corona im internationalen Vergleich	49
3.1	Die Corona-Pandemie verschärft in den USA bestehende soziale Probleme	50
3.2	Corona-Pandemie und „Brexit“ schwächen den Wirtschaftsstandort Großbritannien	54
3.3	Innensicht: Eine Momentaufnahme der Ver- und Überschuldungslage der Verbraucher in den USA	57
4	Mangelernährung und Schulden – allgegenwärtig und doch zu oft übersehen Ein Gastbeitrag von Jochen Brühl, Vorsitzender der Tafel Deutschland e.V.	61
4.1	Angebot und Nachfrage: Wo gibt es Tafeln und wer sind die Tafel Kundinnen und Kunden?	62
4.2	Perspektiven: Obwohl es jeden treffen kann, wissen wir, wer die Kundinnen und Kunden von übermorgen sind	65
4.3	Einschränkungen der finanziellen Mittel und mangelnde Teilhabe am Rande der Gesellschaft gehen Hand in Hand	66
4.4	Corona verdichtet soziale Problemlagen: Menschen unterstützen, gerade jetzt	67
5	Blick in die Zukunft: Die Überschuldungsampel bleibt trotz leichter Entspannung durch die Corona- Pandemie weiterhin auf „rot“	69
6	Ergebnisse kompakt	73
7	Basisdaten: Karten, Tabellen und Schaubilder	77

Wichtige Definitionen

Ansatz und Basisbegriffe

Der SchuldnerAtlas Deutschland untersucht, wie sich die Überschuldung von Verbrauchern innerhalb Deutschlands kleinräumig verteilt und entwickelt. Überschuldung liegt dann vor, wenn der Schuldner die Summe seiner fälligen Zahlungsverpflichtungen mit hoher Wahrscheinlichkeit über einen längeren Zeitraum nicht begleichen kann und ihm zur Deckung seines Lebensunterhalts weder Vermögen noch Kreditmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Oder kurz: Die zu leistenden Gesamtausgaben sind höher als die Einnahmen. Mit Hilfe der Überschuldungsquoten, das heißt dem Anteil der Personen mit Negativmerkmalen im Verhältnis zu allen Personen ab 18 Jahren, kann die Überschuldung in ihrer geographischen Verteilung bis hin auf die Ebene von Straßenabschnitten dargestellt werden.

Negativmerkmale

Die Negativmerkmale setzen sich zusammen aus den aktuell vorliegenden juristischen Sachverhalten (Daten aus den amtlichen Schuldnerverzeichnissen – Nichtabgabe der Vermögensauskunft, früher: Haftanordnung und Eidesstattliche Versicherung – und Privatinsolvenzen), unstrittigen Inkasso-Fällen von Creditreform gegenüber Privatpersonen und nachhaltigen Zahlungsstörungen. Nachhaltige Zahlungsstörungen werden in einer Minimaldefinition abgegrenzt durch den Tatbestand von mindestens zwei, meist aber mehreren vergeblichen Mahnungen mehrerer Gläubiger. Die Speicherung der Daten ist durch die EU-Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO), Art. 6, Abs. 1f, geregelt.

Überschuldungsintensität

Zwei Formen von Überschuldung werden in der Analyse unterschieden: Fälle mit „hoher“ Überschuldungsintensität basieren ausschließlich auf juristischen Sachverhalten (Daten aus den amtlichen Schuldnerverzeichnissen und Privatinsolvenzen). Fälle mit „geringer Überschuldungsintensität“ basieren auf einer eher niedrigen Anzahl von Negativmerkmalen, in der Regel so genannten nachhaltigen Zahlungsstörungen (Minimaldefinition abgegrenzt durch den Tatbestand von mindestens zwei, meist aber mehreren vergeblichen Mahnungen mehrerer Gläubiger).

Datenquellen

Die vorliegende Analyse basiert auf den Daten und Karten der Creditreform Tochterfirmen Creditreform Boniversum GmbH und microm Micromarketing-Systeme und Consult GmbH (beide Neuss).

Überschuldung nimmt 2020 nochmals ab

	Basiswerte	Abweichungen	
Überschuldete Personen Überschuldungsquote	6,85 Millionen 9,87%	- 69.000 Fälle - 0,13 Punkte	- 1,0%
Personen mit harten Negativmerkmalen	3,82 Millionen	- 188.000 Fälle	- 4,7%
Personen mit weichen Negativmerkmalen	3,03 Millionen	+ 119.000 Fälle	+ 4,1%
Überschuldete Haushalte	3,42 Millionen	- 2.000 Fälle	- 1,2%
Frauen Überschuldungsquote	2,69 Millionen 7,58%	- 17.000 Fälle - 0,07 Punkte	- 0,6%
Männer Überschuldungsquote	4,17 Millionen 12,27%	- 52.000 Fälle - 0,19 Punkte	- 1,2%
bis unter 30 Jahre Überschuldungsquote	1,11 Millionen 9,63%	- 303.000 Fälle - 2,50 Punkte	- 21,4%
30 bis 39 Jahre Überschuldungsquote	1,84 Millionen 17,31%	- 9.000 Fälle - 0,40 Punkte	- 0,5%
40 bis 49 Jahre Überschuldungsquote	1,41 Millionen 13,48%	- 3.000 Fälle + 0,36 Punkte	- 0,2%
50 bis 59 Jahre Überschuldungsquote	1,30 Millionen 9,64%	+ 73.000 Fälle + 0,47 Punkte	+ 5,9%
60 bis 69 Jahre Überschuldungsquote	0,73 Millionen 7,04%	+ 84.000 Fälle + 0,68 Punkte	+ 13,0%
ab 70 Jahre Überschuldungsquote	0,47 Millionen 3,61%	+ 89.000 Fälle + 0,67 Punkte	+ 23,3%
Gesamtschuldenvolumen*	189 Mrd. Euro	- 7 Mrd. Euro	- 3,4%

*Basiswert für mittlere Schuldenhöhe: Statistisches Bundesamt, Statistik zur Überschuldung privater Personen 2019, 25.05.2020 – Der Wert für 2020 basiert auf einer Hochrechnung.

Alle Tabellen nebst detaillierten Quellenangaben sind in Kapitel 7 Basisdaten: Karten, Tabellen und Schaubilder zu finden.
Rundungsdifferenzen möglich.

Vorwort

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

die Corona-Pandemie hält die Welt seit Anfang des Jahres in Atem. Anfang November waren weltweit rund 1,2 Millionen Tote und über 46 Millionen infizierte Personen zu beklagen. Die Einschränkungen des öffentlichen Lebens und die zur Eindämmung der Pandemie getroffenen Maßnahmen haben die Weltwirtschaft, aber auch die deutsche Wirtschaft in eine schwere Rezession gestürzt. Erstaunlicherweise zeigen sich davon die aktuellen Überschuldungsdaten in Deutschland auf den ersten Blick unberührt. Die Zahl überschuldeter Verbraucher ist sogar zum zweiten Mal in Folge zurückgegangen – und dies stärker als im letzten Jahr. Aktuell sind rund 6,85 Millionen Verbraucher in Deutschland überschuldet – rund 69.000 weniger als im Vorjahr. Die Überschuldungsquote sinkt merklich auf 9,87 Prozent.

Allerdings hat der zehnjährige Konjunkturboom durch „Covid-19“ ein anderes Ende gefunden, als dies vor einem Jahr abzusehen war. Auch wenn sich die Befürchtungen einer „Jahrhundertrezession“ (Deka-Bank, April 2020) bislang nicht eingestellt haben, können Aussagen zur künftigen Wirtschafts- und damit auch Überschuldungsentwicklung angesichts weltweit steigender Infektionszahlen nur den Charakter unscharfer Vorhersagen haben. Dies gilt ganz besonders, da angesichts der derzeit wieder drastisch steigenden Infektionszahlen seit 2. November ein „Lockdown light“ in Deutschland in Kraft getreten ist. Nach einer Schnellanalyse des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) und des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) soll dieser Lockdown die deutsche Wirtschaft rund 19 Milliarden Euro und etwa 600.000 Arbeitsplätze kosten.

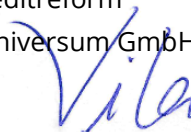
Die Folgen der Corona-Pandemie für Gesellschaft, Wirtschaft und Verbraucher sind gravierend, wobei Deutschland im internationalen Vergleich bislang noch „Glück im Unglück“ hat. Dies zeigen auch die vergleichenden Analysen zur Überschuldungslage in den USA und in Großbritannien (Kapitel 2). Aber auch in Deutschland dürfte sich im nächsten und übernächsten Jahr die wirtschaftliche Lage für die Verbraucher, zeitlich verzögert, deutlich verschlechtern. Diese Trendeinschätzung untermauern auch drei repräsentative Verbraucherumfragen, die wir jeweils Ende Mai, August und Oktober für den SchuldnerAtlas Deutschland durchgeführt haben. Auch Jochen Brühl, seit 2013 Vorsitzender von Tafel Deutschland e.V., teilt diese eher pessimistische Sicht und sieht die durch Corona verschärfte soziale Problemlage. In seinem Gastbeitrag fordert er daher: „Menschen unterstützen, gerade jetzt!“

Wir wünschen Ihnen eine spannende und erkenntnisreiche Analyse.
Herzlichst

Patrik-Ludwig Hantzsch
Creditreform
Wirtschaftsforschung



Stephan Vila
Creditreform
Boniversum GmbH



Michael Goy-Yun
microm Micromarketing-
Systeme und Consult GmbH



Neuss, den 10. November 2020

1 Status: Überschuldung von Verbrauchern in Deutschland

**Trotz Corona sinken 2020
Überschuldungsfälle und
Überschuldungsquote**

**Ein Ende der Krise ist
angesichts der derzeit
anrollenden zweiten
Infektionswelle nicht ab-
sehbar**

**IWF: Die Corona-
Pandemie bedroht den
Wohlstand in vielen
Teilen der Welt**

**Auch in Deutschland
gravierende Folgen**

**Alleine zwei Millionen
Kleinstunternehmer
stehen bereits jetzt am
Rande einer
Überschuldung**

Die Überschuldungslage der Verbraucher in Deutschland hat sich in den letzten zwölf Monaten trotz der negativen Einflüsse der Corona-Pandemie bislang nicht verschlechtert. Im Gegenteil: Die Zahl überschuldeter Verbraucher ist seit Oktober letzten Jahres und zum zweiten Mal in Folge gesunken. Die Überschuldungsquote geht merklich zurück, auch da die Bevölkerungszahl in Deutschland wie in den Vorjahren nochmals zugenommen hat. Auf den ersten Blick ist die aktuelle Überschuldungsentwicklung paradox, da die Corona-Pandemie und die von der Politik weltweit beschlossenen Schutzmaßnahmen die globale Wirtschaft in eine tiefe Rezession geschickt haben. Ein Ende der gesundheitspolitischen und ökonomischen Krisenlage ist angesichts der derzeit anrollenden zweiten Infektionswelle nicht absehbar – die unmittelbaren und mittelbaren Folgewirkungen für Gesellschaft, Wirtschaft und Verbraucher werden gravierender sein als die der Finanz- und Wirtschaftskrise der Jahre 2008 / 2009.

Die Corona-Pandemie bedroht nach aktuellen Analysen des Internationalen Währungsfonds (IWF) auf Jahre hinaus den Wohlstand in vielen Teilen der Welt. Der IWF geht zwar davon aus, dass Deutschland die Folgen der Pandemie besser bewältigen kann als andere Industrieländer, dennoch gehen der Weltwirtschaft nach Berechnungen des IWF durch die Pandemie-Krise von 2020 bis 2025 zusammengenommen rund 28 Billionen Dollar an Wertschöpfung verloren. Zudem zeichnen sich Polarisierungstrends auf dem Arbeitsmarkt ab. Dabei sind Niedrigverdiener, junge Leute und Frauen von den Folgen der Pandemie härter getroffen als andere gesellschaftliche Gruppen. Allein dieses Jahr rutschen demnach 90 Millionen Menschen in extreme Armut.

Aber auch in Deutschland sind die Folgen für Wirtschaft und Verbraucher gravierend: Die Corona-Krise hat dazu geführt, dass viele Verbraucher weniger Geld in der Tasche haben. Die einen haben ihren Job verloren (zwischenzeitlich rund 700.000 Menschen), andere sind in Kurzarbeit (bis zu 7,3 Millionen Menschen im Mai 2020) und wiederum andere können ihrer selbstständigen oder auch teilberuflichen Tätigkeit nicht mehr nachgehen. Schätzungen zu Folge kämpfen derzeit zwei Millionen Kleinstunternehmer, also Freiberufler und Soloselbstständige, um ihre Existenz und stehen bereits jetzt am Rande einer Überschuldung. Zwar haben die staatlichen Hilfsmaßnahmen und -programme die schlimmsten sozialen Aus-

wirkungen abgemildert, Kritiker gehen aber davon aus, dass die Folgen nur in die Zukunft verschoben sind, auch wenn die meisten Verbraucher mit Ausgabenvorsicht und Konsumzurückhaltung auf die ökonomischen Folgen reagiert haben.

Der wirtschaftliche Einbruch in Folge des „Lockdowns“ im Frühjahr war „brutal“. So ging das Bruttoinlandsprodukt (BIP) bereits im 1. Quartal 2020 um 2,2 Prozent und im 2. Quartal um historische 9,7 Prozent zurück (jeweils gegenüber dem Vorquartal). Allerdings hatte sich schon vor den Eindämmungsmaßnahmen die wirtschaftliche Entwicklung deutlich abgekühlt. Vor allem Export und Industrie lahmten bereits seit mehr als einem Jahr, die deutsche Wirtschaft geriet 2019 nahe an eine „technische Rezession“. Die Corona-Krise hat diesen Negativtrend nochmals erheblich verschärft und auch die Binnenkonjunktur ist dadurch betroffen. Derzeit sind nach Angaben des ifo-Instituts von Oktober immer noch mindestens 3,3 Millionen Menschen in Deutschland in Kurzarbeit, im Mai lag ihre Zahl bei 7,3 Millionen. Viele davon könnten in die Arbeitslosigkeit abrutschen und durch reduzierte Einkommen den privaten Konsum als wichtigen Impulsgeber der Konjunktur abschwächen. Ende August 2020 lag die Arbeitslosenzahl in Deutschland bei 2,955 Millionen und damit um rund 690.000 Personen höher als im Durchschnitt des letzten Jahres (+ 30 Prozent). Zudem hat die Zahl der Langzeitarbeitslosen wieder um rund 135.000 Fälle zugenommen (+ 19 Prozent). Das KfW-Mittelstandspanel von Mitte Oktober 2020 geht davon aus, dass bis Ende des Jahres sogar rund 1,1 Millionen Beschäftigte im Mittelstand gefährdet sind und damit etwa so viele, wie in den letzten drei Jahren im Mittelstand aufgebaut wurden.

Nach Angaben der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute hat die Pandemie die deutsche Wirtschaft und den Arbeitsmarkt trotz massiver staatlicher Hilfen härter getroffen, als noch im Frühjahr angenommen wurde. Die „Wirtschaftsweisen“ korrigierten Mitte Oktober ihre Prognose für 2020 und 2021 um jeweils etwa einen Prozentpunkt nach unten. 2020 soll demnach das BIP um mehr als 5,4 Prozent zurückgehen (bezogen auf den Vorjahreszeitraum). Im kommenden Jahr könne die deutsche Wirtschaft auf niedrigem Niveau um 4,7 Prozent wachsen, 2022 dann um 2,7 Prozent. Frühestens Ende 2021 werde nach Ansicht der Gutachter das Vorkrisenniveau der Wirtschaftsleistung wieder erreicht. Angesichts der zweiten Infektionswelle geht ein Szenario des Prognos-Instituts von

Der wirtschaftliche Einbruch durch den „Lockdown“ war „brutal“

Im Mai 2020 lag die Zahl der Kurzarbeiter bei rund 7,3 Millionen

**Ende August 2020:
+ 690.000 Arbeitslose**

Bis Ende 2020 sind rund 1,1 Millionen Arbeitsplätze stark gefährdet

Prognosen für 2020 und 2021 wurden „nach unten“ korrigiert

Auswirkungen der zweiten Infektionswelle sind noch nicht „eingepreist“

Ende Oktober sogar davon aus, dass die deutsche Wirtschaft erst 2023 wieder auf Vorkrisenniveau sein wird.

Trotz Positivtrend zeigen sich erneut bedenkliche Entwicklungen

„Überschuldung wird älter“

Konsumüberschuldung nimmt zu

Umfragen, um Bedrohungslage besser einschätzen zu können

Negativtrend 2021 / 2022: Ruhe vor dem Sturm?

Internationale Vergleiche: Deutschland mit „Glück im Unglück“?

Die aktuellen Daten beinhalten trotz positivem Gesamttrend bedenkliche Teilergebnisse. Das Phänomen „Altersüberschuldung“ gewinnt nochmals stärker als in den Vorjahren an Bedeutung. Die Zahl älterer überschuldeter Verbraucher (über 50 Jahre) hat deutlich zugenommen. Die Zahl jüngerer überschuldeter Verbraucher (unter 50 Jahre) hat fast ebenso deutlich abgenommen. Zudem ist zum dritten Mal in Folge die Zahl der Überschuldungsfälle mit so genannter „hoher Überschuldungsintensität“ (vereinfacht: juristische Sachverhalte) zurückgegangen. Hingegen ist die Zahl der Überschuldungsfälle mit geringer Intensität (vereinfacht: nachhaltige Zahlungsstörungen) zum vierten Mal in Folge angestiegen. Offensichtlich spiegelt sich im deutlichen Rückgang der „harten Überschuldung“ zeitversetzt auch der seit Jahren kontinuierliche Rückgang von Privatinsolvenzverfahren und Langzeitarbeitslosigkeit. Der Anstieg der „weichen Überschuldung“ korrespondiert weiterhin und trotz Corona mit den Folgen einer zunehmenden Konsumverschuldung, die sich durch fast alle Altersgruppen zieht.

Die Überschuldungslage wird sich für viele Verbraucher in Deutschland in den nächsten Jahren deutlich verschlechtern, auch wenn der aktuelle Trend noch positiv ist. Um die künftige Bedrohungslage besser einschätzen zu können, fasst Kapitel 2 die Ergebnisse von drei repräsentativen Online-Umfragen zusammen, die jeweils Ende Mai, August und Oktober 2020 durchgeführt wurden. Sie befassen sich mit der Entwicklung der wirtschaftlichen Lage der Verbraucher und den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf das Konsumverhalten in Deutschland. Überschlägige Hochrechnungen lassen Rückschlüsse auf den zu erwartenden Anstieg der Überschuldungsfälle in den nächsten 12 Monaten zu. Weitere Umfragen sind für 2021 geplant.

Kapitel 3 wagt, wie bereits nach Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise ab Ende der 2010er-Jahre, einen Blick auf die Überschuldungslage der Verbraucher in den USA und in Großbritannien. Beide Länder leiden besonders stark unter der Corona-Pandemie – auch bedingt und verstärkt durch fehlende oder weniger stark ausgeprägte soziale Sicherungssysteme und eine mangelnde Handlungsfähigkeit der politischen Administrationen. In Großbritannien wird ein „No-Deal-Brexit“ wahrscheinlicher – mit gravierenden Folgen, nicht

nur für die britische Wirtschaft. Die Kurzanalyse der renommierten Haushaltswissenschaftlerin Prof. Dr. Cäzilia Loibl (Ohio State University, U.S.A.) rundet den Themenblock vor dem Hintergrund der Wahl des neuen US-Präsidenten Anfang November ab. Im direkten Vergleich zeigt sich, Deutschland hat derzeit offensichtlich noch „Glück im Unglück“.

Der Gastbeitrag (Kapitel 4) befasst sich mit der Arbeit der Tafel Deutschland e.V., die im September 2020 ihr 25-jähriges Bestehen feierte. Jochen Brühl, seit 2013 Vorsitzender von Tafel Deutschland e.V., beschreibt das Aufgabenprofil der rund 950 gemeinnützigen Tafeln mit ihren rund 2.000 Ausgabestellen für bedürftige Menschen. Brühl zeigt auf, inwieweit in den Tafeln Armut, Altersarmut und Altersüberschuldung miteinander korrelieren. Vor dem Hintergrund des seit Jahren stabilen Trends zur Altersüberschuldung und der zu erwartenden Verschärfung sozialer Problemlagen durch Corona lenkt der Beitrag den Blick auf zwei besonders stark zunehmende Nachfragegruppen der Tafeln: Senioren sowie Familien mit Kindern und Jugendlichen. Seine Conclusio lautet: „Menschen unterstützen, gerade jetzt!“

Gastbeitrag: „Tafel Deutschland e.V.“ an der Schnittstelle zwischen Altersarmut und Altersüberschuldung

Conclusio: „Menschen unterstützen, gerade jetzt!“

1.1 Die Zahl der Überschuldungsfälle von Verbrauchern hat 2020 trotz Corona erneut abgenommen

2020: 6,85 Mio. überschuldete Personen in Deutschland (- 69.000 Personen)

Überschuldungsquote sinkt auf 9,87 Prozent (- 0,13 Punkte)

Die Zahl überschuldeter Privatpersonen in Deutschland ist zum zweiten Mal in Folge zurückgegangen. Die Überschuldungsquote sinkt 2020 merklich, auch da die Bevölkerung durch Zuwanderung nochmals, wenn auch weniger stark als in den Vorjahren, zugenommen hat.¹ Für die gesamte Bundesrepublik wird zum Stichtag 1. Oktober 2020 eine Überschuldungsquote von 9,87 Prozent gemessen. Damit sind weiterhin fast 6,9 Millionen Bürger über 18 Jahre überschuldet und weisen nachhaltige Zahlungsstörungen auf. Dies sind rund 69.000 Personen weniger als noch im letzten Jahr (- 1,0 Prozent). Im letzten Jahr hatte die Zahl überschuldeter Verbraucher um rund 10.000 Fälle abgenommen (- 0,1 Prozent). Zwischen 2014 und 2018 war die Zahl überschuldeter Personen kontinuierlich angestiegen (2018: + 19.000 Fälle; + 0,3 Prozent; 2017: + 65.000 Fälle; + 0,9 Prozent; 2016: + 131.000 Fälle; + 1,9 Prozent).

Tab. 1.: Überschuldungsquoten in Deutschland 2017 bis 2020

Jahr	Einwohner	Personen über 18 Jahre	Überschuldete Personen	Überschuldungsquote	Überschuldete Haushalte
2017	82,79 Mio.	68,83 Mio.	6,91 Mio.	10,04%	3,45 Mio.
2018	83,02 Mio.	69,03 Mio.	6,93 Mio.	10,04%	3,46 Mio.
2019	83,17 Mio.	69,24 Mio.	6,92 Mio.	10,00%	3,46 Mio.
2020	83,19 Mio.	69,41 Mio.	6,85 Mio.	9,87%	3,42 Mio.

Die Gesamt-Tabelle ist in Kapitel 7.3 zu finden: Tabelle 16.

3,42 Millionen Haushalte überschuldet und nachhaltig zahlungsgestört

Die Überschuldungsquote für Deutschland sinkt erstmals seit vier Jahren unter die Zehn-Prozent-Marke – wie zuletzt von 2009 bis 2015. Die Quote bleibt zudem weiterhin deutlich unter den Höchstwerten der Jahre 2005 bis 2007. Nach überschlägigen Berechnungen sind demnach rund 3,42 Millionen Haushalte überschuldet und nachhaltig zahlungsgestört (2019 und 2018: 3,46 Millionen; 2004:

¹ Vgl. Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. 223, 19.06.2020, Bevölkerung in Deutschland im Jahr 2019 auf 83,2 Millionen gestiegen / Bevölkerung wächst langsamer als in den Jahren 2013 bis 2018. Allerdings ist die Bevölkerungszahl im 1. Halbjahr 2020 erstmals seit 2010 leicht zurückgegangen. Vgl. Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. 404, 13.10.2020, Bevölkerungszahl im 1. Halbjahr 2020 leicht zurückgegangen.

3,10 Millionen). Dabei zeigte sich die Entwicklung der Überschuldungszahlen im Jahresverlauf kontinuierlicher als in den Vorjahren und spätestens seit Mai 2020 abnehmend.

Der Rückgang der Überschuldungsfälle beruht wie im Vorjahr auf einer stärkeren Abnahme der Fälle mit hoher Überschuldungsintensität (vereinfacht: juristische Sachverhalte; - 188.000 Fälle; - 4,7 Prozent). Die Zahl der Fälle mit geringer Überschuldungsintensität (vereinfacht: nachhaltige Zahlungsstörungen) ist hingegen nochmals leicht stärker als im Vorjahr angestiegen (+ 119.000 Fälle; + 4,1 Prozent). Im deutlichen Rückgang der „harten Überschuldung“ spiegelt sich zeitversetzt der seit Jahren kontinuierliche Rückgang der Privatinsolvenzverfahren und zugleich die bis Frühjahr 2020 robuste Verfassung des Arbeitsmarktes mit einem deutlichen Rückgang von Langzeitarbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung. Dieser Positivtrend im deutschen Arbeitsmarkt hat sich durch die Corona-Pandemie spätestens ab April gewendet.

Auch die Hauptauslöser für Überschuldungsprozesse, die seit 2008 kontinuierlich vom Statistischen Bundesamt erhoben werden, zeigen, dass vorwiegend „ökonomische“ Auslöser wie Arbeitslosigkeit (Anteil 2020: 20 Prozent; Abweichung 2008 / 2020: - 30 Prozent der Fälle) und gescheiterte Selbstständigkeit (8 Prozent; 2008 / 2020: - 10 Prozent der Fälle) in den letzten Jahren an Bedeutung verloren haben. Diese ökonomischen Auslöser korrelieren stärker mit einer Zunahme der Fälle mit hoher Überschuldungsintensität. Zugleich hat sich der Trend der Vorjahre, insbesondere bei den Überschuldungsauslösern „Erkrankung, Sucht, Unfall“ (Anteil 2020: 17 Prozent; Abweichung 2008 / 2020: + 59 Prozent der Fälle) und „unwirtschaftliche Haushaltsführung“ (Anteil 2020: 16 Prozent; Abweichung 2008 / 2020: + 68 Prozent der Fälle), nochmals verstärkt. Insbesondere der Auslöser „unwirtschaftliche Haushaltsführung“, der oft synonym mit dem Begriff „irrationales Konsumverhalten“ verwendet wird, bildet oft den „schleichenden Einstieg“ in eine Überschuldungsspirale und korreliert eher mit Fällen mit geringer Überschuldungsintensität. Beide Befunde erklären zusammengekommen den Basistrend der letzten Jahre.

Die Daten der Überschuldungsstatistik des Statistischen Bundesamtes für die Jahre 2008 bis 2020 zeigen, dass der Anteil jüngerer überschuldeter Personen (bis 35 Jahre), die durch Arbeitslosigkeit in die Überschuldung geraten sind, deutlich zurückgegangen ist (2008:

**Basistrend seit 2018:
Harte Überschuldung
nimmt ab, weiche
Überschuldung nimmt
zu**

**Rückgang von „harter
Überschuldung“ und der
Privatinsolvenzverfahren
korrespondieren**

**Langzeittrend:
Ökonomische Auslöser
wie Arbeitslosigkeit
haben an Bedeutung
verloren**

**„Erkrankung, Sucht,
Unfall“ sowie „unwirtschaftliche
Haushaltsführung“ nehmen an
Bedeutung zu**

**Jüngere Verbraucher:
Deutliche Zunahme bei
„unwirtschaftlicher
Haushaltsführung“**

29 Prozent; 2020: 18 Prozent). Umgekehrt ist ihr Anteil beim Auslöser „unwirtschaftliche Haushaltsführung“ deutlich gestiegen (2008: 17 Prozent; 2020: 27 Prozent). Bei älteren Personen (65 Jahre und älter) zeigt sich eine merkliche Zunahme nur beim Auslöser Arbeitslosigkeit (2008: 5 Prozent; 2020: 9 Prozent; „unwirtschaftliche Haushaltsführung“: 2008: 10 Prozent; 2020: 11 Prozent).² Dabei ist generell davon auszugehen, dass es jüngeren Personen offensichtlich schneller gelingt, sich aus dem Überschuldungskarussell zu verabschieden.³

Tab. 2.: Die Veränderung der Hauptüberschuldungsauslöser („big six“) 2008 / 2020 und eine Projektion der Überschuldungsfälle

Hauptüberschuldungsgrund	Abweichungen 2008 / 20	Projektion: Überschuldungsfälle 2020
Arbeitslosigkeit	- 30%	1,36 Mio.
Trennung, Scheidung, Tod	- 10%	0,86 Mio.
Erkrankung, Sucht, Unfall	+ 59%	1,17 Mio.
Unwirtschaftliche Haushaltsführung	+ 68%	1,09 Mio.
Gescheiterte Selbstständigkeit	- 10%	0,57 Mio.
längerfristiges Niedrigeinkommen	+ 179%	0,64 Mio. (2015 bis 2020)
Sonstige	- 41%	1,16 Mio.
Gesamt	± 0%	6,85 Mio.

Die Gesamt-Tabelle ist in Kapitel 7.3. zu finden: Tabelle 17.

Zudem hat der erst 2015 eingeführte Indikator „längerfristiges Niedrigeinkommen“ den höchsten Bedeutungszuwachs als Auslöser von Überschuldungsprozessen – von rund drei Prozent (2015)

² Vgl. auch Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. 181, 25.05.2020: In 35 Prozent der überschuldeten Haushalte lebte 2019 mindestens ein Kind.

³ Die Langzeitanalysen zeigen: Fälle mit hoher Überschuldungsintensität sind oft mit einer längeren Überschuldungskarriere und oft auch mit höheren Schuldenvolumina verbunden. Zudem weisen viele überschuldete Personen in jüngem Alter harte Merkmale auf, deren Schuldenvolumen allerdings noch nicht den Umfang hat wie bei älteren überschuldeten Personen. Fälle mit geringer Überschuldungsintensität sind hingegen mit eher niedrigeren Schuldensummen verbunden und bilden oft eine Vorstufe im „Überschuldungskarussell“. Zudem legen die Daten des Statistischen Bundesamtes nahe, dass oft Konsumverschuldung bei vielen Verbrauchern zu nachhaltigen Zahlungsstörungen geführt hat. Dies konnte 2012 bei einem ähnlich starken Anstieg der weichen Überschuldung festgestellt werden. Seinerzeit wurde der Anstieg der weichen Überschuldung häufig durch so genannten „Nachholkonsum“ verursacht, der sich aus der Verunsicherung im Nachgang der Finanz- und Wirtschaftskrise und vor dem Hintergrund der beginnenden Niedrigzinsphase entfaltete. Zudem zeigt der deutliche Anstieg des Überschuldungsauslösers „Erkrankung, Sucht, Unfall“, dass die zunehmende Arbeitsverdichtung in vielen Berufen, also die Zunahme der pro Zeiteinheit zu leistenden Menge an Arbeit, zu Krankheit und in Folge zu zusätzlichen finanziellen Belastungen resp. Engpässen führt.

auf etwa neun Prozent in diesem Jahr. Rechnet man diesen Anteilswert auf die Gesamtmenge der überschuldeten Personen in Deutschland um, sind 2020 rund 640.000 Überschuldungsfälle (2015: 230.000 Überschuldungsfälle; + 179 Prozent) auf längerfristiges Niedrigeinkommen zurückzuführen. Diese Entwicklung kann als gewichtiges Indiz für den Doppeltrend zur Armuts- und Altersüberschuldung eingestuft werden.

„Längerfristiges Niedrigeinkommen“ führt oft in die Armuts- und Altersüberschuldung

Der aktuelle Positivtrend spiegelt sich auch in der Analyse nach Geschlecht. Männer stellen zwar weiterhin die meisten Überschuldungsfälle, der Anteil weiblicher Überschuldeter hatte aber zwischen 2013 und 2019 deutlich zugenommen. In diesem Jahr weisen beide Geschlechter Rückgänge von Überschuldungsfällen und -quoten auf. Allerdings sind insbesondere alleinerziehende Frauen überdurchschnittlich häufig von Überschuldung betroffen, auch da sie oft im Familienleben eine Doppelbelastung „aushalten“ müssen. Für 2020 weist die Statistik rund 17.000 weniger Überschuldungsfälle von Frauen aus als noch 2019 (- 0,6 Prozent), bei den Männern ging die Zahl sogar um rund 52.000 Fälle zurück (- 1,5 Prozent). Dabei wiesen Frauen in den vergangenen zwölf Monaten einen stärkeren prozentualen Rückgang der harten Überschuldungsfälle auf (- 5,0 Prozent; - 75.000 Fälle) als Männer (- 4,5 Prozent; - 113.000 Fälle). Allerdings nahm der Anteil weicher Überschuldungsfälle bei Frauen (+ 4,8 Prozent; + 57.000 Fälle) stärker zu als bei den Männern (+ 3,6 Prozent; + 62.000 Fälle).

Erfreulich: Die Überschuldung von Männern und Frauen nimmt 2020 ab

2019 / 2020
Männer: - 52.000 Fälle
Frauen: - 17.000 Fälle

Tab. 3.: Überschuldungsfälle und Überschuldungsquoten nach Geschlecht 2017 bis 2020

Jahr	Überschuldete Personen			Überschuldungsquoten		
	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen
2017	6,91 Mio.	4,24 Mio.	2,68 Mio.	10,06%	12,59%	7,61%
2018	6,93 Mio.	4,23 Mio.	2,70 Mio.	10,04%	12,55%	7,65%
2019	6,92 Mio.	4,22 Mio.	2,70 Mio.	10,00%	12,46%	7,65%
2020	6,85 Mio.	4,17 Mio.	2,69 Mio.	9,87%	12,27%	7,58%

Die Gesamt-Tabelle ist in Kapitel 7.3 zu finden: Tabelle 18.

2020 sind insgesamt rund 4,17 Millionen überschuldete Personen männlichen und rund 2,69 Millionen weiblichen Geschlechts. Die Überschuldungsquote bei Frauen in Deutschland nimmt dabei mit 7,58 Prozent (- 0,07 Punkte) weniger stark ab als die von Männern. Die männliche Überschuldungsquote liegt 2020 bei 12,27 Prozent (- 0,19 Punkte). Die Überschuldungsquote von Frauen ist in Deutschland seit 2004 von 6,09 Prozent bis 2020 um 1,49 Punkte gestiegen – dies sind rund 598.000 Überschuldungsfälle mehr als

Überschuldungsquoten 2020
Männer: 12,27 Prozent
Frauen: 7,58 Prozent

Männer verfügen über höhere Einkommen und sind häufiger Haushaltsvorstand

Frauen sind häufiger alleinerziehend und übernehmen auch gleichberechtigt Verantwortung für Schulden

Auch 2020 stabiler Basistrend: „Junge Überschuldung“ nimmt erneut deutlich ab – Altersüberschuldung steigt erneut deutlich

Die Zahl junger überschuldeter Personen nimmt deutlich ab (- 303.000 Fälle)

noch vor 16 Jahren. Die Zahl überschuldeter Männer ist im selben Zeitraum von 13,55 Prozent um 1,29 Punkte bzw. um rund 282.000 Fälle gesunken.

Die Erklärungsmuster für die unterschiedlichen Überschuldungsquoten von Männern und Frauen sind seit geraumer Zeit stabil: Männer verfügen im Schnitt über höhere Einkommen und sind häufiger „Haushaltsvorstand“ und Hauptverdiener. Männer sind zudem auch bei Finanzentscheidungen risikobereiter als Frauen, die beispielsweise bei der Inanspruchnahme von Krediten mäßigenden Einfluss auf die Höhe des Kredits nehmen. Zudem übernehmen Frauen zunehmend gleichberechtigt die Verantwortung für Schulden als Einkommensbezieherinnen oder als Alleinerziehende, da sich die Rollenbilder verändert haben. Frauen leiden zudem deutlich stärker unter so genanntem „Schuldenstress“, der auch in positivem Sinne mit Ausgabenvorsicht und Kaufzurückhaltung einhergeht.⁴ Dabei gilt aber auch, dass Frauen weiterhin oft schlechter bezahlt werden als ihre männlichen Kollegen.⁵

Die aktuelle Analyse bestätigt einen weiteren Basistrend der letzten Jahre, der „Licht und Schatten“ der Überschuldungsentwicklung zeigt: So geht einerseits die Überschuldung bei den jüngeren Personengruppen erneut deutlich zurück. Andererseits nimmt das Phänomen Altersüberschuldung, wie bereits in den letzten Jahren, bedenklich an Bedeutung zu. Erfreulicherweise sinkt die Zahl jüngerer Personen (unter 30 Jahre), die in einer Überschuldungspirale stecken, erneut überdurchschnittlich (1,11 Millionen; - 303.000 Fälle). Der Rückgang ist nochmals deutlich stärker ausgeprägt als in den vergangenen vier Jahren (- 21,4 Prozent; 2019: - 10,5 Prozent; 2018:

⁴ Dies zeigen auch die aktuellen Umfragen zur Entwicklung der wirtschaftlichen Lage der Verbraucher und den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf das Konsumverhalten in Deutschland in Kapitel 3.

⁵ Die Verdienstlücke zwischen Frauen und Männern, der sogenannte Gender Pay Gap, beträgt im Durchschnitt 21 Prozent. „Die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen nimmt mit steigendem Lebensalter zu. Bei Beschäftigten unter 30 Jahren beträgt der Abstand im durchschnittlichen Bruttostundenlohn neun Prozent, bis zum Alter von 50 Jahren verdreifacht sich die Verdienstlücke auf 28 Prozent. Grund für den Anstieg sind Unterschiede im Erwerbsverhalten: Während Frauen ab 30 häufig familienbedingt ihre Arbeitszeit reduzieren und in Teilzeit arbeiten, weiten Männer ihre Stundenzahl im selben Lebensabschnitt eher noch aus. Da Teilzeitarbeit im Schnitt pro Stunde schlechter bezahlt ist und Teilzeitbeschäftigte seltener Führungspositionen bekleiden, bleiben die mittleren Löhne von Frauen zwischen 30 und 50 nahezu konstant, wohingegen sie bei Männern über das Alter weiter steigen.“ Vgl. DIW Berlin, Wochenbericht Nr. 10/2020, Gender Pay Gap steigt ab dem Alter von 30 Jahren stark an, S. 137-145.

- 4,4 Prozent). Die Überschuldungsquote sinkt erstmals seit 2004 wieder unter die 10-Prozent-Marke und beträgt bei den unter 30-Jährigen aktuell 9,63 Prozent (- 2,50 Punkte). Erfreulich: Der Rückgang der Überschuldungsfälle beruht wie im letzten Jahr auf der gleichzeitigen Abnahme der Fälle mit hoher (- 58.000 Fälle) und geringer Überschuldungsintensität (- 245.000 Fälle).

Die überaus positive Entwicklung bei den jüngeren Überschuldeten korrespondiert ganz offensichtlich mit der Entwicklung der Jugenderwerbslosenquote in Deutschland in den letzten Jahren. Bereits 2018 war diese auf den niedrigsten Stand seit 25 Jahren gefallen. Im Jahresmittel 2019 betrug die Arbeitslosenquote der 15- bis 25-Jährigen nur 4,4 Prozent, im Dezember letzten Jahres sogar nur noch 4,1 Prozent. Allerdings stieg die Arbeitslosenquote junger Menschen durch die Corona-Pandemie von 4,5 Prozent im Januar 2020 auf 6,9 Prozent Ende August 2020. Bis Ende September sank sie wieder auf 6,2 Prozent.⁶

Die Arbeitslosenquote junger Menschen sank 2019 auf nur noch vier Prozent – Ende des Positivtrends durch Corona?

Tab. 4.: Überschuldungsquoten nach Altersgruppen 2017 bis 2020

Jahr	unter 30	30 – 39	40 – 49	50 – 59	60 – 69	ab 70	Gesamt
2017	14,06%	18,93%	12,88%	8,80%	5,48%	1,50%	10,04%
2018	13,47%	18,57%	13,13%	8,85%	5,65%	2,04%	10,04%
2019	12,13%	17,72%	13,12%	9,17%	6,36%	2,95%	10,00%
2020	9,63%	17,31%	13,48%	9,64%	7,04%	3,61%	9,87%
Abw. 2019/20	- 2,50	- 0,40	+ 0,36	+ 0,47	+ 0,68	+ 0,67	- 0,13
Abw. 2013/20	- 6,07	- 0,82	+ 1,90	+ 1,03	+ 2,36	+ 2,71	+ 0,07

Die Gesamt-Tabelle ist in Kapitel 7.3. zu finden: Tabelle 21.

Besorgniserregend bleibt die Entwicklung der Überschuldung in den älteren Bevölkerungsgruppen: So stieg die Zahl überschuldeter Personen und die Überschuldungsquote in den drei Personengruppen ab 50 Jahren auch in diesem Jahr überdurchschnittlich an (+ 245.000 Fälle; + 11 Prozent). Hingegen hat die Zahl der jüngeren überschuldeten Personengruppen (summarisch 18 bis 49 Jahre) deutlich abgenommen (- 315.000 Fälle; - 7 Prozent). Dabei hat die Zahl überschuldeter Personen ab 70 Jahren mit rund 23 Prozent erneut am stärksten zugenommen, wenn auch auf niedrigerem Niveau als 2019 (2019: + 45 Prozent; 2018: + 36 Prozent). Die Überschuldungsquote dieser Altersgruppe steigt um 0,67 Punkte auf

Besorgniserregend: Wiederum deutlicher Anstieg der „älteren Überschuldung“

⁶ Vgl. Bundesagentur für Arbeit, Arbeitslosenquoten, Zeitreihe (Monats- und Jahreszahlen), September 2020.

**Altersgruppe ab 70 Jahre:
470.000 Fälle
(+ 89.000 Fälle)**

**Ab 70 Jahre: Harte
Überschuldung geht
zurück – weiche
Überschuldung nimmt
zu**

**Altersgruppe
60 bis 69 Jahre:
725.000 Fälle
(+ 84.000 Fälle)**

**Erwerbstätigkeit und
„atypische Beschäf-
tigung“ nimmt im
Rentenalter deutlich zu**

**Die Zahl „im Nebenjob
geringfügig Beschäf-
tigter“ nahm seit 2003
um rund 691 Prozent zu**

3,61 Prozent, verbleibt aber weiterhin deutlich unter den Vergleichswerten der jüngeren Altersgruppen. Der Anstieg ist im Mehrjahresvergleich 2013 / 2020 mit 325 Prozent deutlich überdurchschnittlich – allerdings von niedrigem Niveau aus. Die Gesamtzahl aller überschuldeter Personen hat sich im gleichen Zeitraum „nur“ um rund vier Prozent erhöht. Rund 470.000 Menschen ab 70 Jahren müssen in diesem Jahr in Deutschland als überschuldet eingestuft werden (+ 89.000 Fälle; Vorjahr: + 118.000 Fälle). Die Zunahme ist dabei, wie in diesem Jahr bei allen Altersgruppen, auf einen Anstieg der Fälle mit geringer Überschuldungsintensität zurückzuführen.

Der Anstieg der Überschuldungsfälle in der nächstjüngeren Altersgruppe der 60- bis 69-Jährigen erreicht nicht das Niveau des Vorjahres, liegt aber in diesem Jahr leicht über dem der über 70-Jährigen. 2020 sind rund 725.000 Überschuldungsfälle im Alter zwischen 60 und 69 Jahren (+ 84.000 Fälle; + 13 Prozent). In dieser Altersgruppe ging die Zahl harter Überschuldungsfälle zurück (- 26.000 Fälle), die der weichen Überschuldungsfälle nahm deutlich zu (+ 110.000 Fälle). Die spezifische Überschuldungsquote ist 2020 von 6,36 auf 7,04 Prozent (+ 0,68 Punkte) gestiegen, wobei die Zunahme dank überdurchschnittlich zunehmender Population erneut geringer ausfällt. Hierbei gilt weiterhin: Viele Personen beider Altersgruppen gehen einer Erwerbstätigkeit im Rentenalter nach und arbeiten häufig im Rahmen atypischer resp. geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse, um fehlende Mittel zur Sicherung des Lebensunterhaltes zu beschaffen. Dabei war der Anteil so genannter atypischer oder auch prekärer Beschäftigungsverhältnisse, wie bereits 2018 und 2019, leicht rückläufig (7,33 Millionen; - 2 Prozent). In der Langfristsperspektive zeigt sich aber, dass die Zahl geringfügig Beschäftigter (2003 bis 2020: + 27 Prozent), insbesondere aber im Alter von über 60 Jahren (+ 74 Prozent), deutlich angestiegen ist – alleine im Vergleich zum letzten Jahr nochmals um rund 2 Prozentpunkte (2018 / 2019: + 6 Punkte). Diese Entwicklung spiegelt sich nochmals deutlicher bei „im Nebenjob geringfügig Beschäftigter“. Hier betrug der Anstieg seit 2003 rund 691 Prozent.⁷

⁷ „Gut jede und jeder fünfte abhängig Beschäftigte (21 Prozent) in Deutschland arbeitete im April 2018 im Niedriglohnbereich. Damit wurden rund 8 Millionen Jobs unterhalb der Niedriglohnschwelle (11,05 Euro brutto je Stunde) entlohnt. [...] Mit 1,5 Millionen wurden die meisten Niedriglohnjobs im Handel gemeldet, im Gastgewerbe waren es 1,2 Millionen. Damit lagen gut zwei Drittel (67 Prozent) aller Beschäftigungsverhältnisse im Gastgewerbe im Niedriglohnbereich, mehr als in jeder anderen Branche. Zum Vergleich: Im Handel lag der Niedriglohnanteil bei 29 Prozent, am zweithöchsten war der Anteil in der rund 310.000 Beschäftigte zählenden Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft mit 54 Prozent. Im

Auch in der Gruppe der 50- bis 59-Jährigen, die als „Babyboomer“ in den nächsten Jahren zumindest teilweise in den (Vor-)Ruhestand gehen werden, ist ebenfalls ein weiterer deutlicher Anstieg von Überschuldungsfällen festzustellen (1,30 Millionen; + 73.000 Fälle). Auch in dieser Altersgruppe ging die Zahl harter Überschuldungsfälle zurück (- 6.000 Fälle), die der weichen Überschuldungsfälle nahm deutlich zu (+ 79.000 Fälle). Der Anstieg der Überschuldungsquote in dieser Altersgruppe fällt ebenfalls, dank vergrößerter Teilbevölkerung, geringer aus. Die Überschuldungsquote steigt von 9,17 auf 9,64 Prozent.

**Altersgruppe
50 bis 59 Jahre:
1,30 Millionen
(+ 73.000 Fälle)**

Die Altersgruppe der 40- bis 49-Jährigen zeigt auch in diesem Jahr, wie die beiden jüngeren Altersgruppen, einen allerdings nur geringen Rückgang der Überschuldungsfälle (1,41 Millionen; - 3.000 Fälle). Die Überschuldungsquote steigt hingegen vergleichsweise deutlich (13,48 Prozent; + 0,36 Punkte), da sich die entsprechende Bevölkerungszahl auf Grund demografischer Effekte zum siebten Mal in Folge verkleinert hat. Der Rückgang der Überschuldungsfälle in dieser Altersgruppe basiert auf einer Abnahme von Fällen mit juristischer Dimension (- 34.000 Fälle). Die Zahl der Fälle mit nachhaltigen Zahlungsstörungen nimmt in dieser Altersgruppe zum dritten Mal in Folge zu (+ 31.000 Fälle).

**Altersgruppe
40 bis 49 Jahre:
1,41 Millionen
(- 3.000 Fälle)**

Die höchste Überschuldungsquote weisen weiterhin die 30- bis 39-Jährigen auf – zum dritten Mal in Folge mit rückläufigem Trend, der allerdings kleiner ausfällt als 2019 (1,84 Millionen; - 9.000 Fälle). Dabei geht die Zahl der Fälle mit hoher Überschuldungsintensität (- 42.000 Fälle) deutlicher zurück, als die Fälle mit nachhaltigen Zahlungsstörungen ansteigen (+ 33.000 Fälle). Die besonders wirtschaftsaktive Gruppe der 30- bis 39-Jährigen belegt damit weiterhin Rang eins des Überschuldungsrankings. Dieser Altersabschnitt ist meist geprägt durch Familiengründung, Hausbau und berufliche Positionierung. Die Überschuldungsquote dieser Altersgruppe sinkt ebenfalls merklich um 0,40 Punkte auf 17,31 Prozent – auch, da die zu Grunde liegende Bevölkerungszahl dieser Altersgruppe erneut

**Altersgruppe
30 bis 39 Jahre:
1,84 Millionen
(- 9.000 Fälle)**

**Wirtschaftsaktiver
Lebensabschnitt fördert
Ver- und Überschuldung**

Vergleich zur Gesamtwirtschaft stark unterdurchschnittlich war der Anteil der Niedriglohnbeschäftigung in den Bereichen Öffentliche Verwaltung (3 Prozent), Finanz- und Versicherungsdienstleistungen (6 Prozent), Erziehung und Unterricht (7 Prozent), Verarbeitendes Gewerbe (10 Prozent) und in den Bereichen Baugewerbe, Wasserversorgung/Abwasser sowie Information und Kommunikation (jeweils 11 Prozent).“ Vgl. hierzu Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. 416, 21.10.2020, 8 Millionen Niedriglohnjobs im Jahr 2018, Meiste Niedriglohnjobs im Handel, höchster Niedriglohnanteil im Gastgewerbe.

**Doppeltrend zu
Altersarmut und
Altersüberschuldung
bleibt auch 2020 stabil**

**Jüngere Menschen
können schneller dem
„Überschuldungs-
karussell“ entkommen**

überdurchschnittlich zugenommen hat. Allerdings weist weiterhin fast jeder sechste der 30- bis 39-Jährigen in Deutschland lebende Verbraucher zumindest nachhaltige Zahlungsstörungen auf.

Die aktuellen Daten bestätigen wie in den Vorjahren den Doppeltrend zu Altersarmut und Altersüberschuldung.⁸ Dabei ist Altersarmut eine besonders schwerwiegende Form der Armut.⁹ Zudem sind die Folgen von Armut und Überschuldung für die Betroffenen oft ähnlich: Arme leiden unter einem erhöhten Überschuldungsrisiko, Überschuldete unter einem erhöhten Verarmungsrisiko. Während jüngere Menschen Armut meist als vorübergehende Lebensphase begreifen und über eine Perspektive verfügen, sich aus der Einkommensarmut herauszuarbeiten, ist das bei älteren Menschen häufig nicht der Fall. Mit dem Eintritt in den Ruhestand sinken die Chancen älterer Menschen drastisch, ihre ökonomische Lage zu verbessern. Gleiches gilt für das Phänomen der Altersüberschuldung.¹⁰ Dabei gelingt es jüngeren Überschuldeten, wie auch die aktuellen Daten zeigen, offensichtlich weiterhin schneller einer Überschuldungsspirale wieder zu entkommen. In der Regel hat die Überschuldung jüngerer Menschen noch nicht die Intensität und das Volumen erreicht wie bei älteren Personengruppen. So liegen die Anzahl der Gläubiger und die Höhe des Schuldenvolumens deutlich niedriger als bei älteren Überschuldeten.¹¹ Dies zeigen auch die Analysen des

⁸ Vgl. hierzu besonders SchuldnerAtlas Deutschland 2019, Kapitel 2, Exkurs: Überschuldung und Armut – was kommt zuerst? Eine vergleichende Datenanalyse, S. 42ff.

⁹ „Die Generation 65 plus sieht sich in Deutschland zunehmend von Altersarmut bedroht. [...] Der Anteil der über 64-Jährigen, die gemessen am Bundesmedian armutsgefährdet sind, [stieg] in den vergangenen 15 Jahren um 4,7 Prozentpunkte auf 15,7 Prozent im Jahr 2019. In keiner anderen Altersgruppe war der Anstieg seit dem Jahr 2005 so groß. Insgesamt stieg die Armutsgefährdungsquote im selben Zeitraum um 1,2 Prozentpunkte auf 15,9 Prozent. Die Armutsgefährdungsquote, ein Indikator zur Messung der relativen Einkommensarmut, war für Personen über 64 Jahre somit im Jahr 2019 annähernd genauso hoch wie in der Gesamtbevölkerung.“ Vgl. Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. N 062, 30.09.2020: Tag der älteren Menschen: Armutsgefährdung stieg seit 2005 am stärksten in der Generation 65 plus.

¹⁰ Dabei ist der Trend zur Altersarmut auch vor dem Hintergrund der Rentenreformen der vergangenen zwanzig Jahre einzuordnen. Diese zielten fast durchweg auf eine Reduktion des Sicherungsniveaus der gesetzlichen Rente, um den Beitragssatz zu stabilisieren. Zudem führten insbesondere die Zunahme so genannter unsteter Erwerbsbiografien, das oben genannte Anwachsen des Niedriglohnssektors sowie eine Zunahme der versicherungsfreien Beschäftigung mit geringem Entgelt zu einer prekären Einkommenslage im Alter. Dabei korrelieren Armutsbetroffenheit, befristete Beschäftigung und Zeit- bzw. Leiharbeit besonders stark.

¹¹ Bereits im Vorjahr hat auch das Statistische Bundesamt diesen Zusammenhang dargelegt. Vgl. Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. 199, 28.05.2019: Private Überschuldung: Starke Unterschiede zwischen Jung und Alt.

Schuldenvolumens, das bei älteren überschuldeten Personen weiterhin deutlich höher liegt als bei jüngeren Personen. Zudem ist die durchschnittliche Schuldenhöhe je Überschuldungsfall seit Jahren rückläufig. Überschuldete Personen im höheren Alter konnten vor dem Hintergrund meist höherer Einkommen auch häufig höhere Verbindlichkeiten eingehen und befinden sich häufig länger in einem Überschuldungsprozess.

Die Schuldensummen älterer Menschen sind meist höher als die von jüngeren Menschen

Tab. 5.: Das Schuldenvolumen in Deutschland 2017 bis 2020 nach Statistischem Bundesamt, Hochrechnung auf der Basis von Realwerten

Jahr	Schuldenvolumen nach Werten nach Statistischem Bundesamt	
	Mittlere individuelle Schuldenhöhe	Volkswirtschaftliches Schuldenvolumen
2017	30.500 €	211 Mrd. €
2018	29.600 €	205 Mrd. €
2019	28.200 €	196 Mrd. €
2020	27.600 €	189 Mrd. €

Eine differenzierte Tabelle ist in Kapitel 7.3 zu finden: Tabelle 19.

Die Spannweite der Schuldenvolumina reicht nach überschlägigen Hochrechnungen für das Jahr 2020 von rund 43.600 Euro je erfasstem Überschuldungsfall bei den über 70-Jährigen (- 1.000 Euro zu 2019) bis hin zu rund 7.700 Euro bei den unter 25-Jährigen (- 180 Euro).¹² 2020 liegt die durchschnittliche Höhe bei etwa 27.600 Euro je erfasstem Überschuldungsfall (- 680 Euro; - 2 Prozent). Im Langzeitvergleich von 2006 hat sich der entsprechende Wert von rund 36.900 Euro um rund 9.300 Euro (- 25 Prozent) und auch in fast allen Altersgruppen deutlich verringert.¹³ Dieser kontinuierliche Rückgang hat dazu beigetragen, dass das Gesamtschuldenvolumen für ganz Deutschland in den letzten Jahren gesunken ist, obwohl zwischenzeitlich die Überschuldungszahlen angestiegen waren. In diesem Jahr liegt das erwartbare Gesamtschuldenvolumen nach überschlägigen Hochrechnungen bei etwa 189 Milliarden Euro (- 3,4

Die Spannweite reicht 2020 von 43.600 Euro bei über 70-jährigen bis zu 7.700 Euro bei unter 25-jährigen

¹² Typische Verbindlichkeiten sind Miet- und Energiekosten, Telekommunikationskosten, Konsumkosten (Ratenkäufe, Kreditkarten), Unterhaltsverpflichtungen, Finanzamt, Schadensersatzforderungen, private Verbindlichkeiten, Strafen und Bußgelder (z. B. für „Schwarzfahren“ bei überwiegend jungen Menschen, meist in urbanen Zentren).

¹³ Die Hochrechnungen basieren auf den Angaben des Statistischen Bundesamtes in der letzten Überschuldungsstatistik für das Jahr 2019 von Ende Mai 2020. Wichtiger Hinweis: Die genannten Daten basieren auf einer Hoch- und Umrechnung der Angaben des Statistischen Bundesamtes der Überschuldungsstatistik für die Jahre 2009 bis 2019. Sie können in dieser Form nur als Trendindikator interpretiert werden. Der Grund: Die Altersgruppenzuordnungen sind nicht identisch und um rund 5 Jahre versetzt (Beispiel: Creditreform: unter 30 Jahre / Destatis: unter 25 Jahre).

**Erwartetes Gesamtschuldenvolumen 2020:
189 Milliarden Euro**

Männer haben weiterhin deutlich höhere Schulden als Frauen

Weitere Faktoren der Überschuldungsentwicklung

Prozent). Im Langzeitvergleich sank das Schuldenvolumen seit 2006 (265 Milliarden Euro) damit um rund 29 Prozent. Die Daten der Überschuldungsstatistik des Statistischen Bundesamtes zeigen zudem, dass die unterschiedliche Höhe der Einkünfte bei Männern und Frauen mit den unterschiedlichen geschlechtsspezifischen Schuldenvolumina korrespondiert. Laut Statistischem Bundesamt weisen männliche Überschuldete eine höhere (mittlere) Schuldenhöhe (Hochrechnung für 2020: 31.800 Euro; - 2 Prozent) auf als weibliche Überschuldete (22.700 Euro; - 3 Prozent). Der entsprechende Wert ist im Langzeitvergleich bei Frauen (- 11.700 Euro zu 2006; - 34 Prozent) deutlich stärker zurückgegangen als bei den männlichen Überschuldeten in Deutschland (- 7.500 Euro zu 2006; - 19 Prozent).

Zugleich tragen neben den „Klassikern“ andere Faktoren zur Überschuldungsentwicklung in Deutschland bei. Hierzu gehören beispielsweise die drastisch steigenden Miet- und Immobilienpreise¹⁴, die Nichtinanspruchnahme von Sozialleistungen, wie Grundsicherung im Alter¹⁵, die Steuerpflicht für (viele) Renteneinkommen, das

¹⁴ Vgl. SchuldnerAtlas Deutschland 2018, Kapitel 2, Exkurs: Die Bedeutung steigender Miet- und Immobilienpreise für die Überschuldungsentwicklung in Deutschland, S. 40 ff. - Die Datenbank der Europäischen Union weist in den Jahren 2018 und 2019 eine „Quote der Überbelastung durch Wohnkosten“ von rund 14 Prozent für die deutsche Bevölkerung aus (2018: 14,2 Prozent; 2019: 13,9 Prozent). Nur Griechenland (2018: 39,5 Prozent; 2019: 36,2 Prozent), Bulgarien (2018: 17,9 Prozent; 2019: 16,0 Prozent), Großbritannien (nur 2018: 15,1 Prozent) und Dänemark (2018: 14,7 Prozent; 2019: 15,6 Prozent) weisen demnach höhere Überlastungsquoten auf. In Deutschland wären demnach rund 9,8 bis 9,6 Millionen Personen (über 18 Jahren) von einer Überbelastung durch Wohnkosten betroffen gewesen. Zudem: Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. 428, 29.10.2020, 14 Prozent der Bevölkerung im Jahr 2019 durch Wohnkosten überlastet / Im Durchschnitt geben Menschen in Deutschland 26 Prozent ihres Einkommens für Wohnen aus.

Zudem haben sich die Preise für Wohnimmobilien trotz weiter deutlich verteuert: „Die Preise für Wohnimmobilien (Häuserpreisindex) in Deutschland lagen im 2. Quartal 2020 durchschnittlich 6,6 Prozent höher als im 2. Quartal 2019. [Zudem] stiegen die Preise für Wohnungen sowie für Ein- und Zweifamilienhäuser gegenüber dem Vorquartal um 2 Prozent. Damit verteuerten sich Wohnimmobilien trotz Corona-Krise weiterhin sowohl in der Stadt als auch auf dem Land.“ Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. 369, 24.09.2020: Preise für Wohnimmobilien im 2. Quartal 2020: + 6,6 Prozent zum Vorjahresquartal/ Wohnimmobilien verteuern sich trotz Corona-Krise weiter.

¹⁵ Das DIW Berlin zeigte in einer Studie beispielsweise auf, dass nur „mehr als eine halbe Million ältere Menschen in Deutschland derzeit die Grundsicherung im Alter in Anspruch nehmen – mehr als doppelt so viele wie bei ihrer Einführung im Jahr 2003. Die Dunkelziffer derer, die Anspruch auf diese Leistung hätten, sie aber nicht geltend machen, kann nur geschätzt werden. [...] Demnach liegt der Anteil der Nichtinanspruchnahme bei etwa 60 Prozent oder hochgerechnet bei etwa 625.000 Privathaushalten. Besonders hoch liegt sie bei Haushalten mit geringen Ansprüchen an die Grundsicherung, bei Menschen ab 77 Jahren und

Entstehen eines (prekären) Niedriglohnsektors¹⁶ mit hoher Lohnungleichheit (mit atypischer oder auch prekärer Beschäftigung) und – damit verbunden – die schleichende Polarisierung der Einkommen mit einer Zunahme der Einkommensungleichheit. Zudem können überhöhte Einkommenserwartungen, die durch unsichere Einkommensverhältnisse befördert werden, zu überoptimistischen Konsumententscheidungen und zu verstärkter Kreditaufnahme führen, wie das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung Anfang 2020 analysiert hat. In einer Umgebung ohne starke Regulierung, in der Konsumentenkredite ohne hinreichende Überprüfung zur Verfügung stehen, könne dies schnell mit einer Überschuldung privater Haushalte einhergehen.¹⁷

DIW: Überhöhte Einkommenserwartungen führen zu überoptimistischen Konsumententscheidungen und in Folge zu Überschuldung

Auch unmittelbare und mittelbare gesundheitliche Belastungen können Überschuldungsprozesse auslösen oder verschärfen, wie die Corona-Krise akut vor Augen führt: Krankheit führt oft in die Überschuldung, dauerhafte Überschuldung macht viele Betroffene krank. Welche Auswirkungen die Corona-Pandemie letztlich für die Überschuldungsentwicklung in Deutschland haben wird, ist derzeit noch nicht absehbar. Es scheint plausibel, dass Gesellschaften mit funktionierenden Gesundheits- und sozialen Sicherungssystemen bessere Chancen haben, die Schäden gering zu halten, wie der Blick in die USA und nach Großbritannien zeigt (Kapitel 3).

Die Corona-Pandemie führt mittelbar und unmittelbar zu einem Anstieg der Verbraucherüberschuldung

WohneigentümerInnen. Häufiger wird die Grundsicherung in Anspruch genommen, wenn die Ansprüche relativ hoch oder nur niedrige sonstige Einkommen vorhanden sind. Die Haushalte, die ihren Anspruch nicht wahrnehmen, könnten ihr Einkommen durchschnittlich um fast 30 Prozent steigern.“ Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), Wochenbericht Nr. 49/2019, Starke Nichtinanspruchnahme von Grundsicherung deutet auf hohe verdeckte Altersarmut, S. 909-917.

¹⁶ „Trotz Mindestlohn hat Deutschland nach wie vor einen der größten Niedriglohnsektoren in Europa. Durch die Corona-Krise wird einmal mehr offensichtlich, dass das deutsche Wirtschafts- und Sozialmodell hier über ein grundlegendes Funktionsdefizit verfügt.“ Vgl. Schulten, Thorsten / Bundeszentrale für Politische Bildung (2020), Der Niedriglohnsektor in der Corona-Krise.

¹⁷ Vgl. DIW Berlin, Wochenbericht Nr. 11/2020, Haushaltsüberschuldung hängt mit zu hohen Einkommenserwartungen und gelockerter Kreditvergabe zusammen, S. 175-181.

1.2 Erneut gegenläufiger Trend: „Harte“ Überschuldung nimmt ab – „weiche“ Überschuldung nimmt zu

Wie bereits 2018 und 2019: Anstieg der „weichen“ Überschuldung bei gleichzeitigem Rückgang der „harten“ Überschuldung

Die Daten zur Überschuldungsintensität bestätigen den Grundtrend beider Vorjahre: Die Zahl der Überschuldungsfälle mit juristischen Sachverhalten nahm 2020 um rund 188.000 Fälle ab (- 4,7 Prozent), die Zahl der Fälle mit geringer Überschuldungsintensität um rund 119.000 Fälle zu (+ 4,1 Prozent). In beiden Vorjahren waren Rückgang (2019 harte Fälle: - 124.000 Fälle; - 3,0 Prozent) und Zunahme (weiche Fälle: + 115.000 Fälle; + 4,1 Prozent) weniger stark ausgeprägt. In der Summe blieb auch 2020 ein Rückgang der Gesamtfälle zu messen (2019: - 10.000; 2020: - 69.000). Dieser Grundtrend spiegelt sich wie im letzten Jahr sowohl in West- wie auch in Ostdeutschland (s. auch Kapitel 1.3).

Tab. 6.: Überschuldete Personen nach Überschuldungsintensität 2017 bis 2020

Basiswerte	Hohe Überschuldungsintensität		Geringe Überschuldungsintensität	
	Anzahl	Abw. zum Vorjahr	Anzahl	Abw. zum Vorjahr
2017	4,22 Mio.	+ 53.000	2,69 Mio.	+ 12.000
2018	4,13 Mio.	- 87.000	2,80 Mio.	+ 106.000
2019	4,01 Mio.	- 124.000	2,91 Mio.	+ 115.000
2020	3,82 Mio.	- 188.000	3,03 Mio.	+ 118.000
Abw. 2006 / 2020	+ 0,42 Mio.	+ 422.000	- 0,76 Mio.	- 757.000

Eine weitere-Tabelle ist in Kapitel 7.3 zu finden: Tabelle 23.

2020: Rund 188.000 Verbraucher entkommen der Überschuldungsfalle ...

... aber 3,82 Millionen bleiben in der dauerhaften Überschuldungsfalle

Dieser Befund hat neben dem Rückgang der Überschuldungsfälle eine positive Komponente: Rund 188.000 Verbraucher in Deutschland sind einer meist dauerhaften Überschuldungsspirale entkommen. In beiden Vorjahren war der Rückgang der Überschuldungsfälle (2018: - 87.000; 2019: - 124.000) noch weniger stark ausgefallen. 2017 war die harte Überschuldung noch um rund 53.000 Fälle angestiegen (+ 1,2 Prozent). Der Rückgang der Fälle mit hoher Überschuldungsintensität korrespondiert mit dem seit Jahren andauernden Rückgang der Zahl der Verbraucherinsolvenzen und derjenigen Personen, die sich in den letzten Jahren durch ein Privatinsolvenzverfahren aus der Überschuldung befreien konnten. Zudem wird der Rückgang der harten Überschuldung auch 2020 besonders von eher jüngeren Verbrauchern getragen, da es diesen, wie bereits beschrieben, schneller gelingt, sich aus dem Überschuldungskarussell zu verabschieden. Dennoch verbleiben weiterhin rund 3,82 Millio-

nen Menschen in Deutschland in einer dauerhaften Überschuldungsspirale (2006 / 2020: + 422.000 Fälle; + 12 Prozent). Auf dem Höchststand im Jahr 2017 waren noch über 4,22 Millionen Personen „hart überschuldet“.

Die Kehrseite dieser Positiventwicklung zeigt, dass 2020 weitere 119.000 Verbraucher nachhaltige Zahlungsstörungen aufweisen (2019: + 115.000) und möglicherweise auf dem Weg in eine Überschuldungskrise sind. Sie waren in den letzten zwölf Monaten offensichtlich nicht in der Lage, Ausgabenvorsicht zu zeigen und eine Überschuldung zu vermeiden. 2017 hatte der Anstieg „nur“ 12.000 Fälle betragen (+ 0,5 Prozent), im Jahr 2016 war die Zahl noch um rund 89.000 Fälle zurückgegangen. 3,03 Millionen Verbraucher in Deutschland zeigen derzeit nachhaltige Zahlungsstörungen, die in vielen Fällen als Vorstufe zur harten Überschuldung auftreten. Dies sind allerdings immer noch rund 757.000 Fälle weniger als im Jahr 2006 (- 20 Prozent). Auffällig: Der markante Trend zur Überschuldungsverhärtung und strukturellen Überschuldung zwischen 2012 und 2017 konnte zum dritten Mal in Folge durchbrochen werden. Der seit 2018 andauernde Rückgang der harten Überschuldungsfälle kann zu großen Teilen durch die etwa seit 2010 andauernde Hochkonjunkturphase erklärt werden, die es überdurchschnittlich vielen überschuldeten Personen ermöglicht hat, dem „Schulden-turm“ zu entkommen. Ein ähnlicher Rückgang konnte 2008, in Folge der etwa 2005 einsetzenden konjunkturellen Boomphase, beobachtet werden. Diese wurde durch die Finanz- und Wirtschaftskrise vorübergehend beendet.

Allerdings ist nochmals anzumerken, dass dieser Positivtrend angesichts der mittel- und unmittelbaren Folgen und „Nebenwirkungen“ der Corona-Pandemie mit allergrößter Wahrscheinlichkeit im nächsten und übernächsten Jahr enden wird. Die Größenordnung der Zunahme von Überschuldungsfällen, die zeitversetzt auch mit Verarmungsprozessen einhergehen werden, ist derzeit nur überschlägig zu bestimmen. Dies auch, da sich die sozioökonomischen Belastungen der Corona-Pandemie ungleich verteilen und zum Teil auf den ersten Blick paradoxe Entwicklungen mit sich bringen. Die ungleiche Verteilung zeigt sich auch in den Ergebnissen der drei repräsentativen Umfragen, die flankierend zur Überschuldungsberichterstattung im Mai, August und Oktober 2020 durchgeführt wurden. Zwar sank der Anteil derjenigen Personengruppen, die auch in

2020 sind 119.000 Verbraucher auf dem Weg in eine Überschuldungskrise

Trend zur strukturellen Überschuldung schwächt sich auch 2020 ab

Die Corona-Pandemie beendet den Positivtrend 2021 / 2022

Ein Drittel der deutschen Haushalte leiden derzeit unter Corona-bedingten Einkommenseinbußen

den Umfragen unter Corona-krisenbedingten Einkommenseinbußen zu leiden hatten, von 39 Prozent im Mai auf rund 35 Prozent Mitte Oktober. Nach überschlägigen Hochrechnungen ist derzeit dennoch davon auszugehen, dass rund 14,7 Millionen Haushalte in Deutschland unter Einbußen des Einkommens durch Kurzarbeit¹⁸, Arbeitslosigkeit, die Nichtausübung selbstständiger Tätigkeiten oder Einkommenseinbußen aus anderen Gründen leiden. Zudem sind Gering- und Normalverdiener, die in der Regel über weniger große finanzielle Reserven verfügen, zum Teil deutlich stärker von den Einkommenseinbußen betroffen als Gutverdiener. Alles in allem bricht derzeit insbesondere in einkommensschwachen Haushalten ein erheblicher Teil der verfügbaren Einkommen weg.¹⁹

Corona-Pandemie bremst den privaten Konsum ...

Dennoch gelang es in diesem Jahr offensichtlich den meisten Verbrauchern in Deutschland, Überschuldung durch Konsumverzicht, Konsumzurückhaltung und ganz allgemein durch Ausgabenvorsicht zu vermeiden. Dies nicht zuletzt, da in Folge der Corona-Pandemie große Teile der üblicherweise stattfindenden privaten Konsumausgaben, zumindest von Mitte März bis etwa Mitte Mai, wegen geschlossener Geschäfte nicht oder nur sehr begrenzt getätigt werden konnten. Die Verbraucher haben ihr zur Verfügung stehendes Geld entweder nicht ausgegeben, weil es gar nicht ging: Geschäfte und Restaurants waren geschlossen, der Urlaub fiel aus oder wurde kleiner dimensioniert. Zum einem anderen Teil wurde das Geld nicht ausgegeben, da die Verbraucher ökonomisch schlechtere Zeiten befürchten resp. erwarten. Die Folge: In der Wirtschaft kam eine negative Kettenreaktion in Gang. Die nicht getätigten Ausgaben der Verbraucher fehlten vielen Unternehmen, oft Handelsunternehmen, Gastronomen und Touristikunternehmen, in ihren Kassen, die dann wiederum ihren Mitarbeitern kündigen mussten, die dann ebenfalls weniger Geld ausgeben konnten.

... aber auch die Wirtschaft im Ganzen

Konsumklima im „Corona-Schock“

Die Krisenstimmung übertrug sich auch auf die Anschaffungsneigung und das Konsumklima. Im April erreichte der „Corona-Schock“ die Verbraucher, das GfK-Konsumklima fiel auf einen „historischen

¹⁸ Beschäftigte in Kurzarbeit erhalten ein Kurzarbeitergeld von 60 Prozent des für die reduzierte Arbeitszeit entgangenen Nettoeinkommens beziehungsweise 67 Prozent, wenn diese zu versorgende Kinder haben. In vielen Branchen wird das Kurzarbeitergeld auf der Grundlage von tarifvertraglichen oder betrieblichen Regelungen durch die Unternehmen auf 80, 90 oder in manchen Fällen sogar auf bis zu 100 Prozent des Einkommens aufgestockt.

¹⁹ Vgl. Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2020), Der Niedriglohnsektor in Deutschland, Falle oder Sprungbrett für Beschäftigte?

Tiefpunkt“. Der private Konsum konnte seine Funktion als wichtige Stütze der konjunkturellen Entwicklung nicht mehr oder nur noch begrenzt erfüllen. Die privaten Konsumausgaben fielen im 2. Quartal um ebenfalls historische 13,0 Prozent und damit stärker als das saison- und kalenderbereinigte Bruttoinlandsprodukt (- 9,7 Prozent): „Der Einbruch der deutschen Wirtschaft war damit deutlich stärker als während der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/2009 (- 4,7 Prozent im 1. Quartal 2009) und somit der stärkste Rückgang seit Beginn der vierteljährlichen BIP-Berechnungen für Deutschland ab dem Jahr 1970.“²⁰

2. Quartal 2020
Private Konsumausgaben: - 13,0 Prozent

Die staatlichen Hilfsmaßnahmen und -programme haben dabei die schlimmsten sozialen Auswirkungen abgemildert.²¹ Die DZ-Bank rechnete beispielsweise vor, dass die privaten Haushalte während der ersten Corona-Welle nur unwesentlich weniger Geld zur Verfügung hatten als zuvor. Verglichen mit dem 2. Quartal 2019 fiel das verfügbare Einkommen im 2. Quartal 2020 nur rund 0,8 Prozent niedriger aus. Eine Folge: Die Sparquote ist rapide, nicht nur in Deutschland, gestiegen. Bereits im 1. Quartal 2020 fiel die Sparquote mit 16,5 Prozent deutlich höher aus als in den Vorjahren und im zweiten Quartal „sprang“ sie auf 20,1 Prozent. Im Gesamtjahr 2019 hatte sie 10,9 Prozent betragen. Für das Gesamtjahr 2020 kann eine Sparquote von rund 18 Prozent erwartet werden. Nachvollziehbarer Weise werden diese Sparphänomene auch in anderen Ländern, wie in den USA oder Großbritannien, beobachtet.²²

Hilfsmaßnahmen und -programme mildern die schlimmsten sozialen Auswirkungen ab

Sparquote „springt“ im 2. Quartal auf über 20 Prozent

²⁰ Vgl. Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. 323, 25.08.2020, Bruttoinlandsprodukt: Ausführliche Ergebnisse zur Wirtschaftsleistung im 2. Quartal 2020 / Corona-Pandemie führt zu massiven Rückgängen in fast allen Bereichen. Zudem: Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. 291, 05.08.2020, Bruttoinlandsprodukt schneller und deutlicher gefallen als in der Finanzkrise 2008/09 / Auch Erwerbstätigenzahlen sanken schneller als in der Finanzmarkt-krise 2008/09

²¹ Rund 13,8 Milliarden Euro wurden beispielsweise im Rahmen der „Corona-Soforthilfe“ von Bund und Ländern bis zum 31. Mai 2020 an Antragssteller ausbezahlt, wovon Solo-Selbstständige und Kleinstunternehmer bis Ende September 2020 mehr als 560 Millionen Euro an den Staat zurückgezahlt haben. Es ist erwarten, dass die Rückzahlungssumme noch deutlich steigen wird.

²² Auffälligerweise besonders in den USA, wo die Sparbereitschaft fast traditionell gering ausgeprägt ist: Hier ist die Sparquote von März 2020 auf April von ohnehin hohen 12,9 Prozent auf außerordentliche 33,6 Prozent gestiegen, den höchsten Wert seit Beginn der US-amerikanischen Statistik im Jahr 1959 Jahren. Seit 2000 lag die US-Sparquote nur in der Finanz- und Wirtschaftskrise kurzzeitig über zehn Prozent, sonst meist bei rund fünf Prozent. Ähnliche Entwicklungen lassen sich auch in anderen Ländern beobachten: In Großbritannien verdreifachte sich die Sparquote auf 29,1 Prozent und in Australien stieg sie ähnlich wie in Deutschland auf rund 20 Prozent.

Zunahme von Sparbereitschaft und Ausgabenvorsicht fördern Rückgang der Überschuldungsfälle ...

... und verschärfen zugleich die Wirtschaftskrise

Die wirtschaftliche Lage der meisten Verbraucher bleibt positiv

2. Quartal 2020: Private Geldvermögen steigen auf 6,63 Billionen Euro (+ 4,0 Prozent)

Generell gilt im Überschuldungskontext: Sparen ist ein guter Schutz gegen Überschuldung, sofern man in der Lage ist, Geld für (größere) Anschaffungen, zur Alterssicherung oder für den Krisenfall zurückzulegen. Auch im laufenden Jahr hat die Zunahme von Sparbereitschaft und Ausgabenvorsicht dazu beigetragen, dass die Zahl der Überschuldungsfälle nochmals gesunken ist. Dennoch zeigt sich zweierlei: Der Anstieg der Sparquoten ist überwiegend auf diejenigen Verbraucher zurückzuführen, die überhaupt Geld dafür übrig hatten. Wer kein Geld hat und ohnehin von der Substanz lebt, kann nicht sparen. In Haushalten, in denen das Geld der Förderprogramme nicht unmittelbar gebraucht wurde, landete das Geld gleich auf Sparkonten oder in Wertpapierdepots. Große Teile der normalerweise für Konsumzwecke zur Verfügung stehenden Geldbeträge der deutschen Verbraucher wurden zudem nicht in den Konsumkreislauf gegeben und haben somit die durch Corona ausgelöste wirtschaftliche Krise (nicht nur in Deutschland) verschärft. Zwischenzeitlich nimmt der private Konsum wieder zu.²³

Zudem zeigen auch andere Parameter, dass die wirtschaftliche Lage vieler Verbraucher auch in der Corona-Krise sehr positiv geblieben ist, da durch die langjährige Hochkonjunktur finanzielle Rücklagen gebildet werden konnten. So ist das Geldvermögen der Verbraucher in Deutschland auch im 1. Halbjahr 2020 trotz Corona kontinuierlich gestiegen. Das Vermögen privater Haushalte summierte sich nach Angaben der Deutschen Bundesbank Ende des zweiten Quartals 2020 in Form von Bargeld, Wertpapieren, Bankeinlagen sowie Ansprüchen gegenüber Versicherungen auf den Rekordwert von knapp 6,630 Billionen Euro (+ 253 Milliarden Euro; + 4,0 Prozent im Vergleich zum Vorjahresquartal). Im letzten Vergleichsquartal lagen die Anstiegswerte noch deutlich niedriger (2. Quartal 2019: + 95 Milliarden Euro; + 1,5 Prozent).²⁴

²³ Das DIW Berlin prognostizierte im September 2020: „Vor allem der private Konsum wird im weiteren Jahresverlauf deutlich zulegen: Die Kurzarbeit geht allmählich zurück, auch deshalb steigen die verfügbaren Einkommen. Zudem haben die Haushalte in der Hochphase der Corona-Pandemie viel Geld auf die hohe Kante gelegt, dass sie nun nach und nach ausgeben können. Die Mehrwertsteuersenkung und weitere Maßnahmen des Konjunkturpakets stützen den Konsum und damit die Konjunktur.“ Vgl. DIW Berlin, Wochenbericht Nr. 37/2020, Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung im Herbst 2020, darin: Deutsche Wirtschaft: Auf dem langen Weg zurück in die Normalität, Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung im Herbst 2020, S. 654-674.

²⁴ Vgl. Deutsche Bundesbank, 16.10.2020, Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung in Deutschland im zweiten Quartal.

Die Perspektiven für die Überschuldungsentwicklung, nicht nur in Deutschland, sind trotz zwischenzeitlicher Entspannungstendenzen der konjunkturellen Entwicklung besorgniserregend, da die Corona-Pandemie auch eine weitere Polarisierung der Einkommen bewirkt. Vereinfacht: Die oberen sozialen Schichten („Gutverdiener“) können Einkommensausfälle kompensieren – sie sparen vermehrt und üben zugleich Ausgabenvorsicht und Konsumzurückhaltung. Die unteren sozialen Schichten haben keine oder nur sehr geringe finanzielle Reserven und eine „negative Sparquote“ – sie ver- und überschulden sich. Alles in allem zeigen auch die aktuellen Daten, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich resp. überschuldet und nicht überschuldet nicht weiter geschlossen hat, sondern eher weiter auseinandergeht. Dies spiegelt sich in den beiden zu Grunde liegenden Prozessen der Polarisierung von Einkommen (zwischen hohen und niedrigen Einkommensgruppen) und zwischen hohen und niedrigen Überschuldungsquoten.

Dieser Trend hat sich 2020 trotz erneutem Rückgang der Überschuldungsfälle verstärkt, wie die Analysen der Überschuldungsentwicklung auf Kreisebene in den vergangenen Jahren belegen konnten. Der aktuelle Spreizungswert auf Kreisebene, also zwischen der geringsten und der höchsten Überschuldungsquote nach Städten und Landkreisen, erreicht 2020 trotz Rückgang der Gesamtüberschuldungsquote einen neuen Höchstwert (17,78 Punkte; + 0,09 Punkte) seit Beginn der Auswertungen im Jahr 2004. Vereinfacht formuliert bedeutet dies: Viele kreisfreie Städte und Landkreise, die niedrige Überschuldungsquoten aufwiesen, haben sich verbessert – umgekehrt haben sich auch viele kreisfreie Städte und Landkreise mit hoher Überschuldung weiter verschlechtert.

**Besorgniserregende
Perspektiven – vor allem
durch Corona**

**Corona-Pandemie
bewirkt eine weitere
Polarisierung der
Einkommen**

**Auch 2020 neuer
Höchstwert für die
Spreizung zwischen
niedrigster und höchster
Überschuldungsquote**

1.3 Doppeltrend: Ost- und Westdeutschland verbessern sich

Überschuldung sinkt in Ost und West

Bevölkerungsentwicklung beeinflusst wie in den Vorjahren die Überschuldungsquoten

Die aktuell positive Überschuldungsentwicklung zeigt sich 2020 sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland. Die Zahl der Überschuldungsfälle ist 2020 in beiden Teilen Deutschlands zurückgegangen – in Westdeutschland erstmals seit 2013 und in Ostdeutschland zum dritten Mal in Folge. Zugleich ist auch die Überschuldungsquote in West- und in Ostdeutschland zurückgegangen. Der leicht positivere Trend in Ostdeutschland wird dabei, wie bereits in den letzten Jahren, durch die Bevölkerungsentwicklung beeinflusst. In Westdeutschland nimmt die zu Grunde liegende Bevölkerungszahl, insbesondere durch Zuwanderung, weiter zu – in Folge sinkt die Überschuldungsquote in diesem Jahr stärker. In Ostdeutschland geht die Bevölkerungszahl weiter zurück und verhindert einen stärkeren Rückgang der Überschuldungsquote.

Tab. 7.: Überschuldete Personen und Überschuldungsquoten in West- und Ostdeutschland 2017 bis 2020

Jahr	Überschuldete Personen			Überschuldungsquoten			
	West	Ost	Gesamt	West	Ost	Gesamt	Spreizung
2017	5,79 Mio.	1,12 Mio.	6,91 Mio.	9,97%	10,42%	10,04%	+ 0,45
2018	5,82 Mio.	1,11 Mio.	6,93 Mio.	9,98%	10,40%	10,04%	+ 0,42
2019	5,82 Mio.	1,10 Mio.	6,92 Mio.	9,94%	10,33%	10,00%	+ 0,39
2020	5,77 Mio.	1,08 Mio.	6,85 Mio.	9,82%	10,20%	9,87%	+ 0,38
Abw. 2019/20	- 52.000	- 17.000	- 69.000	- 0,12	- 0,13	- 0,13	- 0,01
Abw. 2004/20	+422.000	- 108.000	- 314.000	+ 0,23	- 0,30	+ 0,13	- 0,53

Westdeutschland, einschließlich Berlin. Spreizungswerte Ost / West in Prozentpunkten; Rundungsdifferenzen möglich. Siehe auch Tabelle 23 in Kapitel 7.3.

2020: 5,77 Mio. Fälle im Westen – 1,08 Mio. Fälle im Osten

Ost: 10,20 Prozent (- 0,13 Punkte)
West: 9,82 Prozent (- 0,12 Punkte)

2020 sind in Ostdeutschland insgesamt rund 1,08 Millionen Personen überschuldet – rund 17.000 Überschuldungsfälle weniger als noch 2019. Im letzten Jahr war die Zahl um etwa 11.000 Fälle und 2018 um 8.000 gesunken. Davor war sie seit 2014 gestiegen (2017: + 3.000 Fälle; 2016: + 15.000 Fälle). In den Bundesländern in Westdeutschland (einschließlich Berlin) sind derzeit rund 5,77 Millionen Personen überschuldet – rund 52.000 Personen weniger als 2019. Zuvor war im Westen die Zahl der Überschuldungsfälle ebenfalls seit 2014 zum Teil deutlich angestiegen (2018: + 27.000 Fälle; 2017: + 61.000 Fälle; 2016: + 116.000 Fälle). Die westdeutsche Überschuldungsquote sinkt auf 9,82 Prozent (- 0,12 Punkte), wie in Gesamtdeutschland zum zweiten Mal in Folge. Die ostdeutsche Überschuldungsquote verringert sich zum vierten Mal in Folge von 10,33 auf

10,20 Prozent (- 0,13 Punkte), bleibt aber seit 2014 weiterhin oberhalb der Zehn-Prozent-Marke.

Der Entwicklungstrend der Überschuldungsquoten wird in Ost und West seit geraumer Zeit durch die jeweils unterschiedliche Bevölkerungsentwicklung verstärkt. Im Westen Deutschlands erhöhte sich die Zahl von Personen über 18 Jahren im Jahresverlauf um rund 205.000 Menschen (+ 0,35 Prozent; 2019: + 237.000; 2018: + 258.000), im Osten nahm sie zum dritten Mal in Folge ab (2020: - 30.000; 2019: - 31.000 Personen; 2018: - 51.000). Die entsprechende Bevölkerungszahl war im Osten Deutschlands in den letzten zehn Jahren nur zweimal angestiegen (2010: + 11.000; 2017; + 37.000). Im Westen hatte die Zahl von Personen über 18 Jahren seit 2004 in fast jedem Jahr zugenommen – eine Ausnahme bildete das Jahr 2013, als der so genannte negative Zensus-Effekt zu Buche schlug.²⁵ Wäre die Bevölkerung in den letzten zwölf Monaten in einer theoretischen Betrachtung nicht in oben genanntem Maße angestiegen resp. gesunken, läge die Überschuldungsquote in Westdeutschland bei 9,85 Prozent, in Ostdeutschland bei 10,17 Prozent.

Die Analyse nach Überschuldungsintensität für die Jahre 2006 bis 2020 zeigt, dass sich die Überschuldungsspirale im Westen weiterhin schneller dreht als im Osten. Auch in diesem Jahr sind die Rückgänge der Fälle mit hoher Überschuldungsintensität im Osten stärker ausgeprägt (- 5,0 Prozent) als im Westen Deutschlands (- 4,6 Prozent). Hingegen fallen die Anstiege der Fälle mit nachhaltigen Zahlungsstörungen im Osten (+ 3,4 Prozent) weniger stark aus als im Westen (+ 4,2 Prozent). Der Grundtrend der letzten Jahre bleibt trotz erneutem Rückgang deutlich: Die Zahl der Überschuldungsfälle hat sich im Langzeitvergleich zwischen 2006 und 2020 im Westen „nur“ um rund 133.000 Überschuldungsfälle (- 2,2 Prozent), im Osten mit 202.000 Überschuldungsfällen (- 15,7 Prozent) deutlich stärker verringert. Die immer noch höhere Überschuldungsquote im Osten ist weniger auf einen faktischen Anstieg oder tatsächlich höhere Überschuldungsfälle zurückzuführen, sondern vielmehr auf den starken Rückgang der Bevölkerung, besonders in Form einer „Landflucht“ in den ruralen Regionen im östlichen Deutschland.

Wäre die Bevölkerung in einer theoretischen Betrachtung seit 2004 nicht angestiegen resp. gesunken, lägen die Überschuldungsquoten

**Fast durchgängiger
Anstieg der Bevölkerung
im Westen**

**Fast durchgängiger
Bevölkerungsrückgang
im Osten**

**Die Überschuldungs-
spirale dreht sich im
Westen weiterhin
schneller als im Osten**

**Langzeitvergleich: Im
Osten gehen die
Überschuldungsfälle
stärker zurück als im
Westen**

²⁵ Vgl. auch SchuldnerAtlas Deutschland 2013, Vorwort.

Ohne „Demographieproblem“ läge die Überschuldungsquote in Ostdeutschland deutlich unter dem Wert in Westdeutschland

Im Westen nichts Neues: Das Ruhrgebiet bleibt der „Brennpunkt“ sozialer Problemlagen

in Westdeutschland nach dieser Berechnung aktuell bei 10,34 Prozent, in Ostdeutschland bei nur 9,54 Prozent. In dieser Sicht wäre die Überschuldung in Ostdeutschland seit 2004 um fast einen Prozentpunkt (- 0,95 Punkte) gesunken, im Westen Deutschlands um einen Dreiviertel-Punkt angestiegen (+ 0,76 Prozent). Der insgesamt positivere Trend in Ostdeutschland zeigt sich sowohl auf Ebene der kreisfreien Städte als auch auf Ebene der Landkreise. Dies ist umso bemerkenswerter, da die ländliche Bevölkerung im Osten Deutschlands deutlicher abgenommen hat.²⁶

Dieser Sachverhalt korrespondiert mit einem weiteren grundlegenden Entwicklungstrend der letzten 10 bis 15 Jahre: Der Westen Deutschlands bildet seit 2008 mit deutlichem Abstand das Schlusslicht der Überschuldungsentwicklung. Hier konnte in diesem Jahr nur der geringste Rückgang von Überschuldungsfällen und -quote gemessen werden. Die altindustriell geprägten, strukturschwachen Regionen des Ruhrgebiets bleiben auch 2022 der „Brennpunkt“ sozialer Problemlagen in Deutschland. Hohe Arbeitslosigkeit, Einkommensarmut und hohe soziale Transferleistungen bilden eine prekäre Gemengelage, die die Regionen um das Ruhrgebiet zum eigentlichen „Sorgenkind“ der Überschuldungsentwicklung machen –

²⁶ Allerdings zeigen sich auch im Osten Entwicklungen, die den Positivtrend der letzten Jahre in Frage stellen oder zumindest den Rückgang der harten Überschuldung negativ beeinflussen können. Das Grundproblem: Ostdeutschland weist überdurchschnittlich viele Personen mit „verhärteter Langzeitarbeitslosigkeit“ auf, die in „abgehängten Regionen“ leben, die sich durch einen „unbeweglichen Arbeitsmarkt“ kennzeichnen lassen. So verbleiben in vielen ostdeutschen Regionen Arbeitslose oft länger in Hartz IV als in weiten Teilen Westdeutschlands. So bezogen in Ostdeutschland knapp 189.000 Arbeitslose seit mehr als vier Jahren Hartz IV; dies sind 54,1 Prozent der Arbeitslosen, die Grundsicherung beziehen. In Westdeutschland betrug der Anteil nur 45,6 Prozent (468.000 Personen). Bundesweit beziehen fast 656.000 Arbeitslose seit mehr als vier Jahren Hartz IV. Dabei waren in den vergangenen Jahren im sozialen Bereich aber auch deutliche Veränderungen zwischen Ost und West festzustellen. So stieg die sogenannte Armutsgefährdungsquote zwischen 2009 bis 2019 in allen westlichen Bundesländern und in Berlin an. In den ostdeutschen Ländern sank dieser Prozentsatz an Menschen mit relativ niedrigen Einkommen hingegen merklich. Am stärksten erhöhte sich der Anteil an von Armut bedrohten Menschen laut Statistischem Bundesamt in Bremen: Dort war 2019 fast jeder Vierte armutsgefährdet, 2009 war es erst jeder Fünfte. Deutlich gestiegen sind die Zahlen auch in Hessen, wo der Anteil von 12,4 auf 16,1 Prozent stieg, und in Nordrhein-Westfalen (2009: 15,2 Prozent; 2019: 18,5 Prozent). In Berlin liegt der Anteil fast unverändert bei rund 19 Prozent. Den bundesweit stärksten Rückgang gab es in Mecklenburg-Vorpommern (2009: 23,1 Prozent; 2019: 19,4 Prozent). Sachsen und Sachsen-Anhalt verzeichneten einen Rückgang um jeweils 2,3 Prozentpunkte auf 17,2 beziehungsweise 19,5 Prozent. Vgl. auch Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. 308, 13.08.2020, Armutsgefährdung in Bremen, Hessen und Nordrhein-Westfalen von 2009 bis 2019 am stärksten gestiegen.

Tendenz weiter zunehmend. Die Überschuldungsquoten sind in vielen Städten im Ruhrgebiet sowohl im Jahres- als auch im Langzeitvergleich trotz aktuellem Positivtrend angestiegen.²⁷

Tab. 8.: Ranking Überschuldungsquoten und Überschuldungsfälle in den Bundesländern 2018 bis 2020

Bundesland	Überschuldungsquoten			Abw.		Überschuldungsfälle in Mio.			Abw.	
	2018	2019	2020	2019/20	2004/20	2018	2019	2020	2019/20	2004/20
Bayern	7,43%	7,31%	7,14%	- 0,17	- 0,05	0,80	0,79	0,78	- 14.000	+ 62.000
Baden-Württemberg	8,31%	8,23%	8,11%	- 0,12	+ 0,61	0,76	0,75	0,75	- 8.000	+ 105.000
Thüringen	9,30%	9,21%	9,14%	- 0,08	- 0,87	0,17	0,17	0,17	- 2.000	- 34.000
Brandenburg	9,94%	9,83%	9,64%	- 0,19	- 1,56	0,21	0,21	0,20	- 4.000	- 35.000
Sachsen	9,92%	9,81%	9,66%	- 0,15	+ 0,71	0,34	0,34	0,33	- 6.000	+ 5.000
Hessen	10,04%	10,04%	9,95%	- 0,09	+ 0,38	0,52	0,52	0,52	- 3.000	+ 43.000
Rheinland-Pfalz	10,10%	10,11%	10,06%	- 0,05	- 0,07	0,34	0,35	0,34	- 1.000	+ 13.000
Niedersachsen	10,34%	10,31%	10,19%	- 0,12	+ 0,06	0,68	0,68	0,68	- 6.000	+ 29.000
Mecklenburg-Vorpommern	10,53%	10,58%	10,46%	- 0,13	- 1,05	0,14	0,14	0,14	- 2.000	- 22.000
Hamburg	10,62%	10,60%	10,53%	- 0,07	- 0,35	0,16	0,16	0,16	± 0	+ 4.000
Schleswig-Holstein	10,90%	10,85%	10,69%	- 0,16	- 0,13	0,26	0,26	0,26	- 3.000	+ 13.000
Saarland	11,36%	11,50%	11,60%	+ 0,10	+ 0,56	0,10	0,10	0,10	± 0	+ 1.000
Nordrhein-Westfalen	11,69%	11,72%	11,63%	- 0,09	+ 0,95	1,74	1,75	1,74	- 12.000	+ 180.000
Berlin	12,42%	12,31%	12,02%	- 0,28	- 2,00	0,37	0,37	0,37	- 6.000	- 32.000
Sachsen-Anhalt	12,73%	12,71%	12,62%	- 0,09	+ 0,40	0,24	0,24	0,24	- 4.000	- 22.000
Bremen	13,94%	14,02%	13,97%	- 0,05	+ 0,62	0,08	0,08	0,08	± 0	+ 6.000
Deutschland	10,04%	10,00%	9,87%	- 0,13	+ 0,13	6,93	6,92	6,85	- 69.000	+ 314.000

Abweichung in Prozentpunkten / Überschuldete Personen in Millionen / Rundungsdifferenzen möglich.

Die Analyse der Überschuldungsentwicklung nach Bundesländern zeigt, der positiven Gesamttendenz folgend und im Gegensatz zu den letzten Jahren, einen fast durchgehend positiven Trend. Kein Bundesland weist 2020 einen Anstieg der Überschuldungsfälle auf. 13 Bundesländer zeigen zurückgehende Überschuldungszahlen. Wie in beiden Vorjahren weisen drei Bundesländer keine Veränderung der Überschuldungsfälle auf. Zudem zeigen 15 Bundesländer in diesem Jahr einen Rückgang der Überschuldungsquote. Nur das

2020 weist kein Bundesland einen Anstieg von Überschuldungsfällen auf

²⁷ Beispiele: Herne (18,21 Prozent; - 0,05 Punkte; 2004 / 20: + 5,46 Punkte), Duisburg (17,53 Prozent; + 0,01 Punkte; 2004 / 20: + 2,97 Punkte), Hagen (16,66 Prozent; - 0,03 Punkte; 2004 / 20: + 3,20 Punkte), Gelsenkirchen (18,05 Prozent; + 0,09 Punkte; 2004 / 20: + 3,94 Punkte), Bochum (12,69 Prozent; + 0,01 Punkte; 2004 / 20: + 2,56 Punkte) oder auch Essen (14,17 Prozent; - 0,06 Punkte; 2004 / 20: + 1,92 Punkte). Einzig die Stadt Dortmund kann sich in dieser Gruppe in diesem Jahr zum zweiten Mal deutlich verbessern (14,04 Prozent; - 0,29 Punkte; 2004 / 20: + 1,29 Punkte).

**Auch 2020 bleiben
Bayern, Baden-Württem-
berg und Thüringen ganz
vorne**

**Schlusslichter bleiben
Berlin, Sachsen-Anhalt
und Bremen**

**Rückgang der Überschul-
dungsquoten in 327 von
401 Kreisen und Städten
(83 Prozent; + 16 Punkte)**

Saarland weist eine höhere Überschuldungsquote auf als im Vorjahr (11,60 Prozent; + 0,10 Punkte).²⁸

Das Überschuldungsranking nach Bundesländern ändert sich im Vergleich zum Vorjahr nur in einer Position: Brandenburg (9,64 Prozent; - 0,19 Punkte) verbessert sich um einen Platz auf Rang vier. Bayern (7,14 Prozent; - 0,17 Punkte) und Baden-Württemberg (8,11 Prozent; - 0,12 Punkte) verbleiben mit Abstand vor Thüringen (9,14 Prozent; - 0,08 Punkte) – alle drei mit einer erneut verbesserten Überschuldungsquote. Die Schlusslichter bleiben wie in den Vorjahren Bremen (13,97 Prozent; - 0,05 Punkte), Sachsen-Anhalt (12,62 Prozent; - 0,09 Punkte) und Berlin (12,02 Prozent; - 0,28 Punkte) – alle drei ebenfalls mit einer verbesserten Überschuldungsquote. Bis auf das Saarland weisen alle fünf ostdeutschen und zehn westdeutsche Bundesländer Rückgänge der Überschuldungsquoten auf. Die absolut höchsten Rückgänge der Überschuldungsfälle sind 2020 in den bevölkerungsstarken Bundesländern Bayern (- 14.000 Fälle), Nordrhein-Westfalen (- 12.000 Fälle) und Baden-Württemberg (- 8.000 Fälle) zu finden.

Die in einer Gesamtsicht positive Überschuldungsentwicklung zeigt sich besonders bei der Aufteilung nach Gewinnern und Verlierern der insgesamt 401 Kreise und kreisfreien Städte in Deutschland. Demnach verzeichnen in diesem Jahr 327 Kreise und kreisfreie Städte einen Rückgang der Überschuldungsquote (82 Prozent; Vorjahr: 67 Prozent). 74 Städte und Landkreise zeigen in diesem Jahr schlechtere Überschuldungsquoten als 2019 (18 Prozent; Vorjahr: 33 Prozent).

²⁸ Rundabweichungen möglich. Weitere Tabellen sind in Kapitel 7.3 zu finden: Tabelle 26 bis 33.

2 Quo vadis, Deutschland? Die Überschuldungs- lage der Verbraucher zwischen „Lock- down“, Konsum- zurückhaltung und „finanziellem Stress“

2.1 Ergebniseinordnung: Die Überschuldung der Verbraucher in Deutschland in Zeiten der Corona-Pandemie

Die globale Wirtschaft befindet sich in einer Ausnahmesituation

Eine „Turborezession“ stellt alles bisher Bekannte in den Schatten

Bereits 2019 hatte sich die Konjunktur abgekühlt

„Historischer Einbruch“ des BIP im 2. Quartal 2020

2. Lockdown macht Prognosen hinfällig

Die globale Wirtschaft befindet sich seit Beginn der Corona-Pandemie in einer Ausnahmesituation. Dabei begründete sich die konjunkturelle Abwärtsentwicklung nicht ausschließlich in einer Produktions-, Nachfrage- oder Angebotskrise, sondern in den weltweit gefassten administrativen Regelungen und Einschränkungen zur Eindämmung der gesundheitlichen Auswirkungen des Corona-Virus. Der in Deutschland, aber auch in fast allen Ländern weltweit, postulierte Lockdown hat die ökonomischen Selbstorganisationskräfte der Märkte einbrechen lassen und zu einer „Turborezession“ (Deka-Bank) geführt, die in dieser Stärke alles bisher Bekannte in den Schatten stellt. Die Deutsche Bundesbank resümierte im Monatsbericht August 2020: „Der Rückgang der wirtschaftlichen Aktivität war nicht nur im Hinblick auf seine Tiefe beispiellos, sondern auch mit Blick auf die Geschwindigkeit.“

Dabei hatte sich die wirtschaftliche Entwicklung weltweit und auch in Deutschland bereits vor den Corona-bedingten Eindämmungsmaßnahmen deutlich abgekühlt. Vor allem Export und Industrie lahmten bereits seit mehr als einem Jahr, die deutsche Wirtschaft geriet schon 2019 nahe an eine „technische Rezession“. Durch den Lockdown sank das Bruttoinlandsprodukt (BIP) bereits im 1. Quartal 2020 um 2,2 Prozent und im 2. Quartal um historische 9,7 Prozent (jeweils gegenüber dem Vorquartal). Der nun für das 3. Quartal ausgewiesene deutliche Anstieg des BIP (+ 8,2 Prozent) relativiert sich vor den zu erwartenden ökonomischen Folgen des ab Anfang November wirksamen erneuten „Lockdown light“, der bis Ende November 2020 andauern soll. Viele prognostische Aussagen zur konjunkturellen Weiterentwicklung sind damit möglicherweise bereits jetzt hinfällig.²⁹

²⁹Nach einer Schnellanalyse des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) und des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) soll der zweite Lockdown die Wirtschaft rund 19 Milliarden Euro und etwa 600.000 Arbeitsplätze kosten. Vgl. auch Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. 432, 30.10.2020, Bruttoinlandsprodukt im 3. Quartal 2020 um 8,2 Prozent höher als im Vorquartal / Wirtschaftsleistung aber noch 4,2 Prozent unter Vorkrisenniveau.

Der erneute Rückgang der Überschuldungszahlen in diesem Jahr zeigt zweierlei: Erstens haben die staatlichen Hilfsprogramme dazu beigetragen, dass die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte auch in der akuten Krise insgesamt stabil geblieben sind. Die DZ-Bank errechnete beispielsweise im September 2020, dass die privaten Haushalte während der ersten Corona-Welle nur unwesentlich weniger Geld zur Verfügung hatten als zuvor (s. auch Kapitel 1.2). Hingegen ist der private Konsum nominal um 11,7 Prozent eingebrochen – mit der Folge, dass die Sparquote auf über 20 Prozent sprang. Zweitens vollzieht sich die individuelle Überschuldungsentwicklung nicht sprunghaft, sondern zeitlich versetzt über mittlere Zeiträume. Zudem sind Ausgabenvorsicht, Konsumzurückhaltung und eine erhöhte Sparbereitschaft ein guter Schutz gegen Überschuldung, nicht zuletzt, da (analoger) Konsum während des ersten „Lockdowns“ wegen geschlossener Geschäfte auch nur begrenzt möglich war.

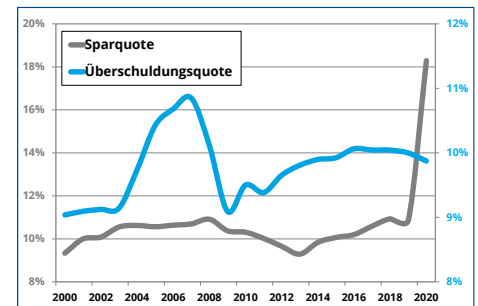
Die gängigen Konjunkturindikatoren bildeten den konjunkturellen Einbruch minutiös ab und erzielten durchgängig „historische“ Einbrüche: So gingen die privaten Konsumausgaben laut Statistischem Bundesamt im 1. Quartal 2020 um 5,9 Prozent und im 2. Quartal 2020 um 8,9 Prozent zurück. Nach rund 1,81 Billionen im letzten Jahr (+ 2,9 Prozent im Vergleich zu 2018) können für 2020 nur noch 1,68 Billionen Euro erwartet werden (- 7,9 Prozent). Die stabilen und günstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der letzten Jahre haben dazu beigetragen, dass die finanziellen Polster der allermeisten Verbraucher zur Bewältigung der ersten Krisenphase gut gefüllt waren.

Hierzu trugen auch die weiterhin hohen Tarifabschlüsse der vergangenen Jahre bei, die die wichtigste Grundlage für eine weitere Verbesserung der Einkommenssituation der Verbraucher bildeten. Im Jahr 2019 wurde der stärkste Anstieg der Tarifverdienste seit 2014 mit einem Plus von 3,2 Prozent gemessen, nach 2,9 Prozent im Jahr 2018 und 2,5 Prozent im Jahr 2018. Im ersten Quartal 2020 betrug die Zunahme noch 3,2 Prozent, nach 2,6 Prozent im 1. Quartal 2019. Im 2. Quartal sind die Bruttomonatsverdienste der Voll- und Teilzeitbeschäftigten in Deutschland bereits durchschnittlich um 2,2 Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal gesunken. Damit reduzierte sich die bezahlte Wochenarbeitszeit der Beschäftigten im Durchschnitt um 4,7 Prozent, auch durch den verbreiteten Einsatz

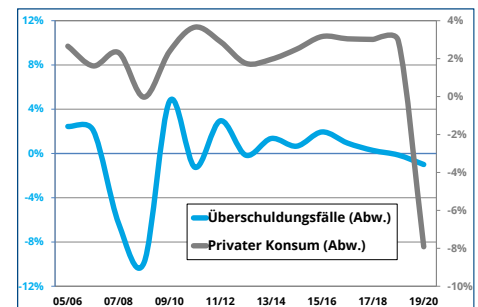
Die Einkommen der privaten Haushalte sind bislang stabil geblieben

Basistrends

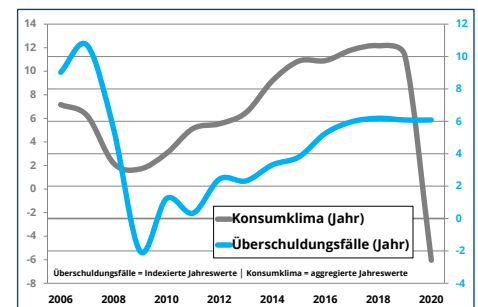
Überschuldung und Sparquote



Überschuldung und privater Konsum



Überschuldung und Konsumklima



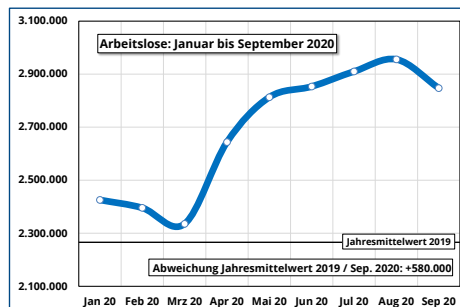
Positive Einkommenslage ändert sich: Verdienste und Einkommen beginnen zu „bröckeln“

2. Halbjahr 2020: Verdienstrückgang von fast fünf Prozent

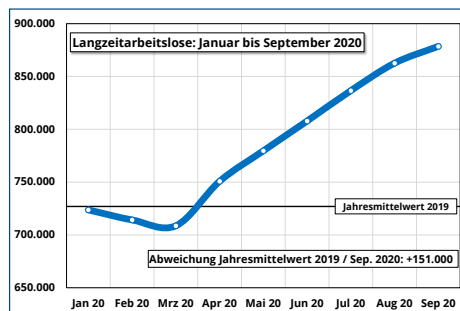
Sorgen um den Arbeitsplatz nehmen zu

Basistrends (Januar bis September 2020)

Entwicklung der Arbeitslosenzahlen



Entwicklung der Zahl der Langzeitarbeitslosen



von Kurzarbeit aufgrund der Corona-Pandemie. In Folge lag der Nominallohnindex in Deutschland im 2. Quartal 2020 um 4,0 Prozent niedriger als im Vorjahresquartal. Da die Verbraucherpreise im gleichen Zeitraum um knapp 0,8 Prozent zulegten, ergibt sich ein realer (preisbereinigter) Verdienstrückgang von 4,7 Prozent.³⁰ Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes ist dies „die historisch stärkste Abnahme der Nominal- und auch der Reallöhne im Vorjahresvergleich seit Beginn der Zeitreihe im Jahr 2007 und somit stärker als in der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 / 2009.“³¹

Zudem machen sich immer mehr Arbeitnehmer Sorgen um die Sicherheit ihrer Arbeitsplätze. Dabei ist die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungslage generell von hoher Bedeutung für die Überschuldungsentwicklung, wie die Auswertung der Überschuldungsstatistiken des Statistischen Bundesamtes belegen. Die Sicherheit von Arbeitsplatz und Einkommen bilden die wichtigste Grundlage, um das Überschuldungsrisiko für die meisten Verbraucher gering zu halten. Trifft dies zu, stehen immer mehr Arbeitnehmern unruhige Zeiten bevor. Derzeit sind immer noch mindestens 3,3 Millionen Menschen in Deutschland in Kurzarbeit.³² Andere Schätzungen, wie die vom „KfW-Mittelstandspanel“ von Oktober 2020, gehen von immer noch bis zu 4,5 Millionen Kurzarbeitern aus – im Mai lag ihre Zahl bei 7,3 Millionen. Viele davon könnten in die Arbeitslosigkeit abrutschen und durch reduzierte Einkommen den privaten Konsum als wichtigen Impulsgeber der Konjunktur abschwächen. Ende August 2020 lag die Arbeitslosenzahl in Deutschland bei 2,955 Millio-

³⁰ Allerdings fiel die Inflationsrate jeweils im September und Oktober 2020 mit - 0,2 Prozent zum dritten Mal in diesem Jahr unter die Null-Prozent-Marke (Juli 2020: - 0,1 Prozent). Eine niedrigere Rate wurde zuletzt im Januar 2015 mit - 0,3 Prozent beobachtet. Vgl. Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. 431, 29.10.2020, Inflationsrate im Oktober 2020 voraussichtlich - 0,2 Prozent.

³¹ Quellen: Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. 067, 28.02.2020: Tarifverdienste 2019: + 3,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr; Nr. 331, 28.08.2020, Tarifverdienste im 2. Quartal 2020: + 1,5 Prozent zum Vorjahresquartal; Pressemitteilung, Nr. 303, 11.08.2020, Bruttomonatsverdienste und Arbeitszeit im 2. Quartal 2020 gesunken sowie Pressemitteilung, Nr. 366, 22.09.2020: 2. Quartal 2020: Reallöhne um 4,7 Prozent niedriger als im Vorjahresquartal. Der Nominallohnindex bildet die Entwicklung der Bruttomonatsverdienste einschließlich Sonderzahlungen ab.

³² „Die Kurzarbeit ist im Oktober deutlich langsamer zurückgegangen als in den Monaten zuvor. Sie sank nach exklusiven Schätzungen und Berechnungen des ifo Instituts nur noch um rund 450.000 Beschäftigte auf knapp 3,3 Millionen. Zuvor betrug der Rückgang rund eine Million Menschen im Monat. Damit sind nun noch 10 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Kurzarbeit, nach 11 Prozent im September.“ Vgl. ifo Institut, 28.10.2020, Pressemitteilung, Rückgang der Kurzarbeit verlangsamt sich.

nen und damit um rund 690.000 Personen höher als im Durchschnitt des letzten Jahres (+ 30 Prozent). Zugleich hat die Zahl der Langzeitarbeitslosen seit Jahresbeginn wieder um rund 135.000 Fälle zugenommen (+ 19 Prozent). Das KfW-Mittelstandspanel von Mitte Oktober 2020 geht davon aus, dass bis Ende des Jahres rund 1,1 Mio. Beschäftigte im Mittelstand gefährdet sind und damit etwa so viele, wie in den letzten drei Jahren im Mittelstand aufgebaut wurden: „Damit würde der seit 2006 fast ungebrochen anhaltende Beschäftigungsaufbau im Mittelstand ein Ende finden.“ Dabei sind von der Corona-Krise – im Gegensatz zur Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 / 2009 – besonders Dienstleistungsunternehmen betroffen, die besonders beschäftigungswirksam waren.³³

1,1 Mio. Beschäftigte im Mittelstand sind bis Ende des Jahres gefährdet

Die konjunkturellen Perspektiven für die nächsten Monate sind eher negativ. Die Deutsche Bundesbank geht in ihrem Monatsbericht vom Oktober 2020 davon aus, dass „die deutsche Wirtschaft ihre Erholung im laufenden Vierteljahr zwar fortsetzen [dürfte], dabei jedoch eine erheblich langsamere Gangart einlegen. Das Vorkrisenniveau dürfte auch zum Jahresende noch deutlich unterschritten werden. [...] Die Frühindikatoren des Arbeitsmarktes haben sich weiter verbessert und deuten darauf hin, dass sich Beschäftigung und Arbeitslosigkeit weiter erholen werden.“ Ob sich diese optimistische Trendeinschätzung für Konjunktur und Arbeitsmarkt angesichts der aktuellen Entwicklungen der Corona-Pandemie tatsächlich einstellt und auch positive Auswirkungen auf die künftige Überschuldungsentwicklung hat, ist anzuzweifeln.

Verhalten positive Konjunkturaussichten ...

... auf wackeligen Beinen

Deutschland weist bereits seit geraumer Zeit einen der größten Niedriglohnsektoren in Europa auf. Dieser kennzeichnet sich durch so genannte atypische resp. prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Etwa jeder fünfte abhängig Beschäftigte (21 Prozent) in Deutschland

„Schattenseiten des Niedriglohnsektors“

³³ „Ein Grund dafür, warum sich die Corona-Krise deutlich negativer auf die Beschäftigung im gesamten Mittelstand auswirkt als dies in der Finanzkrise der Fall war, ist die aktuell hohe Betroffenheit von Dienstleistungsunternehmen. Im Jahr 2009 waren es insbesondere KMU des Verarbeitenden Gewerbes, die Beschäftigung reduziert haben. Unternehmen der Wissensintensiven Dienstleistungen haben damals ihre Beschäftigung ausgebaut und sorgten so für einen positiven Beschäftigungssaldo im gesamten Mittelstand. [...] Die Unternehmen [sind] zwar grundsätzlich bestrebt sind, Beschäftigte zu halten. Es ist dennoch keineswegs sicher, dass alle von Kurzarbeit Betroffenen später tatsächlich an ihren angestammten Arbeitsplatz zurückkehren können.“ Vgl. besonders KfW-Mittelstandspanel 2020, Oktober 2020, Corona-Pandemie trübt Erwartungen für 2020 – Mittelstand vor der Krise auf solidem Fundament, 22.10.2020. hier: S. 8.

**Niedriglohnverdiener
sind doppelt betroffen**

**Corona befördert eine
Zunahme der Lohn- und
Einkommensungleich-
heit**

**Corona-Pandemie
verstärkt die Überschul-
dungsgefährdung vieler
Verbraucher**

arbeitet derzeit im Niedriglohnsektor. Damit werden rund 7,33 Millionen Arbeitsplätze unterhalb der Niedriglohnschwelle (11,05 Euro brutto je Stunde) entlohnt. Zwar ist der Anteil leicht rückläufig (- 2,3 Prozent zu 2018), im Vergleich zu 1991 ist der Anteil aber um rund 65 Prozent angewachsen (+ 2,1 Millionen).³⁴ Zudem zeigen vertiefende Analysen, dass die derzeitige Corona-Krise die „Schattenseiten des Niedriglohnsektors“ offenbart: „Beschäftigte in Branchen, die seither als systemrelevant gelten, stellen einen Großteil derjenigen, die nur gering entlohnt werden. Besonders prekär ist auch die Lage von Beschäftigten, für die der Minijob die Haupteinverdienungsquelle darstellt. Rund drei Viertel von ihnen arbeiten zum Niedriglohn. Dabei haben sie keinen Anspruch auf Kurzarbeitergeld. Dadurch bricht derzeit insbesondere Haushalten im unteren Bereich der Einkommensverteilung ein erheblicher Teil ihres verfügbaren Einkommens weg.“ Zudem greifen nach einer Studie der Bundeszentrale für Politische Bildung „sozialpolitische Kompensationsmaßnahmen wie die Aufstockung des Kurzarbeitergeldes gerade für diese Beschäftigtengruppen am wenigsten. Mit der Corona-Krise droht demnach erneut eine Zunahme der ohnehin schon sehr ausgeprägten Lohn- und Einkommensungleichheit in Deutschland.“³⁵

Die Studie der Bertelsmanns-Stiftung bescheinigt der Ausweitung des Niedriglohnsektors „weitreichende Nebenwirkungen“, die nun durch die Corona-Pandemie verstärkt werden. Hierzu gehören sicherlich auch ein weiterer Anstieg von Überschuldungsgefährdung und Überschuldungsfällen in den kommenden Jahren. Um diesen, in den aktuellen Zahlen noch nicht ablesbaren, Negativtrend quantifizieren zu können, analysiert das Folgekapitel die Entwicklung der wirtschaftlichen Lage der Verbraucher seit Mitte Mai 2020. Hierzu wurden drei repräsentative Online-Umfragen mit etwa je 1.000 Verbrauchern in Deutschland durchgeführt, um die (negativen) Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die wirtschaftliche Lage der Verbraucher besser einordnen zu können.

³⁴ Vgl. hierzu Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. 416, 21.10.2020, 8 Millionen Niedriglohnjobs im Jahr 2018, Meiste Niedriglohnjobs im Handel, höchster Niedriglohnanteil im Gastgewerbe.

³⁵ Vgl. Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2020), Der Niedriglohnsektor in Deutschland, Falle oder Sprungbrett für Beschäftigte? sowie Schulten, Thorsten / Bundeszentrale für Politische Bildung (2020), Der Niedriglohnsektor in der Corona-Krise. Vgl. zudem auch thematisch passend Hans-Böckler-Stiftung, WSI Policy Brief Nr. 43, Juni 2020, Die Folgen von Corona, Eine Auswertung regionaler Daten sowie WSI-Policy Brief Nr. 96, August 2020, NWI 2020, Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Wohlfahrt.

2.2 Die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die wirtschaftliche Lage der Verbraucher in Deutschland – Ergebnisse von drei repräsentativen Verbraucherumfragen

Die Corona-Pandemie hat weiterhin deutlich negative Auswirkungen auf die wirtschaftliche Lage vieler Verbraucher in Deutschland, wie auch die Umfrageergebnisse³⁶ zeigen. Mitte Oktober 2020 sind noch mehr als ein Drittel der Haushalte in Deutschland (35 Prozent; - 2 Punkte zum August) von Einkommenseinbußen betroffen, die auf Grund der Corona-Pandemie entstanden sind. Dies sind überschlägig hochgerechnet rund 14,7 Millionen Haushalte in Deutschland (- 0,8 Millionen zum August), die unmittelbar oder mittelbar unter Einkommensverlusten durch Kurzarbeit, den Verlust des Arbeitsplatzes oder die Nichtausübung der selbstständigen Tätigkeit leiden. Hingegen geben mehr als sechs von zehn der Befragten an (65 Prozent; + 2 Punkte), dass sie von keinerlei Einkommenseinbußen betroffen sind. Eine kleine Gruppe der befragten Personen (4 Prozent; + 1 Punkt) gibt an, dass sich das eigene Einkommen krisenbedingt sogar erhöht hat. Dabei ist die Betroffenheit bei „Geringverdienern“ (< 1.500 € Haushaltsnettoeinkommen: 41 Prozent; + 2 Punkte zu Mai 2020) weiterhin stärker ausgeprägt als bei „Normalverdienern“ (1500 bis 2.500 €: 33 Prozent; - 9 Punkte zu Mai 2020)

Mehr als ein Drittel der Haushalte in Deutschland sind derzeit von Einkommenseinbußen betroffen

Geringverdiener sind am stärksten betroffen

³⁶ Die Creditreform Boniversum GmbH führt seit 2010 regelmäßig Umfragen zu aktuellen Verbraucher-Themen durch, die seit Mitte des Jahres auch von der Creditreform Wirtschaftsforschung mitgetragen werden. Die Analysen basieren jeweils auf einer bundesweiten und bevölkerungsrepräsentativen Online-Umfrage von über 1.000 Verbrauchern im Alter zwischen 18 und 69 Jahren. Die vorliegenden Umfragen wurden im Mai, August und Oktober 2020 durchgeführt und zudem punktuell mit der letzten Umfrage zum „SchuldnerKlima-Index Deutschland“ vom Oktober 2016 verglichen. Bezugsgrößen für die Hochrechnungen sind die 61,6 Millionen Verbraucher ab 18 Jahren, die im Internet aktiv sind, sowie 41,6 Millionen Haushalte in Deutschland (Statistisches Bundesamt). Als Orientierungspunkte gelten die Angaben der ARD-ZDF Medienforschung (Oktober 2019), die 89 Prozent der Bevölkerung in Deutschland über 14 Jahren als Internet aktiv ausweisen. Die Umfragen wurden vom 19.05. bis 20.05.2020 (n = 1.001 Interviews), vom 25.08. bis 27.08.2020 (n = 1.055 Interviews) sowie vom 20.10. bis 22.10.2020 (n = 1.002 Interviews) durchgeführt. Zusätzlich wurde eine vergleichbare Umfrage vom Oktober 2016 (Zeitraum: 18.10. bis 20.10.2016, n = 1.023 Interviews) zu Vergleichszwecken berücksichtigt. Für überschlägige Hochrechnungen wurden folgende Angaben verwendet: Bevölkerung: 83,18 Millionen (Destatis, Hochrechnung); Haushalte: 41,58 Millionen (Destatis, Ergebnisse der Haushaltsvorausberechnung aus 2017); Personen über 18 Jahre: 69,24 Millionen (microm); Online-Nutzer (über 14 Jahre): 62,90 Millionen (89 Prozent; ARD-ZDF Medienforschung 2019); Potenzielle „Online-Shopper“ über 18 Jahre: 61,62 Millionen.

und „Gutverdienern“ (> 2.500 €; 33 Prozent; - 5 Punkte zu Mai). In beiden letztgenannten Gruppen hat sich der entsprechende Wert im Vergleich zum Mai merklich verringert, nachdem die Betroffenheit bei den Normalverdienern im August noch deutlich überdurchschnittlich war.

Tab. 9.: Finanzielle Betroffenheit durch die Corona-Krise / Überschlägige Hochrechnung

Finanzielle Betroffenheit	Mai 2020	August 2020	Oktober 2020	Abw. Mai / Okt.
Krisenbedingte Einkommenseinbußen	39%	37%	35%	- 3,6
Keine krisenbedingten Einkommenseinbußen	61%	63%	65%	+ 3,6
Betroffene Haushalte	16,2 Mio.	15,5 Mio.	14,7 Mio.	- 1,5 Mio.

Hauptauslöser für den Rückgang des Einkommens sind Kurzarbeit und zunehmend Arbeitslosigkeit

Die Hauptauslöser für den Rückgang des Einkommens sind weiterhin Kurzarbeit (40 Prozent; - 3 Punkte zu Mai 2020), der Verlust oder die Aussetzung des Nebenjobs (z.B. für Studierende, 16 Prozent; - 4 Punkte zu Mai) oder, dass die selbstständige Tätigkeit (15 Prozent; - 2 Punkte zu Mai) nicht oder nur begrenzt ausgeübt werden kann. Allerdings hat der Anteil derjenigen, die angeben, den Arbeitsplatz verloren zu haben, seit Mai 2020 von sieben auf 17 Prozent (+ 10 Punkte) zugenommen. Wie im Mai 2020 geben 12 Prozent der Befragten an, aus anderen krisenbedingten Gründen, z.B. durch den Rückgang von Mieteinnahmen, an Einkommen eingebüßt zu haben ($\pm$ 0 Punkte). Bezieht man die Angaben der Befragungspersonen auf die bundesdeutsche Bevölkerung über 18 Jahre, sind im Oktober immer noch rund 8,7 Millionen Verbraucher von Einkommenseinbußen durch Kurzarbeit (- 1,0 Millionen) betroffen. Bei einer Betrachtung nach Haushalten leiden somit alleine rund 5,9 Millionen Haushalte (- 0,6 Millionen) unter Rückgängen des Haushaltsnettoeinkommens, die Corona-bedingt auf Kurzarbeit zurückzuführen sind.

Die Höhe der finanziellen Belastungen durch Corona-bedingte Einkommenseinbußen hat sich nicht gravierend verändert

Auffällig: Die Hauptauslöser für den Rückgang des Einkommens haben sich zwischen Mai und Oktober 2020 nicht gravierend verändert (Ausnahme: Arbeitslosigkeit). Gleiches gilt für die Höhe der finanziellen Belastungen durch Corona-bedingte Einkommenseinbußen. Der Anteil der Personen und Haushalte mit hohen Belastungen (mehr als 50 Prozent) ist zwischen Mai und Oktober von 9 auf 12 Prozent angestiegen (+ 3 Punkte). Die Gruppe der Corona-bedingten Rückgänge des Haushaltsnettoeinkommens in der Größenordnung bis zu 10 Prozent ist nahezu stabil, die der Gruppe „10 bis 30 Prozent“ nimmt ebenfalls zu (+ 2 Prozent).

Tab. 10.: Zwang / Bereitschaft zur Reduzierung von Kosten und Ausgaben durch die Corona-Krise / Überschlägige Hochrechnung

Finanzielle Betroffenheit	Mai 2020	August 2020	Oktober 2020	Abw. Mai / Okt.
Kein Zwang / Bereitschaft zur Ausgabenreduktion	43%	46%	44%	+ 1,1
Zwang / Bereitschaft zur Ausgabenreduktion	57%	55%	56%	- 1,1
Betroffene Haushalte	23,6 Mio.	22,7 Mio.	23,2 Mio.	- 0,4 Mio.

Zugleich ist der „Druck“, auf Grund der Corona-Krise weniger Geld auszugeben zu müssen oder zu wollen, seit Mai 2020 leicht zurückgegangen. Allerdings gibt Mitte Oktober eine Mehrheit der Verbraucher in Deutschland an (56 Prozent; - 1 Punkt zum Mai 2020), krisenbedingt weniger Geld auszugeben, also die Ausgaben für Konsum und Lebenshaltung im Haushalt zu reduzieren. Überschlägig hochgerechnet sind davon rund 23,2 Millionen Haushalte betroffen (- 0,4 Millionen zum Mai). Für rund 44 Prozent besteht derzeit kein Grund, Ausgaben zu reduzieren (+ 1 Punkt). Am häufigsten wird auch im Oktober 2020 angegeben, bei den Ausgaben für Freizeit und Urlaub sparen zu wollen (32 Prozent; + 1 Punkt zu August). Ganz am Ende des „Sparkatalogs“ rangieren Sparmaßnahmen in den Warengruppen Tierbedarf (6 Prozent) und Medikamente (4 Prozent; beide ± 0 Punkte). Ähnlich niedrig, aber leicht zunehmend, ist die Einsparbereitschaft bei den Ausgaben für die Altersvorsorge (7 Prozent; + 1 Punkt).

Mehr als die Hälfte der Verbraucher will oder muss krisenbedingt weniger Geld ausgeben

Tab. 11.: Furcht vor Zahlungsschwierigkeiten / Überschlägige Hochrechnung

Furcht vor Zahlungsschwierigkeiten?	Mai 2020	August 2020	Oktober 2020	Abw. Mai / Okt.
Keine Furcht vor Zahlungsschwierigkeiten	73%	72%	75%	+ 2,2
Furcht vor Zahlungsschwierigkeiten	27%	28%	25%	- 2,2
Betroffene Haushalte	11,3 Mio.	11,7 Mio.	10,4 Mio.	- 0,9 Mio.

Erstaunlich und zugleich erfreulich ist dabei, dass die allermeisten Verbraucher – trotz Corona und den negativen Folgewirkungen – ihre eigene wirtschaftliche Lage derzeit (61 Prozent; + 1 Punkt zum August) und auch für die nächsten Monate (59 Prozent; - 1 Punkt) sehr positiv einschätzen, d.h. mit einer sehr guten oder einer guten Schulnote bewerten. Dazu passend geht fast durchgehend eine Dreiviertelmehrheit der Befragten davon aus, „in den nächsten Monaten alle regelmäßigen Verbindlichkeiten unseres Haushaltes bezahlen zu können“ (75 Prozent; + 2 Punkte). Umgekehrt befürchtet weiterhin mehr als jeder vierte Befragte (25 Prozent; - 2 Punkte zum Mai), in den nächsten zwölf Monaten als Folge der Corona-Pandemie regelmäßige oder außergewöhnliche Verbindlichkeiten ihres

Sechs von zehn Verbraucher bewerten derzeit die eigene wirtschaftliche Lage – trotz Corona – sehr positiv ...

... aber weiterhin hat jeder vierte Verbraucher Furcht vor Zahlungsschwierigkeiten

Zehn Prozent der Verbraucher geben an, Ratenzahlungen von Krediten gestundet zu haben

Haushaltes nicht bezahlen zu können. Davon sind, überschlägig hochgerechnet, rund 10,4 Millionen Haushalte (- 0,9 Millionen zum Mai) betroffen. Zudem gibt jeder zehnte Verbraucher an (10 Prozent; - 1 Punkt zum August), derzeit die Ratenzahlungen von Krediten, z.B. von Konsum-, Immobilien- oder KFZ-Krediten, gestundet zu haben. Dies wären überschlägig hochgerechnet rund 7,2 Millionen Verbraucher (- 0,7 Millionen zum August).³⁷

Anteil der regelmäßigen Sparer steigt deutlich an

Zudem zeigt sich, dass angesichts der Corona-Pandemie mehr Verbraucher als in der Vergangenheit begonnen haben, regelmäßig zu sparen. Der Anteil der regelmäßigen Sparer ist auf den zweithöchsten Stand seit Beginn der Umfragen im Oktober 2010 gestiegen (38 Prozent; im Vergleich zum Oktober 2016: + 4 Punkte).³⁸ Viele Verbraucher sind dazu allerdings nicht in der Lage (31 Prozent), da ihre vorhandenen finanziellen Mittel zu gering sind. Die Anteile der regelmäßigen Sparer variiert je nach Einkommenslage ganz erheblich. So liegt der entsprechende Wert bei Geringverdienern bei nur 21 Prozent (+ 3 Punkte zu August 2020), bei Normalverdienern bei 35 Prozent; + 4 Punkte zu August) und bei Gutverdienern sogar bei rund 60 Prozent (+ 3 Punkte zu August).

60 Prozent der „Gutverdiener“ sind regelmäßige Sparer, aber nur 21 Prozent der „Geringverdiener“

Corona-bedingter Wandel der Haltung zum „Schuldenmachen“

Es zeigt sich aber auch, dass sich durch Corona viele Verbraucher in Ausgabenvorsicht und Konsumzurückhaltung üben. So gibt es offensichtlich einen auch Corona-bedingten Wandel der Haltung der Verbraucher zum „Schuldenmachen“. Weiterhin können die meisten Verbraucher (47 Prozent; - 7 Punkte zum Oktober 2016) als „Notfall-Schuldner“ typisiert werden. Sie geben an, dass sie „Schulden nur im äußersten Notfall machen, wenn es keine Alternative gibt“. Sie weisen eine mittlere Überschuldungsgefährdung auf. Zu dieser Gruppe gehören in Deutschland rund 32,9 Millionen

³⁷ Von April bis Juni 2020 bestand Corona-bedingt das Recht, die Zinsen, Tilgungsraten oder Rückzahlungen für den Ratenkredit oder die Baufinanzierung stunden zu lassen (Art. 240 § 3 EG-BGB). Alleine die Sparkassen setzten bereits bis Mitte April 2020 nach Angaben des Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV) Zins- und Tilgungsleistungen von 80.000 Kreditnehmern aus. Die Sparkassen hatten bereits Ende März eine Kulanzregelung eingeführt. Alleine die Volks- und Raiffeisenbanken hatten rund 53.000 Kreditstundungen mit einem Kreditvolumen in Höhe von 8,5 Milliarden Euro gewährt. Die Postbank, Tochtergesellschaft der Deutschen Bank, hatte rund 70.000 Kunden Kreditstundungen ermöglicht.

³⁸ Der Höchststand der Sparneigung wurde im Frühjahr 2014 gemessen. Zum Jahresbeginn 2014 hatte Russland die Krim annektiert und sich in einen Konflikt mit der Ukraine um die Ost-Ukraine begeben. Viele deutsche Bürger zeigten sich seinerzeit wegen des Ukraine-Konflikts sehr besorgt.

Verbraucher über 18 Jahre (- 4,5 Millionen im Vergleich zum Oktober 2016). Allerdings lehnt es im Oktober 2020 jeder dritte Verbraucher grundsätzlich ab, Schulden zu machen: Man sollte nur Geld ausgeben, über das man verfügen kann (31 Prozent; + 7 Punkte zum Oktober 2016). Die so genannten „Schulden-Ablehner“ können als besonders überschuldungsresistent eingestuft werden. Rund 21,7 Millionen Verbraucher gehören dieser Gruppe an (+ 5,1 Millionen zu Oktober 2016). Der Anteil der „Schulden-Pragmatiker“, die Schulden „zur vorübergehenden Finanzierung notwendiger und sinnvoller Konsum- und Lebenswünsche einsetzen“, bleibt nahezu konstant (21 Prozent; - 1 Punkt zum Oktober 2016). Dieser Typus weist, auch wegen hoher konsumbasierter Kreditnutzung, eine erhöhte bis hohe Überschuldungsgefährdung auf. Zu dieser Gruppe gehören in Deutschland rund 14,6 Millionen Verbraucher über 18 Jahre (- 0,6 Millionen zu Oktober 2016).

Die Gruppe der „Schulden-Ablehner“ nimmt deutlich zu

Die Gruppe der „Schulden-Pragmatiker“ bleibt nahezu unverändert

Tab. 12.: „Individueller Schuldenstress“ der Verbraucher / Überschlägige Hochrechnung

Individueller Schuldenstress	Oktober 2016	August 2020	Oktober 2020	Abw. 2016 / 2020
ja, häufiger	10,13%	10,76%	10,48%	+ 0,35
Betroffene Personen	6,90 Mio.	7,46 Mio.	7,26 Mio.	+ 0,37 Mio.

Die Frage nach dem „individuellen Schuldenstress“, also ob die Befragungsperson „in den letzten 12 Monaten schon einmal das Gefühl hatte, dass ihr die finanziellen Verbindlichkeiten über den Kopf wachsen könnten“, hat sich auch in anderen Analysen als passgenaue Orientierungsgröße zur Entwicklungstendenz der Überschuldungsgefährdung bewährt. Im Oktober 2020 liegt der Anteil der Verbraucher, die angeben, unter finanziellem Stress zu leiden, weiterhin bei über 10 Prozent und damit zwar leicht unter dem Vergleichswert vom August 2020, aber über dem Niveau vom Oktober 2016. Überträgt man diesen Wert zur Trendeinordnung auf die Anzahl an Personen über 18 Jahren, wären derzeit rund 7,26 Millionen in Deutschland von Überschuldung betroffen, also rund 400.000 Person mehr, als die aktuellen Daten ausweisen (6,85 Millionen).

Frage nach dem „individuellen Schuldenstress“ als passgenaue Orientierungsgröße

Mehr als 10 Prozent der deutschen Verbraucher haben derzeit „finanziellen Stress“

Dies sind rund 7,26 Millionen Verbraucher in Deutschland

Alles in allem zeigen auch die vorliegenden Umfragedaten, dass einkommensschwache Personengruppen in vielen Bereichen ökonomisch schlechter aufgestellt sind als einkommensstärkere Personengruppen. Sie leiden daher auch stärker unter den negativen Folgen der Corona-Pandemie und unter Corona-bedingten Einkommenseinbußen. Zudem können sie weniger sparen, sind stärker zu

**Einkommenschwache
Personengruppen leiden
stärker unter den Folgen
der Corona-Pandemie ...**

**... und stellen fast 60
Prozent der der
zusätzlich errechneten
Überschuldungsfälle**

**Hochrechnung ist eine
„vorsichtige Trendein-
ordnung“**

**2021 und 2022 sind
höhere Anstiege der
Überschuldungsfälle zu
erwarten**

Stundungen von Ratenkrediten und durch die Corona-Krise zur Reduzierung von Kosten und Ausgaben gezwungen. In Folge fürchten sie stärker als andere Personengruppen, regelmäßige oder außergewöhnliche Verbindlichkeiten ihres Haushaltes als Folge der Corona-Pandemie nicht bezahlen zu können. Zudem sind einkommenschwache Personengruppen stärker von finanziellem Stress betroffen als andere Personengruppen. Bei der Gruppe der Geringverdiener weisen im Oktober 2020 rund 17 Prozent finanziellen Stress auf, Normalverdiener sind mit 9 Prozent und die Gutverdiener mit nur knapp fünf Prozent deutlich weniger von Schuldenstress betroffen. Überträgt man das oben genannte Hochrechnungsmodell auf die Anzahl potenzieller Überschuldungsfälle, stellen die Geringverdiener rund 57 Prozent, die Normalverdiener 29 Prozent und die Gutverdiener nur etwa 14 Prozent der zusätzlich errechneten Überschuldungsfälle. Dabei gilt: Je geringer das Einkommen der betroffenen Gruppen, desto höher der Anteil der von Überschuldung betroffenen Personen.

Es spricht allerdings viel dafür, dass der genannte Orientierungswert von derzeit rund 7,3 Millionen überschuldungsbetroffenen deutschen Verbrauchern zumindest mittel- und langfristig als eher vorsichtige Trendeinordnung zu bewerten ist. Wenn derzeit Schätzungen zu Folge tatsächlich zwei Millionen Kleinstunternehmer, also Freiberufler und Soloselbstständige, durch die Corona-Pandemie um ihre Existenz kämpfen und zudem nach Angaben des KfW-Mittelstandspanels von Mitte Oktober 2020 bis Ende des Jahres weitere rund 1,1 Mio. Arbeitsplätze im Mittelstand gefährdet sind, ist für das nächste Jahr und auch für 2022 von deutlich höheren Anstiegen der Überschuldungsfälle auszugehen.

3 Exkurs: Überschuldung von Verbrauchern in Zeiten von Corona im internationalen Vergleich

Die USA und Großbritannien sind nochmals stärker von der Corona-Pandemie betroffen als Deutschland

Die USA und Großbritannien sind nochmals stärker von der Corona-Pandemie betroffen als Deutschland. Die USA zeigen negativere Folgen für Wirtschaft und Verbraucher, da die politische Administration seit Beginn der Pandemie kein umfassendes Handlungskonzept zur Krisenbewältigung vorgelegt hat. Die Bürger in Großbritannien sind doppelt betroffen, da die britische Wirtschaft nicht nur von den Folgen der Corona-Pandemie betroffen ist, sondern zugleich einen „ungeregelten Brexit“ fürchtet. Ende Oktober waren in den USA rund 235.000 Tote und rund 9,3 Millionen infizierte Personen zu beklagen. Die durchschnittliche Sterblichkeit liegt in den USA nach Angaben der Johns-Hopkins-Universität bei fast 70 Toten je 100.000 Einwohnern (Stand: 30.10.2020). In Großbritannien liegt die durchschnittliche Sterblichkeit bei derzeit etwa 68 Toten je 100.000 Einwohnern und damit deutlich vor der Sterblichkeit in Deutschland mit derzeit etwa 12 Toten je 100.000 Einwohner.

3.1 Die Corona-Pandemie verschärft in den USA bestehende soziale Probleme

Miteinander verknüpfte Problembereiche: Armut, Wohnen, Überschuldung und Nahrungsmittelversorgung

Mehr als 41 Millionen Amerikaner haben seit Beginn der Krise einen Neuantrag auf Arbeitslosenhilfe gestellt

Die „tatsächliche“ Arbeitslosenquote lag bei etwa zwanzig Prozent

Die Corona-Krise und ihre ökonomischen und sozialen Folgewirkungen hat in den USA die bereits vor der Krise bestehenden sozialen Probleme nochmals massiv verschärft. Diese zeigen sich derzeit besonders an den miteinander verknüpften Problembereichen Armut, Wohnen und Überschuldung, die sich immer stärker auch auf die Sicherung der Nahrungsmittelversorgung ausweiten. Schon vor Corona waren in den USA 37 Millionen Menschen von Hunger bedroht, die Zahl Bedürftiger wächst seit März, da auch die Zahl Arbeitsloser seit Beginn der Pandemie drastisch zugenommen hat. Seit März hatten USA-weit fast 41 Millionen Menschen, zumindest zeitweise, ihren Job verloren. Die Arbeitslosenquote war zwischenzeitlich auf fast 15 Prozent hochgeschnellt. Jeder siebte erwerbsfähige Amerikaner hatte im Frühsommer keinen Job. Inoffiziell dürfte die tatsächliche Arbeitslosenquote wohl sogar etwa zwanzig Prozent betragen haben.³⁹ Nach Angaben der US-Regierung tauchten rund 7,5 Millionen Arbeitslose gar nicht in der Statistik auf. Zudem fielen die Arbeitslosenzahlen zuletzt wieder langsamer. Häufig von Arbeitslosigkeit betroffen waren, wie auch in Deutschland, niedrig bezahlte Beschäftigte – etwa im Gastgewerbe oder im Unterhaltungssektor.

³⁹ Vgl. DIW Berlin, Wochenbericht Nr. 44/2020, Wahlen in den USA: Die Pandemie ist nur das Brennglas, S. 838 (Kommentar)

Das Grundproblem: Viele Betroffene haben finanziell nicht vorgesorgt. So waren bereits vor der Epidemie vier von zehn Erwachsenen laut Federal Reserve, der US-Notenbank, aufgrund fehlender Rücklagen von „unerwarteten Ausgaben“ in Höhe von 400 Dollar überfordert. Allerdings gab die amerikanische Administration im Frühjahr 2020 knapp drei Billionen US-Dollar aus, um Bürgern in der Krise finanzielle Unterstützung und Zuschläge auf das Arbeitslosengeld zu gewähren und auch die Wirtschaft zu unterstützen. Zumindest einige Monate lang konnten sich so viele mittelständische Unternehmen und finanziell belastete Haushalte über Wasser halten. Zudem halfen „foodbanks“ Bedürftigen und ergänzten das dünne soziale Netz in der amerikanischen Gesellschaft. Seit Beginn der Corona-Krise im März haben 98 Prozent der Foodbanks einen deutlich gestiegenen Bedarf gemeldet.⁴⁰

**Keine finanzielle
Vorsorge – finanzielle
Überforderung**

**„Foodbanks“ ergänzen
das dünne soziale Netz
in der amerikanischen
Gesellschaft**

Nach Angaben des Bewertungsportals Yelp haben bereits Mitte September fast 100.000 Unternehmen angegeben, ihr Geschäft dauerhaft geschlossen zu haben.⁴¹ Auch auf dem Wohnungsmarkt zeigen sich immer stärker die sozialen Auswirkungen der Krise. Das Aspen Institute, eine US-amerikanische Denkfabrik mit Sitz in Washington, D.C., geht davon aus, dass die Vereinigten Staaten möglicherweise vor der schwersten Immobilienkrise in ihrer Ge-

**Aspen Institute: Die USA
stehen „vor der schwer-
sten Immobilienkrise
ihrer Geschichte“**

⁴⁰ Das landesweite Netzwerk erhielt 1979 den Namen „Feeding America“ und wuchs besonders in der Rezession der 1980er Jahre, als unter Präsident Ronald Reagan die Sozialausgaben massiv gekürzt wurden. Heute ist „Feeding America“ mit mehr als 200 Foodbanks und 60.000 Tafeln das größte Tafel-Netzwerk in den USA, das es seit Mitte des vergangenen Jahrhunderts gibt. Foodbanks sind karitative Verteilzentren, in denen gespendete Lebensmittel gesammelt und aufbewahrt werden. Diese Lebensmittel werden lokalen Essensausgaben zur Verfügung gestellt, Tafeln etwa, bei denen bedürftige Familien sich mit Essen versorgen können. Der Bedarf ist groß, auch ohne Pandemie: Im Schnitt wendet sich der Organisation zufolge jeder siebte Amerikaner an das Netzwerk. 2019 waren nach Angaben des US-Landwirtschaftsministeriums 37 Millionen Menschen im Land von Hunger bedroht. „Feeding America“ stellte insgesamt 4,2 Milliarden Mahlzeiten zur Verfügung.

⁴¹ Das US-amerikanische Internetunternehmen Yelp, das ein Empfehlungsportal für Dienstleister betreibt, geht in der September-Ausgabe seines „Economic Impact Report“ davon aus, dass die Geschäftsschließungen in den USA aufgrund der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie weiter zunehmen. Bis zum 31. August haben demnach 163.735 Unternehmen auf Yelp angegeben, dass sie geschlossen haben. Das sind zwar weniger als die 180.000 Unternehmen, die zu Beginn der Pandemie geschlossen wurden. Die Zahl der Schließungen hat sich jedoch seit Mitte Juli um 23 Prozent erhöht. Neben der Überwachung geschlossener Unternehmen berücksichtigt Yelp auch diejenigen Unternehmen, deren Schließungen dauerhaft sind. Diese Zahl hat in den letzten sechs Monaten stetig zugenommen und liegt nun bei 97.966, was 60 Prozent der geschlossenen Geschäfte entspricht, die nicht wiedereröffnet werden. Die dauerhaften Geschäftsschließungen haben seit Mitte Juli um 34 Prozent weiter zugenommen.

USA: 30 bis 40 Millionen Menschen sind von „Zwangsräumung“ bedroht

Die private Überschuldung erreicht in den USA 2020 neuen Höchststand

Fast 58 Millionen Amerikaner können als überschuldet oder zumindest nachhaltig zahlungsgestört eingestuft werden

schichte stehen. Nach der neuesten Analyse der US-Volkszählungsdaten sind in den nächsten Jahren schätzungsweise 30 bis 40 Millionen Menschen in den USA von einer Zwangsräumung bedroht, da die „Räumungsmoratorien“ von der Regierung in Washington, den Bundesstaaten und den lokalen Verwaltungen auslaufen und nicht durch neue ersetzt werden.⁴² Zudem sind die Zahlungen vieler Haus- und Wohnungsmieter während der Corona-Pandemie gesunken oder ganz ausgeblieben.⁴³

Die letzte Überschuldungswelle hatte in den USA 2012 / 2013, rund vier Jahre nach Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise, ihren Höhepunkt erreicht. Die so genannte „Subprime“-Krise gilt als Auslöser der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008 / 2009.⁴⁴ Seit 2012 war die Anzahl überschuldeter Amerikaner (über 18 Jahre) bis 2019 sieben Mal in Folge zurückgegangen, wie die überschlägig horchgerechneten Daten zeigen. Dabei erreichten die Überschuldungsquoten weiter deutlich höhere Werte als in Deutschland und in Großbritannien. 2020 steigt die Zahl der Überschuldungsfälle, insbesondere durch die Folgewirkungen der Corona-Krise, nach überschlägigen Berechnungen sprunghaft an. Bis Ende des Jahres ist davon auszugehen, dass fast 58 Millionen Amerikaner als überschuldet oder zumindest nachhaltig zahlungsgestört eingestuft

⁴² Zusätzliches Problem: Viele Immobilienbesitzer, denen es an Krediten oder finanziellen Möglichkeiten mangelt, Mietrückstände zu decken, haben demnach Schwierigkeiten, ihre Hypotheken und Grundsteuern bezahlen und ihre Immobilien in Stand halten zu können. Die durch Covid-19 verstärkte Immobilienkrise hat das Risiko einer Zwangsvollstreckung und eines Konkurses, insbesondere bei kleinen Immobilienbesitzern, stark erhöht.

⁴³ Der National Multifamily Housing Council (NMHC) berichtete, dass 88 Prozent der Mieter die Miete im Juli bis Mitte des Monats gezahlt hatten – weniger als im Juni 2020 und im Juli 2019. Schätzungen gehen davon aus, dass 36 Prozent der Mieter die Zahlungen im Juli verpasst haben. Laut Avail, einer Online-Zahlungsplattform für mittelständische unabhängige Vermieter und deren Mieter, erhielten im Juli nur 55 Prozent der Vermieter, die die Plattform nutzen, die vollen Mietzahlungen. Laut der einer Haushaltsimpulsumfrage des US Census Bureau (Woche 12) geben rund 18 Prozent der Mieter auf nationaler Ebene an, dass sie die Miete im Juli nicht rechtzeitig bezahlen konnten. 43 Prozent der Mieterhaushalte mit Kindern und 33 Prozent aller Mieterhaushalte gingen davon aus, dass sie die Augustmiete pünktlich bezahlen können. Unter den Mieterhaushalten, die weniger als 35.000 US-Dollar pro Jahr verdienen, befürchten 42 Prozent, die Miete für den nächsten Monat nicht bezahlen zu können. Schwarze und lateinamerikanische Bevölkerungsgruppen sind davon noch stärker betroffen.

⁴⁴ „Subprime“ steht dabei für ein spezielles Segment des US-Kreditmarktes steht. Betroffen sind Hypothekenkredite zur Finanzierung eines Eigenheims, die an Schuldner mit schlechter Bonität vergeben wurden. Es handelte sich also nicht um erstklassige „prime“-Kunden, sondern um problematischere Kreditnehmer, denen deshalb auch höhere Zinsen abverlangt wurden – „subprime“. Später wurden diese Schuldner spöttisch als „Ninjas“ bezeichnet, für „No Income, no Job, no Assets“ – kein Einkommen, kein Job und kein Vermögen.

werden müssen. Die Überschuldungsquote beträgt 2020 voraussichtlich rund 21,7 Prozent (+ 6,0 Punkte; + 16,3 Millionen Überschuldungsfälle; 2004 / 2020: + 27,9 Millionen) und erreicht damit einen neuen Höchstwert. Im Jahr 2012 lag die Überschuldungsquote mit 21 Prozent ähnlich hoch, knapp 53 Millionen amerikanische Verbraucher konnten damals als überschuldet gelten.

**Überschuldungsquote
2020: rund 21,7 Prozent
(+ 6,0 Punkte)**

Tab. 13.: Überschuldungsquoten und Überschuldungsfälle in Deutschland, Großbritannien und in den USA 2004 bis 2020

	Deutschland		Großbritannien		USA	
	Quote	Personen	Quote	Personen	Quote	Personen
2004	9,7%	6,54 Mio.	7,6%	3,6 Mio.	12,7%	29,8 Mio.
2005	10,4%	7,02 Mio.	8,1%	3,9 Mio.	13,6%	32,2 Mio.
2006	10,7%	7,19 Mio.	8,3%	4,0 Mio.	13,9%	33,3 Mio.
2007	10,8%	7,34 Mio.	10,0%	4,8 Mio.	14,1%	34,1 Mio.
2008	10,1%	6,87 Mio.	10,4%	5,1 Mio.	14,7%	35,7 Mio.
2009	9,1%	6,19 Mio.	11,3%	5,6 Mio.	16,1%	39,5 Mio.
2010	9,5%	6,49 Mio.	13,8%	6,8 Mio.	17,4%	43,2 Mio.
2011	9,4%	6,41 Mio.	15,3%	7,7 Mio.	19,4%	48,3 Mio.
2012	9,7%	6,59 Mio.	14,5%	7,4 Mio.	21,0%	52,7 Mio.
2013	9,8%	6,58 Mio.	13,9%	7,1 Mio.	19,8%	50,1 Mio.
2014	9,9%	6,67 Mio.	13,8%	7,1 Mio.	18,6%	47,3 Mio.
2015	9,9%	6,72 Mio.	13,5%	7,0 Mio.	17,3%	44,3 Mio.
2016	10,1%	6,85 Mio.	13,6%	7,1 Mio.	16,7%	43,0 Mio.
2017	10,0%	6,91 Mio.	13,3%	7,0 Mio.	16,2%	42,3 Mio.
2018	10,0%	6,93 Mio.	13,5%	7,2 Mio.	15,9%	41,7 Mio.
2019	10,0%	6,92 Mio.	13,6%	7,2 Mio.	15,7%	41,4 Mio.
2020	9,9%	6,85 Mio.	19,6%	10,5 Mio.	21,7%	57,7 Mio.
Abw. 2019 / 2020	- 0,1 Punkte	-0,1 Mio.	+6,1 Punkte	+3,3 Mio.	+6,0 Punkte	+16,3 Mio.
Abw. 2004 / 2020	+0,2 Punkte	+0,3 Mio.	+12,0 Punkte	+6,9 Mio.	+9,0 Punkte	+27,9 Mio.

Quellen: Deutschland: Creditreform Boniversum 2004 bis 2020. Schätzungen / Hochrechnungen für GB: Schuldenreport 2006 / Experian 2007 (Bezug: Personen mit hohem bis sehr hohem finanziellen Stress) / USA: Schuldenreport 2006 / U.S. Census Bureau. Rundungsdifferenzen möglich.

Der drastische Anstieg der US-amerikanischen Überschuldungsdaten beruht auch nach Angaben der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) auf den ökonomischen Verwerfungen der Corona-Krise mit den Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und den damit verbundenen Folgen für den Miet- und Immobilienmarkt. Die Arbeitslosenquote ist in den USA nach Angaben der OECD von 3,66 Prozent im Jahr 2019 auf nunmehr 12,92 Prozent gestiegen. Die Zahl arbeitsloser Amerikaner hat nach OECD-Angaben binnen Jahresfrist um rund 15 Millionen Personen

Ökonomische Verwerfungen der Corona-Krise erhöhen Armutsquoten und die Zahl der „Lebensmittelmarken-Nutzer“

2020 gelten über 43 Millionen Amerikaner als „arm“ (+ 6 Prozent)

2020: Fast 15 Millionen „food stamp“-Nutzer (+ 14 Prozent)

auf rund 21 Millionen Arbeitslose zugenommen. Der letzte Höhepunkt einer krisenbedingten Arbeitslosigkeit war 2009 / 2010 erreicht worden (2010: 14,8 Millionen). Andere überschuldungsaffine Parameter zeigten in den letzten Jahren einen stagnierenden resp. nur leicht ansteigenden Trend. So werden auch 2020 immer noch rund 43,1 Millionen Amerikaner in den statistischen Ämtern als „arm“ geführt. Seit 2013 (50,2 Millionen) war ihre Zahl, auch bedingt durch die US-amerikanische Hochkonjunktur, kontinuierlich gesunken. Allerdings stieg die Zahl „armer Personen“ von 2019 auf 2020 bereits wieder um rund 2,5 Millionen (+ 6 Prozent). Eine ähnliche Entwicklung zeigt der Anteil der Amerikaner, die auf Lebensmittelmarken („food stamps“) angewiesen sind. Auch hier ging die Zahl der Lebensmittelmarken-Nutzer von 2012 bis 2019 von 15,8 auf 13,2 Millionen Personen um rund 2,6 Millionen Empfänger zurück, zum Teil auch bedingt durch politisch motivierte Restriktionen der Trump-Regierung. Seit dem letzten Jahr stieg die Zahl bereits wieder um rund 1,8 Millionen auf fast 15 Millionen „food stamp“-Nutzer (+ 14 Prozent). Weitere ganz aktuelle Informationen finden sich in Kapitel 3.3 „Innensicht: Eine Momentaufnahme der Ver- und Überschuldungslage der Verbraucher in den USA“ von Prof. Dr. Cäzilia Loibl, die an der Ohio State University, Columbus, Ohio, USA, lehrt.

3.2 Corona-Pandemie und „Brexit“ schwächen den Wirtschaftsstandort Großbritannien

Großbritannien ist durch „Covid 19“ und „Brexit“ doppelt betroffen

Großbritannien: „schwerste Rezession seit mehr als 300 Jahren“

Großbritannien gehört in Europa und auch weltweit zu den besonders von „Covid 19“ betroffenen Ländern. Ende Oktober waren in Großbritannien rund 50.000 Tote und fast eine Million infizierte Personen zu beklagen (Stand: 30.10.2020). In keinem europäischen Land sind bisher mehr Menschen an Covid-19 gestorben als im Vereinigten Königreich. Kritiker werfen der britischen Regierung vor, einen chaotischen EU-Austritt zu provozieren („Inszenierte Eskalation“)⁴⁵, auch um von ihrem Versagen in der Bekämpfung der Corona-Pandemie abzulenken. Zudem droht Großbritannien ein „epochaler Absturz“ mit der „schwersten Rezession seit mehr als 300 Jahren“⁴⁶. Nach Angaben des britischen Statistikamts ONS ist die Wirtschaftsleistung in Großbritannien im 2. Quartal 2020 um

⁴⁵ Vgl. Zeitschrift für Internationale Politik und Gesellschaft, 22.05.2020.

⁴⁶ Vgl. Süddeutsche Zeitung, 18.08.2020.

20,4 Prozent eingebrochen – und damit stärker als in Italien, Spanien oder in Deutschland.

Gleichzeitig stieg die Arbeitslosigkeit durch Corona drastisch. Dabei hat Großbritannien bislang die Folgen der Pandemie mit einem Programm abgefedert, das der deutschen Kurzarbeit nachempfunden ist, dem „Job Retention Scheme“. Insgesamt 9,6 Millionen Menschen profitierten davon, „furloughed“, also freigestellt zu sein, während der Staat zahlte. Das Programm ist Ende Oktober ausgelaufen – mit möglicherweise drastischen Folgen für viele Arbeitnehmer.⁴⁷ Das Institute for Employment Studies befürchtet, dass die Arbeitslosenquote bis Ende des Jahres auf etwa 10 Prozent ansteigen könnte. Die Bank of England schätzt die Lage mit einem Anstieg von 7,5 Prozent zum Jahresende etwas positiver ein. Trotzdem wäre diese Entwicklung ein großer „Sprung“ von den 3,9 Prozent, die noch für Mai 2020 vermeldet wurden.⁴⁸ Aber auch in Großbritannien zeigen sich die mittelbaren Folgen, die der Corona-Krise ihre ökonomische Nachhaltigkeit geben: Aus Angst, den Job zu verlieren, haben viele Briten ihren Konsum auf ein Minimum reduziert. Wie stark die Krise auf den Arbeitsmarkt durchschlägt, wird sich spätestens im Winter 2020 / 2021 zeigen.

Zudem droht zum Jahreswechsel ein „harter Brexit“. Noch bis zum 31. Dezember 2020 gilt eine Übergangsphase, in der das zukünftige Verhältnis zwischen Großbritannien und der EU geklärt werden soll. Falls sich die Unterhändler in London und Brüssel auf keinen Freihandelsvertrag einigen können, gelten zwischen Großbritannien und der EU von 2021 an die Regeln der Welthandelsorganisation WTO – und damit hohe Zölle. Ein Durchbruch zu einer einvernehmlichen Lösung lässt bis heute auf sich warten. Eine Studie der London School of Economics schätzt, dass die britische Wirtschaft in den zehn Jahren nach einem ungeordneten Brexit um rund sechs Prozentpunkte weniger wachsen würde, als wenn das Land noch in

2020 steigt Arbeitslosigkeit in „UK“ von vier auf zehn Prozent

Zum Jahreswechsel droht ein „harter Brexit“

Ein „ungeordneter Brexit“ kostet etwa sechs Prozentpunkte Wachstum

⁴⁷ Bis Ende Oktober läuft noch das britische Modell der Kurzarbeit. Die Regierung bezahlt dabei den Arbeitgeberanteil der Sozialversicherungsbeiträge und 80 Prozent der Monatsgehälter von Angestellten – bis zu einer Grenze von 2.500 Pfund (umgerechnet etwa 2.750 Euro).

⁴⁸ Dem britischen Statistikamt ONS zufolge hatten bereits 730.000 Menschen von März bis Ende Juli ihren Arbeitsplatz verloren. Vor allem die Luftfahrtindustrie ist von der Corona-Krise schwer getroffen. British Airways hat einen Abbau von 12.000 Stellen beschlossen. Bei Easyjet sollen 4.500 Arbeitsplätze gestrichen werden, beim Konkurrenten Virgin Atlantic sind es mehr als 3.000. Auch in der britischen Autoindustrie fallen viele Jobs weg: Jaguar Land Rover, Bentley und Aston Martin haben allesamt entsprechende Pläne angekündigt. Ähnliche Vorhaben gibt es in der Ölbranche sowie bei Finanzdienstleistern und Großbanken.

der EU wäre. Zum Vergleich: Die Corona-Krise wird über den gleichen Zeitraum gerechnet nur zwei Prozentpunkte Wachstum kosten. Der „No-Deal-Effekt“ wäre langfristig also dreimal so hoch wie der wirtschaftliche Schaden durch Corona.

Über 10 Millionen Briten sind überschuldet oder zumindest nachhaltig zahlungsgestört

Überschuldungsquote 2020: rund 19,6 Prozent (+ 6,1 Punkte)

Auch in Großbritannien verschlechtert sich derzeit nach überschlägigen Berechnungen die Überschuldungslage der Verbraucher im Vergleich zum Vorjahr drastisch. Die Überschuldungsgefährdung und die Zahl der Überschuldungsfälle ist demnach bereits wieder kräftig angestiegen. In Großbritannien hatte die letzte Überschuldungswelle ihren Höhepunkt bereits 2011 mit einer Quote von 15,3 Prozent und rund 7,7 Millionen überschuldeten Verbrauchern erreicht, die bis 2017 wieder deutlich zurückging (7,0 Millionen Überschuldungsfälle; 13,3 Prozent). Bis Ende 2020 müssen rund 10,5 Millionen Briten (19,6 Prozent der Personen über 18 Jahre; + 3,3 Millionen Überschuldungsfälle; 2004 / 2020: + 6,9 Millionen) als überschuldet oder zumindest nachhaltig zahlungsgestört gelten.

OECD: Arbeitslosigkeit in Großbritannien steigt auf über 10 Prozent

14 Millionen Menschen in Großbritannien leben in Armut

Zwischenzeitlich hatte die Wirtschaft in Großbritannien trotz der Entscheidung zum „Brexit“ im Juni 2016 einen kräftigen Aufwärtstrend verzeichnet, der nach Angaben der OECD bis zum letzten Jahr zu einem spürbaren Rückgang der Arbeitslosenquote geführt hatte (2019: 3,83 Prozent). In diesem Jahr geht die OECD allerdings von rund 3,6 Millionen Arbeitslosen und einer Arbeitslosenquote von rund 10,40 Prozent aus (+ 6,6 Punkte). Die Perspektiven für die Überschuldungssituation der Verbraucher in Großbritannien sind angesichts der doppelten Belastung aus Corona-Krise und einem wahrscheinlichen „ungeregelten Brexit“ als eher düster einzustufen. Zudem leben nach Angaben der Hilfsorganisation „The Trussell Trust“, die auch Lebensmittelhilfe organisiert, derzeit etwa 14 Millionen Menschen in Großbritannien in Armut. Es ist wahrscheinlich, dass in den nächsten Jahren viele Verbraucher in Großbritannien in eine strukturelle Überschuldungskrise geraten werden. Der auch von der OECD erwartete nur leichte Rückgang der Arbeitslosigkeit für das kommende Jahr belegt dies – wie auch die starke Zunahme der Nachfrage nach telefonischer und internetgestützter Überschuldungsberatung seit Beginn der Corona-Krise.

3.3 Innensicht: Eine Momentaufnahme der Ver- und Überschuldungslage der Verbraucher in den USA

Die Haushaltswissenschaftlerin Prof. Dr. Cäzilia Loibl, The Ohio State University, Columbus, Ohio, USA, fasst aus aktuellem Anlass – am 3. November 2020 wurde der neue amerikanische Präsident gewählt – den gegenwärtigen Wissensstand zur Überschuldungslage der US-amerikanischen Verbraucher zusammen. Loibl hatte bereits im SchuldnerAtlas Deutschland 2016 in einem Gastbeitrag „Internationale Ansätze der Überschuldungsprävention aus verhaltensökonomischer Sicht“ beschrieben.⁴⁹

Ein Ausblick von Prof. Dr. Cäzilia Loibl, The Ohio State University, Columbus, Ohio, USA

Die Verschuldung privater Haushalte in den USA hatte nach Angaben der Federal Reserve Bank von New York im ersten Quartal 2020 einen historischen Höchststand erreicht. Die Schuldenlast übertrifft damit den Höchstwert seit der Großen Rezession von 2008. In den USA wird die Verschuldungsstatistik an sechs Schuldenarten gemessen. Hypothekenschulden machen im 1. Quartal 2020, als das Corona-Virus die USA erreicht, den größten Schuldenbetrag aus, mit rund zwei Drittel (68 Prozent) der ausstehenden Schulden. An zweiter Stelle sind Bildungskredite (11 Prozent) zu finden, gefolgt von Autokrediten (9 Prozent), Kreditkartenschulden (6 Prozent), „revolvierenden Kreditlinien“⁵⁰ zur Eigenheimfinanzierung (3 Prozent) und weiteren Schulden (3 Prozent).⁵¹

Wie hat sich die Verschuldung in den USA seit der 2008er-Rezession verändert?

In den vergangenen 10 Jahren hat sich die Verschuldung der Haushalte durch Bildungskredite und Automobilkredite in etwa verdoppelt, Hypotheken sind relativ stabil geblieben.⁵² Etwa ein Drittel der

⁴⁹ Cäzilia Loibl (Jahrgang 1969) hat in den Haushalts- und Ernährungswissenschaften mit einer Arbeit zur Finanzplanung in privaten Haushalten an der Technischen Universität München promoviert. Sie ist als Associate Professor für das Fachgebiet Consumer Sciences an der Ohio State University in den USA tätig. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Finanzplanung und der Evaluierung staatlicher Programme zur Finanzbildung.

⁵⁰ Ein „revolving credit“, so die englische Bezeichnung, ist kein herkömmlicher Ratenkredit. Es handelt sich um eine individuelle Kreditlinie. Der Kreditnehmer bekommt die Kreditsumme nicht in einem Betrag ausgezahlt. Bei Bedarf ruft er einzelne Beträge innerhalb der Kreditlinie ab. Über die Verfügung wird der Kreditgeber nicht gesondert informiert. Die Rückzahlung erfolgt im eigenen Ermessen des Schuldners. Der Kreditnehmer zahlt nur für die Summe Zinsen, die er in Anspruch genommen hat.

⁵¹ Datenquelle: Federal Reserve Bank of New York. Quarterly Report on Household Debt and Credit 2020, 2. Quartal 2020. Center for Microeconomic Data.

⁵² Ebenda.

Seit 2010: Verdoppelung von Bildungs- und Automobilkrediten

Die Zahlungsschwierigkeiten waren bis Ende 2019 gering

Bereits 2018 begannen Experten die Tragbarkeit der Schuldenlast in Frage zu stellen

Der Anstieg der Verschuldung ist durch die Corona-Krise zum Stillstand gekommen

Amerikaner hat Bildungskredite, am häufigsten zwischen 20.000 und 25.000 US-Dollar, dies entspricht etwa 17.000 bis 21.000 Euro.⁵³ Rund 85 Prozent der Neuwagen werden auf Kredit gekauft oder geleast, mit zunehmend steigenden Kreditlaufzeiten. Etwa 40 Prozent der Autokredite für Neuwagen laufen derzeit über sechs Jahre mit einer durchschnittlichen monatlichen Rate von rund 550 US-Dollar (470 Euro).⁵⁴ Insgesamt ist die Zahl verschuldeter Personen deutlich angestiegen, ebenso die Höhe der Kredite und deren Laufzeiten.

Trotz der hohen Schuldenlast meldeten die Kreditauskunfteien, dass der Zahlungsverzug in den letzten Jahren vergleichsweise gering war. Weniger als fünf Prozent der Schuldner waren zum Jahresende 2019 in Verzug – dies deutet auf einen angemessenen Umgang der Konsumenten mit der Verschuldung hin⁵⁵ und spiegelt sich im Kreditscoring, das in den USA die Kreditwürdigkeit mittels eines Punktesystems von 350 bis 850 Punkten misst. Zum Jahresende 2019 hatten knapp 60 Prozent der Amerikaner einen „guten“ Kreditscore von 700 Punkten oder höher, ein neuer Höchststand.⁵⁶ Dennoch begannen Experten bereits 2018 die Tragbarkeit der Schuldenlast in Frage zu stellen.⁵⁷ „Think Tanks“, wie beispielsweise das Aspen Institute, sprechen bereits von einer Schuldenkrise.⁵⁸ Das nationale „Consumer Financial Protection Bureau“ veröffentlicht neue Verbrauchermaterialien zur Schuldenbekämpfung und unterbindet in verstärktem Maße die Zunahme unlauterer Schuldeneintreibungspraktiken.⁶

Der Anstieg in der Konsumentenverschuldung ist im Sommer 2020 zum Stillstand gekommen und das Schuldenniveau hat sich verringert. Hauptursache ist die stark zurückgegangene Kreditkartenverschuldung um etwa 8,5 Prozent, da durch die Ausgehverbote und das Social Distancing deutlich weniger ausgegeben wird.⁵⁹ Zudem erleichtert das CARES Gesetz im April die Stundung von Hypotheken

⁵³ Vgl. Board of Governors of the Federal Reserve System, 2020, Report on the Economic Well-Being of U.S. Households in 2019, May 2020.

⁵⁴ Stolba, S. L. 2020. Debt Reaches New Highs in 2019, but Credit Scores Stay Strong. Experian.

⁵⁵ Ebenda.

⁵⁶ Ebenda.

⁵⁷ Vgl. Catanzaro, M. 2020. Open Vault Blog. Federal Reserve Bank of St. Louis.

⁵⁸ Vgl. The Aspen Institute, 2018, Lifting the weight: Solving the Consumer Debt Crisis for Families, Communities and Future Generations.

⁵⁹ Vgl. Federal Reserve Bank of New York. Quarterly Report on Household Debt and Credit 2020:Q2. 2020. Center for Microeconomic Data.

und Bildungskrediten und hat daher die Gefahr des Zahlungsverzugs für das Drittel der amerikanischen Schuldner, die diese Kredite nutzen, effektiv vermindert.⁶⁰

Die hohen Infektionszahlen und die hohe Sterberate, der Abbau von Arbeitsplätzen, die Schließung von Unternehmen und der Anstieg von medizinischen Ausgaben haben die finanzielle Situation vieler Konsumenten stark beeinträchtigt. Neben dem Abbau der Ersparnisse werden die Schuldentilgung, Haushaltsnebenkosten, Lebensmittel und die steigenden Kosten für medizinische Versorgung als Hauptprobleme angeführt:

- Fast die Hälfte aller US-amerikanischen Haushalte (46 Prozent) berichten während der Sommermonate von gravierenden Finanzproblemen. Etwa ein Fünftel aller Haushalte hat große Probleme mit der Zahlung der monatlichen Kreditkartenabrechnung (21 Prozent), der Hypotheken- oder Mietzahlung (19 Prozent) und der Ratenzahlung für Autokredite (14 Prozent).
- So genannte „Minderheitenhaushalte“ sind besonders stark betroffen: 72 Prozent der latein-amerikanischen Haushalte und 60 Prozent der afro-amerikanischen Haushalte berichten von gravierenden Finanzproblemen, dagegen nur 36 Prozent der weißen Haushalte. Etwa ein Drittel der beiden Minderheitengruppen hat Mühe mit der monatlichen Kreditkartenrechnung, der Hypotheken- oder Mietzahlung und etwa ein Viertel mit den Ratenzahlungen für den Autokredit.⁶¹

Auf Anweisung der US-Regierung können Raten von Hypothekendarlehen bis zu zwölf Monate und Bildungskredite bis Ende 2020 ausgesetzt werden. Das nationale Consumer Financial Protection Bureau empfiehlt Konsumenten mit Kreditgebern in Kontakt zu treten, um Teilzahlung oder Stundung von Kreditkartenschulden und Autokrediten zu verhandeln.⁶² Ende Oktober ist die USA auf dem Weg in die dritte Infektionswelle und eine finanzielle Entlastung der Haushalte ist derzeit nicht absehbar.

Die Corona-Pandemie bedeutet für viele amerikanische Verbraucher eine starke finanzielle Belastung

Fast die Hälfte aller US-amerikanischen Haushalte haben im Sommer „gravierende Finanzprobleme“

Minderheitenhaushalte sind besonders stark betroffen

Perspektiven 2021: Eine finanzielle Entlastung der US-amerikanischen Haushalte ist nicht absehbar

⁶⁰ Vgl. Chakrabarti, R., Haughwout, A., Lee, D., Scally, J. & van der Klaauw, W. 2020. Debt Relief and the CARES Act: Which Borrowers Benefit the Most? Federal Reserve Bank of New York.

⁶¹ Vgl. Robert Wood Johnson Foundation. 2020. The Impact of Coronavirus on Households Across America.

⁶² Vgl. Consumer Financial Protection Bureau. 2020. Fair Debt Collection Practices Act.

4 Mangelernährung und Schulden – allge- genwärtig und doch zu oft übersehen

Ein Gastbeitrag von Jochen Brühl,

Vorsitzender der Tafel Deutschland e.V.

4.1 Angebot und Nachfrage: Wo gibt es Tafeln und wer sind die Tafel Kundinnen und Kunden?

950 Tafeln in Deutschland mit rund 2.000 Ausgabestellen

Vernetzt mit weiteren sozialen Angeboten wie Kleiderkammern, Geflüchteten-Hilfe oder Schuldnerberatung

Seit 1995 Dachverband Tafel Deutschland e.V.

Armut und ihre Folgen aus dem Verborgenen holen und sichtbar machen

Es gibt fast 950 Tafeln in Deutschland mit rund 2.000 Ausgabestellen. Tafeln retten Lebensmittel, die noch genießbar aber nicht mehr verkäuflich sind und verteilen diese an armutsbetroffene Menschen. Etwa drei Viertel der Tafeln organisieren darüber hinaus Angebote, die gesunde Ernährung und Lebensmittelwertschätzung, Begegnung und Dialog fördern oder gezielt Kinder und Jugendliche unterstützen. Beispielsweise sind das Kochkurse oder Tafel-Gärten, Seniorentreffs, Nachhilfe oder Freizeitaktivitäten. Tafeln sind häufig vor Ort vernetzt mit weiteren sozialen Angeboten wie Kleiderkammern, Geflüchteten-Hilfe oder Schuldnerberatung. Die häufigsten Zusatzangebote sind Lieferservice für Kunden und Kundinnen mit eingeschränkter Mobilität (37 Prozent), Spielzeugverkäufe oder -ausgaben (29 Prozent) und Kleiderkammern (28 Prozent).⁶³

Tafeln gibt es in allen Teilen Deutschlands, in West und Ost, in Städten und im ländlichen Raum. Dabei sind Tafeln in Landesverbänden organisiert und werden gemeinsam von dem Dachverband Tafel Deutschland e.V. unterstützt und vertreten. Grundsätzlich gibt es dort Tafeln, wo genügend ehrenamtliche Helferinnen und Helfer und ausreichend Lebensmittelspenden eine Umverteilung an armutsbetroffene Menschen ermöglichen. Nach mehr als 25 Jahren Tafel Arbeit in Deutschland können wir mit Gewissheit sagen, dass es überall Armut gibt und Menschen, die sich über Unterstützung freuen. Tafeln haben dazu beigetragen, Armut und ihre Folgen aus dem Verborgenen zu holen und sichtbar zu machen. Armut zeigt sich bei den Tafeln als Ernährungsunsicherheit⁶⁴, finanzieller Mangel sowie Mangel an Teilhabe und sozialen Begegnungen.⁶⁵

⁶³ Tafel Umfrage 2019 (intern vorliegende Zahlen).

⁶⁴ Depa, Julia, et al. „Prevalence of food insecurity among food bank users in Germany and its association with population characteristics.“ *Preventive medicine reports* 9 (2018): 96-101.

⁶⁵ Schoneville, Holger. „Poverty and the transformation of the welfare (state) arrangement. Food banks and the charity economy in Germany.“ *Social Work & Society* 16.2 (2018).

Tab. 14.: Organisation der 949 Tafeln in Deutschland in zwölf Landesverbänden

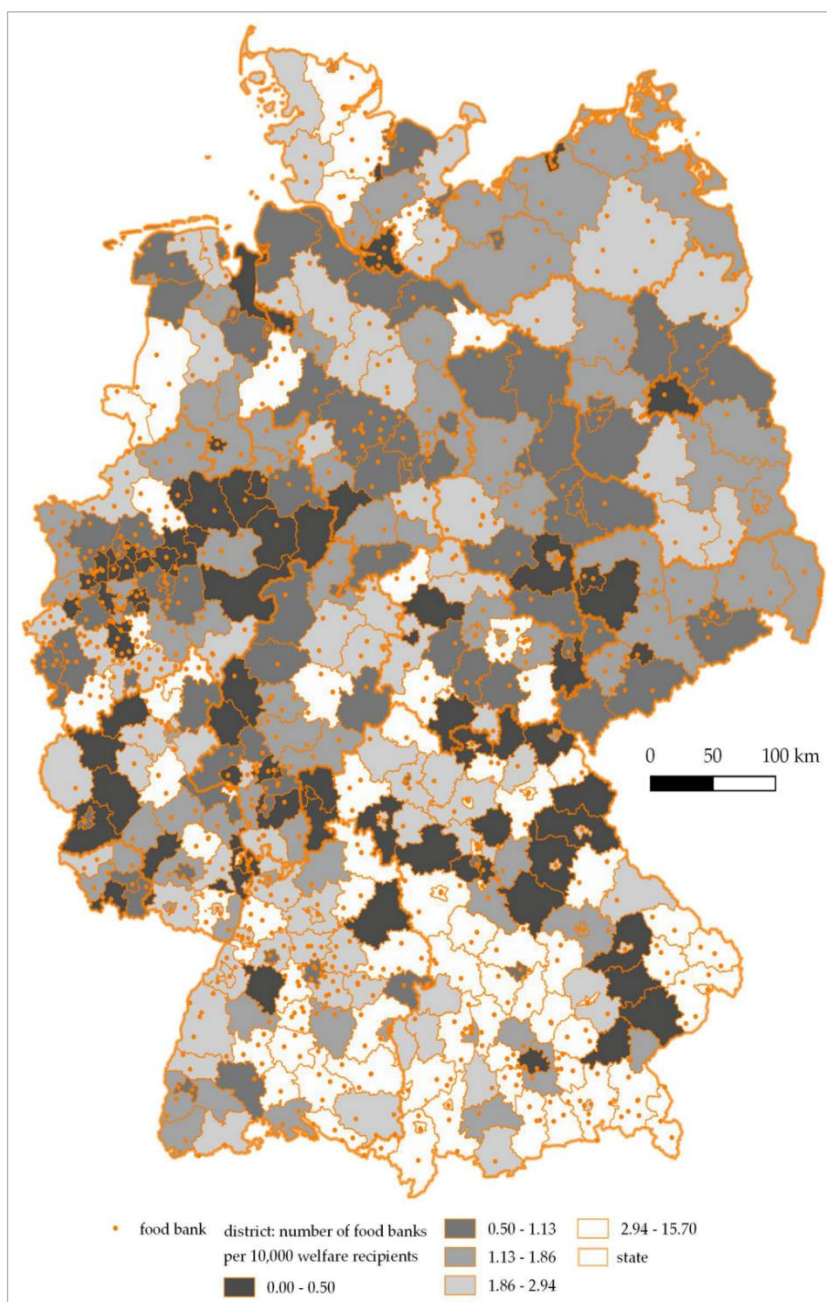
Bundesland	Anzahl	Anteil
Baden-Württemberg	147	15%
Bayern	165	17%
Berlin und Brandenburg	44	5%
Hessen	57	6%
Mecklenburg-Vorpommern	29	3%
Niedersachsen und Bremen	105	11%
Nordrhein-Westfalen	169	18%
Rheinland Pfalz und Saarland	65	7%
Sachsen	42	4%
Sachsen-Anhalt	33	3%
Schleswig Holstein und Hamburg	61	6%
Thüringen	32	3%
Gesamt	949	100%
Westdeutschland	769	81%
Ostdeutschland (einschl. Berlin)	180	19%
Gesamt	949	100%

Die Deutschland-Karte (s. nächste Seite) zeigt, wie viele Tafeln es pro 10.000 Sozialleistungsempfänger in einem Kreis oder einer kreisfreien Stadt gibt. Nicht ablesbar ist aus der Karte, wo der Bedarf an Unterstützung durch Tafeln am höchsten ist. Je heller ein Kreis oder eine kreisfreie Stadt eingezeichnet sind, desto mehr Tafeln gibt es dort im Verhältnis zu Sozialleistungsempfängern. In Orten des Ruhrgebiets zum Beispiel gibt es besonders viele Menschen, die Sozialleistungen beziehen und deshalb als bedürftig gelten. Zwar gibt es viele Tafeln im Ruhrgebiet, aber durch die hohe Zahl der Bedürftigen dort ist das Ruhrgebiet auf der Karte dunkel eingezeichnet. Anders ist es an Orten in Bayern, wo es weniger Sozialleistungsempfänger, dafür aber auch weniger Tafeln gibt. Auch dort ist die Karte dunkler gefärbt.

**Karten verdeutlichen
Leistungsangebot:
Tafeln pro 10.000
Sozialleistungs-
empfänger**

Karte 15.: Anzahl an Tafeln pro 10.000 Sozialleistungsempfänger in deutschen Kreisen und kreisfreien Städten⁶⁶

Je heller ein Kreis oder eine kreisfreie Stadt, desto mehr Tafeln gibt es dort im Verhältnis zur Zahl der Sozialleistungsempfänger



1,65 Millionen Menschen nutzten 2019 die Angebote der Tafeln

Laut der letzten Erhebung aus dem Jahr 2019 nutzen bundesweit 1,65 Millionen Menschen die Angebote der Tafeln. Davon sind im Bundesdurchschnitt 44 Prozent Erwachsene im erwerbstätigen Alter, 30 Prozent sind Kinder und Jugendliche und 26 Prozent sind Senioren. Besonders die Anzahl der Senioren sowie der Kinder und Jugendlichen ist innerhalb nur eines Jahres alarmierend gestiegen,

⁶⁶ Simmet, Anja, Peter Tinnemann, and Nanette Stroebele-Benschop. „The German food bank system and its users - A cross-sectional study.“ International journal of environmental research and public health 15.7 (2018): 1485., S. 5.

um 20 Prozent beziehungsweise 10 Prozent. Im vergangenen Jahr kamen Menschen aus verschiedenen Bedürftigkeitsgruppen zu Tafeln. Die größte Gruppe bildeten mit 47 Prozent Langzeitarbeitslose, gefolgt von 26 Prozent, die auf Grund von Rente oder Grundsicherung im Alter zu Tafeln kamen und 20 Prozent, deren Hilfsanspruch auf dem Asylbewerberleistungsgesetz basiert.⁶⁷

Die Anzahl von Senioren, Kindern und Jugendlichen ist binnen Jahresfrist alarmierend gestiegen

4.2 Perspektiven: Obwohl es jeden treffen kann, wissen wir, wer die Kundinnen und Kunden von übermorgen sind

Wie wohl auch im Falle von Überschuldung, kann es bei Menschen unerwartet dazu kommen, dass sie zu Tafeln gehen. Vielleicht ist es die plötzliche Arbeitslosigkeit nach vielen Jahren in einem Beruf oder vielleicht ist nicht genug von der Rente übrig, nachdem die Miete gezahlt ist. Möglicherweise hat eine Krankheit jemanden aus der Bahn geworfen oder eine Trennung bedingt, dass eine Mutter oder ein Vater alleinerziehend sind. Oft hören wir bei den Tafeln, dass Kundinnen und Kunden nie gedacht hätten, dass sie selbst einmal auf diese Hilfe angewiesen wären.

Oft führen unerwartete Ereignisse Menschen zu den Tafeln

Obwohl es jeden treffen kann und die Tafeln aus Prinzip für alle offen sind, gibt es zwei bedenkliche Trends, die sich in den letzten Jahren abgezeichnet haben. Die erste Entwicklung ist, dass es eine Zunahme der Zahl der Senioren gibt, die auf die Unterstützung durch die Tafeln angewiesen sind. Von 2018 auf 2019 ist diese Zahl um 20 Prozent gestiegen. Studien prognostizieren, dass, sollte es nicht zu einem radikalen politischen Kurswechsel kommen, bereits in 15 Jahren jede fünfte Rentnerin oder jeder fünfte Rentner von Altersarmut bedroht sein wird.⁶⁸ Ein zweiter besorgniserregender Trend ist, dass zunehmend Familien mit Kindern und Jugendlichen auf die Hilfe der Tafeln angewiesen sind. Zwei Faktoren stellen ein deutlich erhöhtes Armutsrisiko für Familien dar: alleinerziehend zu sein (der Anteil an Alleinerziehenden, die Grundsicherungsleistungen beziehen, ist fünfmal so hoch wie bei Paaren mit Kindern)⁶⁹ oder viele Kinder zu haben (unter Alleinerziehenden als auch unter Paaren mit Kindern

Zwei bedenkliche Trends

Altersarmut führt immer mehr Senioren in die Tafeln ...

... und zunehmend Familien mit Kindern und Jugendlichen

⁶⁷ Tafel Deutschland, „Zahlen & Fakten 2019“ http://www.tafel.de/fileadmin/media/Presse/Hintergrundinformationen/2019-11-05_Faktenblaetter_gesamt.pdf

⁶⁸ Geyer, Johannes, et al. „Anstieg der Altersarmut in Deutschland: Wie wirken verschiedene Rentenreformen?“, Bertelsmann Stiftung (2019).

⁶⁹ Lenze, Anne, Antje Funcke. „Alleinerziehende unter Druck. Rechtliche Rahmenbedingungen, finanzielle Lage und Reformbedarf.“ Bertelsmann Stiftung (2016).

Auch in reichen Gesellschaften hängen Gesundheit, Bildungschancen und das zukünftige Einkommen der Kinder stark von den Eltern ab

steigt die SGB II Quote je mehr Kinder Teil des Haushalts sind).⁷⁰ Der hohe Anteil an Kindern und Jugendlichen bei den Tafeln ist auch deshalb beunruhigend, weil es wissenschaftlich belegt ist, dass auch in reichen Ländern die Gesundheit, die Bildungschancen und das zukünftige Einkommen von Kindern stark von den Eltern abhängen.⁷¹ Wenn der sozioökonomische Aufstieg so unwahrscheinlich ist, steht zu befürchten, dass die 500.000 Kinder aus Familien, die heute zu Tafeln kommen, ihr Leben lang Tafel Kundinnen und Kunden bleiben werden.

4.3 Einschränkungen der finanziellen Mittel und mangelnde Teilhabe am Rande der Gesellschaft gehen Hand in Hand

Einschränkungen der finanziellen Mittel und Überschuldung gehen oft Hand in Hand

Uns liegen keine konkreten Angaben über die Ver- und Überschuldung unserer Kundinnen und Kunden vor. Zweifelsohne haben sie aber extrem eingeschränkte finanzielle Mittel zur Verfügung und kaum Spielräume. Tafeln können nicht die Lebensmittelgrundversorgung sicherstellen und sie haben auch nicht das Ziel dies zu tun. Allerdings kann die Unterstützung durch die Tafeln Bedürftige finanziell entlasten und so Freiräume schaffen, dass Geld und Energie doch noch reichen, um gelegentlich etwas Schönes mit den Kindern zu unternehmen oder die dringend gebrauchten Winterhandschuhe zu kaufen.

Kundinnen und Kunden der Tafeln stehen oft am Rand der Gesellschaft

Durch ihre Bedürftigkeit stehen Kundinnen und Kunden der Tafeln oft am Rande der Gesellschaft und müssen auf vieles verzichten. Oft fehlt es ihnen an gesellschaftlicher Teilhabe oder einer Stelle, die ihre Interessen vertritt und sich für sie einsetzt. Zum einen sind Tafeln auch deshalb Orte der Begegnung und arbeiten vielerorts mit sozialen Einrichtungen zusammen, damit präventiv gehandelt werden kann. Neben den eigenen Ausgabestellen beliefern Tafeln auch viele Einrichtungen, bei denen Bedürftige Unterstützung erfahren können. Zum anderen setzen sich der Dachverband auf Bundesebene und die Landesverbände regional dafür ein, dass Hunger, Armut und Lebensmittelverschwendung Themen sind, auf die Politik und Gesellschaft fortwährend aufmerksam gemacht werden. Tafeln

Nur politische Reformen können Armut erfolgreich bekämpfen

⁷⁰ Bertelsmann Stiftung. „Factsheet. Kinderarmut in Deutschland.“ Bertelsmann Stiftung (2020).

⁷¹ OECD. (A Broken Social Elevator? How to Promote Social Mobility.“ OECD Publishing (2018).

unterstützen Menschen, die von Armut betroffen sind, aber es braucht politische Reformen, um Armut erfolgreich zu bekämpfen.

4.4 Corona verdichtet soziale Problemlagen: Menschen unterstützen, gerade jetzt

Im Frühjahr 2020 hatten beinahe die Hälfte der Tafeln in Deutschland Corona-bedingt geschlossen. Ende des Sommers konnten fast alle Tafeln wieder öffnen, wenn auch viele von ihnen immer noch im Notbetrieb laufen. Soweit möglich werden Lebensmittel im Freien verteilt oder in Tüten und Kisten gepackt, um so das Ansteckungsrisiko zu verringern. Die anfänglichen Schließungen und die weiterhin geltenden Vorsichtsmaßnahmen sind nötig, weil knapp 60 Prozent der Ehrenamtlichen zur Risikogruppe gehören. Darüber hinaus wissen wir auch, dass besonders viele der Tafel Kundinnen und Kunden gesundheitlich vorbelastet sind und zur Risikogruppe gehören.⁷²

Auch über die akute Lage hinaus stellen die Corona-Pandemie und ihre Folgen eine große Herausforderung für die Tafeln dar. Es bereitet uns nicht nur Sorgen, dass Kundinnen und Kunden trotz unveränderter oder verschlechterter Einkommensverhältnisse nicht mehr zu Tafeln kommen, weil sie zur Risikogruppe gehören. Zusätzlich gibt es bereits jetzt viele neue Tafel Kundinnen und Kunden, die auf Grund von Kurzarbeit Unterstützung brauchen oder in Branchen wie Kultur und Gastronomie momentan kein Einkommen haben. Es ist wahrscheinlich, dass zumindest ein Teil dieser Neukundinnen und -kunden in Arbeitslosigkeit, Insolvenz oder Überschuldung abrutschen. Die Einschnitte von Kurzarbeit oder Jobverlust werden sich auf die Rentenbezüge auswirken. Und es bleibt die Befürchtung, dass Kinder aus armutsbetroffenen Familien durch die Corona-Krise weiter abgehängt werden und sich ihre Chancen auf ein Leben ohne Armut nachhaltig verschlechtern.

Wegen Corona mussten im Frühjahr 2020 fast die Hälfte aller Tafeln schliessen

Zwei aktuelle Herausforderungen: Viele Kundinnen und Kunden kommen derzeit nicht, da sie zur Risikogruppe gehören ...

... zugleich steigt die Nachfrage wegen coronabedingter Arbeitslosigkeit, Insolvenz oder Überschuldung

⁷² Depa, J., Hilzendegen, C., Tinnemann, P. et al. An explorative cross-sectional study examining self-reported health and nutritional status of disadvantaged people using food banks in Germany. Int J Equity Health 14, 141 (2015).

5 Blick in die Zukunft: Die Überschuldungs- ampel bleibt trotz leichter Entspannung durch die Corona- Pandemie weiterhin auf „rot“

Private Überschuldung in Deutschland ist 2020 nochmals gesunken

Junge Überschuldung nimmt ab, alte Überschuldung nimmt zu

Wie in beiden Vorjahren: Harte Überschuldung nimmt ab, weiche Überschuldung nimmt zu

„Glück im Unglück“: Private Überschuldung in den USA und Großbritannien liegt höher

Langfristige Perspektiven: Corona-Pandemie erhöht Einkommensungleichheit und befördert Überschuldungsgefährdung

Die Überschuldung der Verbraucher in Deutschland hat 2020 – trotz der auch stark negativen volkswirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie – nochmals abgenommen. Auch wenn sich die meisten sozioökonomischen Indikatoren seit März 2020 deutlich verschlechtert haben („Jahrhundertrezession“), zeigen die aktuell vorliegenden Überschuldungsquoten auf Entspannung – noch! Hierbei nimmt die „junge Überschuldung“ deutlich ab, während immer mehr ältere Menschen (ab 50 Jahren) in die Überschuldungspirale geraten.

Der seit 2010 andauernde Rückgang der Verbraucherinsolvenzen macht sich in einer weiteren deutlichen Abnahme der „harten“ Überschuldungsmerkmale bemerkbar. Der ebenfalls deutliche Anstieg der „weichen“ Negativmerkmale ist auch Ausdruck der zeitlich versetzten Konsumverschuldung, die von der Niedrigzinsphase und durch die Hochkonjunktur der letzten Jahre ausgelöst resp. verstärkt wurde. Zum Anstieg beigetragen haben neben der Zunahme konsumbasierter Überschuldungsfälle besonders auch Überschuldungsprobleme, die auf Erkrankung, Sucht, Unfall sowie auf „längerfristiges Niedrigeinkommen“ zurückzuführen sind.

Der Blick „über den Tellerrand“ zeigt, dass Deutschland derzeit offensichtlich noch „Glück im Unglück“ hat. Die Überschuldungslage der Verbraucher in den USA und in Großbritannien ist aufgrund der spezifischen Rahmenbedingungen (u.a. hohe Vermögensungleichheit / „Brexit“) bereits jetzt deutlich negativer, da die sozialen Sicherungssysteme den Wegfall der durch Corona verursachten Einkommenseinbußen der Verbraucher nicht oder nur unzureichend kompensieren können. Zudem bahnt sich in den USA möglicherweise eine neue Immobilienkrise an, da nach Angaben des Aspen-Institute, einer US-amerikanischen Denkfabrik mit Sitz in Washington, D.C., rund 30 bis 40 Millionen Menschen in Amerika von einer Zwangsräumung bedroht sind.

Die langfristigen Perspektiven für die Überschuldungsentwicklung, nicht nur in Deutschland, sind trotz zwischenzeitlich leichter Entspannungstendenzen in der konjunkturellen Entwicklung besorgniserregend, da die Corona-Pandemie auch eine weitere Polarisierung von Einkommen und Vermögen bewirkt. Vereinfacht: Die oberen sozialen Schichten („Gutverdiener“) können Einkommensausfälle kompensieren – sie sparen vermehrt und üben zugleich Ausgabenvorsicht und Konsumzurückhaltung. Die unteren sozialen

Schichten haben keine oder nur sehr geringe finanzielle Reserven und eine „negative Sparquote“ – sie ver- und überschulden sich. Die Folge: Bereits jetzt deuten sich finanzielle Überlastungen an, die zeitlich versetzt, zu einem Anstieg der Überschuldungsfälle führen werden. Zudem ist zu befürchten, dass der bestehende bzw. erwartete „Nachholbedarf“ an Verbraucherinsolvenzverfahren (auch durch Bearbeitungsstau) durch die Verkürzung der Wohlverhaltensperiode zu einem zusätzlichen Anstieg der (harten) Überschuldungsfälle führen wird. Bereits jetzt dürften rund 7,3 Millionen Verbraucher in Deutschland von Überschuldung betroffen sein, also etwa 400.000 Personen mehr, als die aktuellen Daten ausweisen.

Geringverdiener haben kaum finanzielle Reserven, um Corona-bedingte Einkommenseinbußen zu kompensieren

Die Corona-Pandemie bewirkt in der Summe gravierende Einkommenseinbußen, besonders bei Geringverdienern, die zudem oft prekär beschäftigt sind und nur wenig oder gar nicht vom arbeitsmarktpolitischen Instrument der Kurzarbeit profitieren können. Auch die Tafel Deutschland e.V. befürchtet einen weiteren Anstieg von (Alters-)Armut, der auch 2020 mit einer erneuten deutlichen Zunahme der Überschuldung älterer Verbraucher korrespondiert. Auch vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass die Zahl der Überschuldungsfälle in näherer Zukunft deutlich steigen wird. Für viele Verbraucher in Deutschland geht die Überschuldungssampel in den nächsten Monaten auf „rot“.

Tafel Deutschland e.V. befürchtet einen weiteren Anstieg der (Alters-)Armut und sozialer Ungleichheit

Generell gilt: Überschuldung sollte am besten von vornherein vermieden werden (Prävention) und Beratungssuchenden möglichst frühzeitig adäquate Hilfsangebote (Beratung) an die Hand gegeben werden. Folgende Querschnittsaufgaben sollten im Vordergrund stehen: ein weiterer Aufbau der Vollzeitbeschäftigung; der Ausbau eines bedarfsgerechten Wohnungsangebotes mit entsprechender Mietpreisgestaltung; höhere und gezielte Bildungsinvestitionen zur Förderung von Finanzkompetenz der gesamten Bevölkerung; Stärkung und Ausbau der Insolvenz- und Schuldnerberatung (einschließlich sozialmedizinischer Beratungs- und Informationsangebote zur Gesundheitskompetenz), gegebenenfalls auch durch „Familienpaten“ bei besonders stark und dauerhaft überschuldeten Familien; stärkere politische Sensibilisierung für die Belange überschuldeter Personen; die Förderung einer verantwortungsbewussten Kreditvergabe und eine qualifizierte Informationsoffensive zur Überschuldungsproblematik sowie eine stärkere Einbindung der Überschuldungsforschung in die Armuts- und Bildungsdebatte.

Allgemeine Maßnahmen und Handlungsanregungen

6 Ergebnisse kompakt

Die Zahl überschuldeter Privatpersonen in Deutschland ist zum zweiten Mal in Folge – und zudem deutlicher als im letzten Jahr – zurückgegangen. Die Überschuldungsquote sinkt 2020 merklich, auch da die Bevölkerung durch Zuwanderung nochmals, wenn auch weniger stark als in den Vorjahren, zugenommen hat. Für die gesamte Bundesrepublik wurde zum Stichtag 1. Oktober 2020 eine Überschuldungsquote von 9,87 Prozent gemessen. Damit sind weiterhin fast 6,9 Millionen Bürger über 18 Jahre überschuldet und weisen nachhaltige Zahlungsstörungen auf. Dies sind rund 69.000 Personen weniger als noch im letzten Jahr (- 1,0 Prozent).

Der Rückgang der Überschuldungsfälle beruht wie im Vorjahr auf einer stärkeren Abnahme der Fälle mit hoher Überschuldungsintensität (vereinfacht: juristische Sachverhalte; - 188.000 Fälle; - 4,7 Prozent). Die Zahl der Fälle mit geringer Überschuldungsintensität (vereinfacht: nachhaltige Zahlungsstörungen) ist hingegen nochmals leicht stärker als im Vorjahr angestiegen (+ 119.000 Fälle; + 4,1 Prozent). Im deutlichen Rückgang der „harten Überschuldung“ spiegelt sich zeitversetzt der seit Jahren kontinuierliche Rückgang der Privatinsolvenzverfahren und zugleich die bis Frühjahr 2020 robuste Verfassung des Arbeitsmarktes mit einem deutlichen Rückgang von Langzeitarbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung. Dieser Positivtrend im deutschen Arbeitsmarkt hat sich durch die Corona-Pandemie spätestens ab April gewendet.

Die Überschuldungsquote liegt aktuell in den neuen Bundesländern (10,20 Prozent, - 0,13 Punkte, ohne Berlin) zum neunten Mal in Folge über dem Vergleichswert im Westdeutschland (9,82 Prozent; - 0,12 Punkte). Insgesamt sind in den westlichen Bundesländern rund 5,77 Millionen Personen überschuldet, im Osten Deutschlands sind dies rund 1,08 Millionen. Die Analyse nach Überschuldungsintensität zeigt, dass sich die „Überschuldungsspirale“ im Westen weiterhin schneller dreht als im Osten. Auch in diesem Jahr sind die Rückgänge der Fälle mit hoher Überschuldungsintensität im Osten stärker ausgeprägt (- 5,0 Prozent) als im Westen Deutschlands (- 4,6 Prozent). Hingegen fallen die Anstiege der Fälle mit nachhaltigen Zahlungsstörungen im Osten (+ 3,4 Prozent) weniger stark aus als im Westen (+ 4,2 Prozent). Die Zahl der Überschuldungsfälle hat sich im Langzeitvergleich 2006 / 2020 im Westen „nur“ um rund 133.000 Überschuldungsfälle (- 2,2 Prozent), im Osten deutlich stärker um 202.000 Überschuldungsfälle (- 15,7 Prozent) verringert.

Die Analyse der Überschuldungsentwicklung nach Bundesländern zeigt 2020 einen fast durchgehend positiven Trend. Kein Bundesland weist 2020 einen Anstieg der Überschuldungsfälle auf. 13 Bundesländer zeigen zurückgehende Überschuldungszahlen. Drei Bundesländer weisen wie in beiden Vorjahren keine Veränderung der Überschuldungsfälle auf. Zudem zeigen 15 Bundesländer in diesem Jahr einen Rückgang der Überschuldungsquote. Nur das Saarland zeigt eine höhere Überschuldungsquote als im Vorjahr (11,60 Prozent; + 0,10 Punkte). Bayern (7,14 Prozent; - 0,17 Punkte) und Baden-Württemberg (8,11 Prozent; - 0,12 Punkte) verbleiben mit Abstand vor Thüringen (9,14 Prozent; - 0,08 Punkte) – alle drei mit einer erneut verbesserten Überschuldungsquote. Brandenburg (9,64 Prozent; - 0,19 Punkte) verbessert sich um einen Platz auf Rang vier. Die Schlusslichter bleiben wie in den Vorjahren Bremen (13,97 Prozent; - 0,05 Punkte), Sachsen-Anhalt (12,62 Prozent; - 0,09 Punkte) und Berlin (12,02 Prozent; - 0,28 Punkte) – alle drei ebenfalls mit einer verbesserten Überschuldungsquote.

Die Überschuldung von Frauen und Männern in Deutschland nimmt 2020 ab. Aktuell müssen rund 7,58 Prozent der Frauen über 18 Jahre als überschuldet und zumindest nachhaltig zahlungsgestört gelten (- 0,07 Punkte). Bei Männern sind dies aktuell 12,27 Prozent (- 0,19 Punkte). Zudem nahm auch die Zahl der Überschuldungsfälle bei beiden Geschlechtern ab (Frauen: 2,69 Millionen; - 17.000 Fälle / Männer: 4,17 Millionen; - 52.000 Fälle).

Das Thema „Altersüberschuldung“ gewinnt weiter an Bedeutung. 2020 müssen rund 470.000 Menschen in Deutschland ab 70 Jahren als überschuldet eingestuft werden (+ 89.000 Fälle; + 23 Prozent). Die entsprechende Überschuldungsquote (3,61 Prozent; + 0,67 Punkte) bleibt dennoch weiterhin deutlich unter den Vergleichswerten der anderen Altersgruppen. Der Anstieg ist im Vergleich 2013 zu 2020 mit 325 Prozent deutlich überdurchschnittlich, allerdings von vergleichsweise niedrigem Niveau aus. Im Gegensatz dazu ist die Überschuldungszahl und -quote in der jüngsten Altersgruppe in diesem Jahr weiter deutlich zurückgegangen. Die Überschuldungsquote sinkt bei den unter 30-Jährigen erstmals seit 2004 wieder unter die 10-Prozent-Marke und beträgt aktuell 9,63 Prozent (- 2,50 Punkte). Weiterhin müssen rund 1,11 Millionen junge Menschen in Deutschland (unter 30 Jahre) als überschuldet eingestuft werden (- 303.000 Fälle).

Trotz aktuellem Positivtrend sind bei der Beurteilung der tatsächlichen Überschuldungslage der deutschen Verbraucher die mittel- und unmittelbaren Folgewirkungen der seit Anfang März grassierenden Corona-Pandemie zu berücksichtigen. Die Corona-bedingten finanziellen Belastungen vieler Haushalte durch Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit und andere Einkommenseinbußen halten den „finanziellen Stress“ vieler Verbraucher auf hohem Niveau. Dabei sind einkommensschwächere Personengruppen von den Auswirkungen der Pandemie stärker betroffen als „Gutverdiener“. Nach überschlägigen Hochrechnungen dürften bereits jetzt rund 7,3 Millionen Verbraucher in Deutschland von Überschuldung betroffen sein, also etwa 400.000 Personen mehr, als die aktuellen Daten ausweisen (6,9 Millionen).

Wenn Schätzungen zu Folge derzeit zwei Millionen Kleinunternehmer, also Freiberufler und Soloselbstständige, durch die Corona-Pandemie um ihre Existenz kämpfen und zudem nach Angaben des KfW-Mittelstandspanel bis Ende des Jahres weitere rund 1,1 Mio. Arbeitsplätze im Mittelstand gefährdet sind, ist für die nächsten Jahre von deutlich höheren Anstiegen der Überschuldungsfälle auszugehen. Auch die Tafel Deutschland e.V. befürchtet einen weiteren Anstieg der Altersarmut, die auch 2020 mit einem erneuten deutlichen Anstieg der Überschuldung älterer Verbraucher korrespondiert. Auch vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass die Zahl der Überschuldungsfälle in näherer Zukunft deutlich steigen wird. Für viele Verbraucher in Deutschland geht die Überschuldungsampel in den nächsten Monaten auf „rot“.

Der Blick „über den Tellerrand“ zeigt allerdings, dass Deutschland derzeit offensichtlich noch „Glück im Unglück“ hat. Die Überschuldungslage der Verbraucher in den USA und in Großbritannien ist aufgrund der spezifischen Rahmenbedingungen (u.a. hohe Vermögensungleichheit / „Brexit“) bereits jetzt deutlich negativer, da die sozialen Sicherungssysteme den Wegfall der durch Corona verursachten Einkommenseinbußen der Verbraucher nicht oder nur unzureichend kompensieren können.

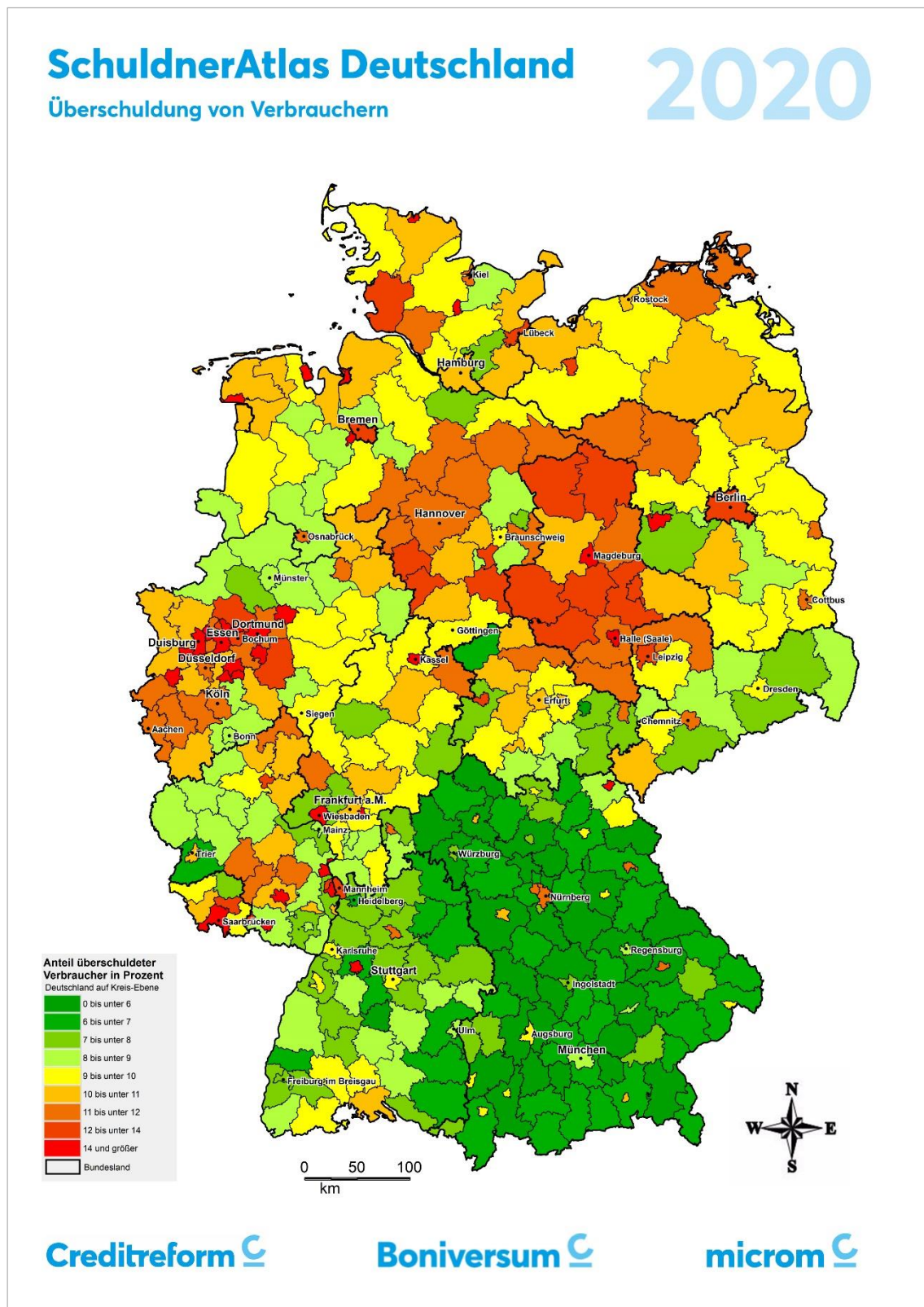
7 Basisdaten: Karten, Tabellen und Schaubilder

7.1 Tabellen- und Abbildungsverzeichnis

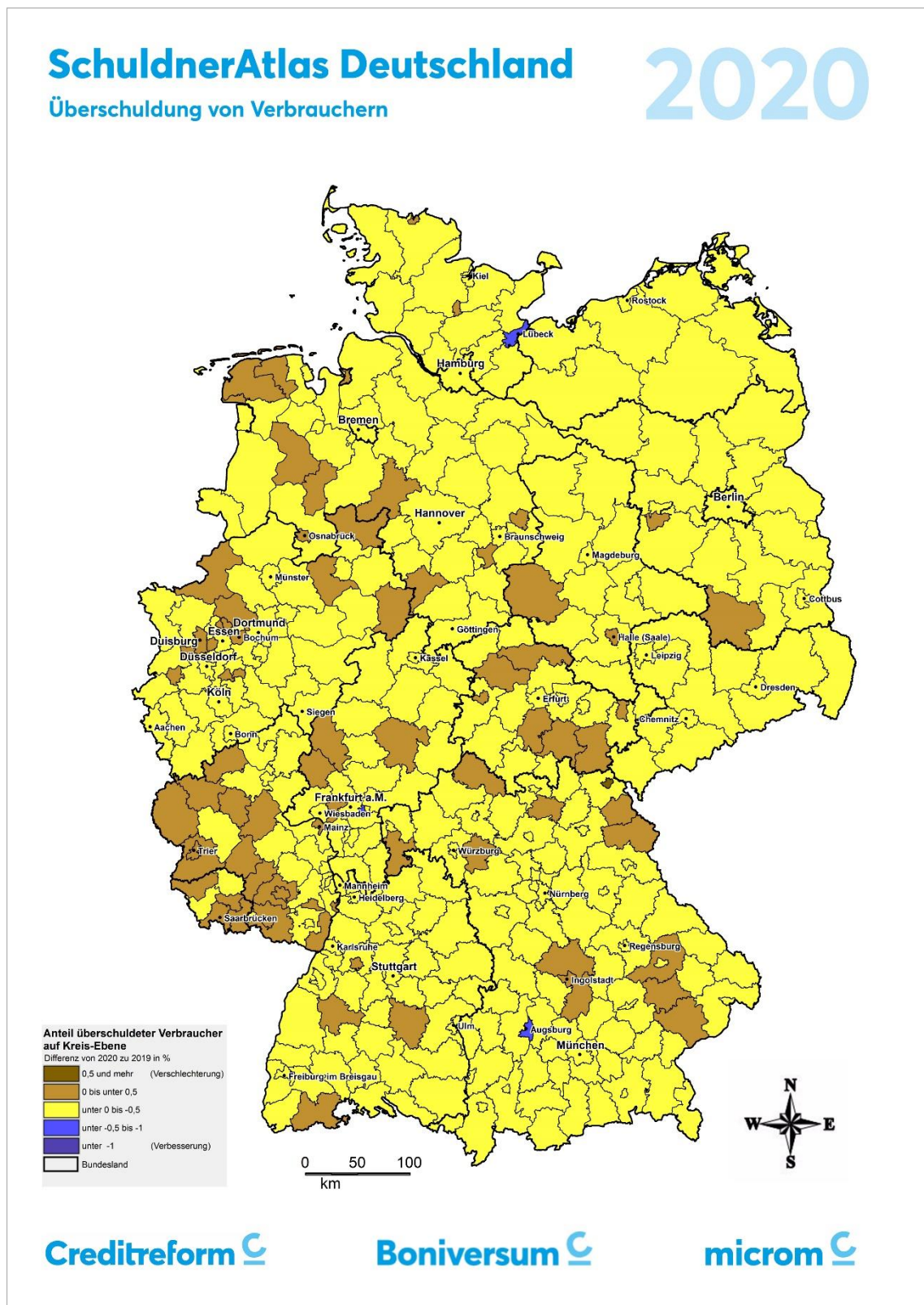
Tab. 1.:	Überschuldungsquoten in Deutschland 2017 bis 2020	14
Tab. 2.:	Die Veränderung der Hauptüberschuldungsauslöser („big six“) 2008 / 2020 und eine Projektion der Überschuldungsfälle	16
Tab. 3.:	Überschuldungsfälle und Überschuldungsquoten nach Geschlecht 2017 bis 2020	17
Tab. 4.:	Überschuldungsquoten nach Altersgruppen 2017 bis 2020	19
Tab. 5.:	Das Schuldenvolumen in Deutschland 2017 bis 2020 nach Statistischem Bundesamt, Hochrechnung auf der Basis von Realwerten	23
Tab. 6.:	Überschuldete Personen nach Überschuldungsintensität 2017 bis 2020	26
Tab. 7.:	Überschuldete Personen und Überschuldungsquoten in West- und Ostdeutschland 2017 bis 2020	32
Tab. 8.:	Ranking Überschuldungsquoten und Überschuldungsfälle in den Bundesländern 2018 bis 2020	35
Tab. 9.:	Finanzielle Betroffenheit durch die Corona-Krise / Überschlägige Hochrechnung	44
Tab. 10.:	Zwang / Bereitschaft zur Reduzierung von Kosten und Ausgaben durch die Corona-Krise / Überschlägige Hochrechnung	45
Tab. 11.:	Furcht vor Zahlungsschwierigkeiten / Überschlägige Hochrechnung	45
Tab. 12.:	„Individueller Schuldenstress“ der Verbraucher / Überschlägige Hochrechnung	47
Tab. 13.:	Überschuldungsquoten und Überschuldungsfälle in Deutschland, Großbritannien und in den USA 2004 bis 2020	53
Tab. 14.:	Organisation der 949 Tafeln in Deutschland in zwölf Landesverbänden	63
Karte 15.:	Anzahl an Tafeln pro 10.000 Sozialleistungsempfänger in deutschen Kreisen und kreisfreien Städten	64
Karte 16.:	SchuldnerAtlas Deutschland 2020 nach Kreisen und kreisfreien Städten	79
Karte 17.:	SchuldnerAtlas Deutschland 2020: Differenzkarte nach Kreisen und kreisfreien Städten 2019 / 2020	80
Tab. 18.:	Überschuldungsquoten in Deutschland 2004 bis 2020	81
Tab. 19.:	Hauptüberschuldungsgründe 2013 bis 2020: The „big six“ nach Statistischem Bundesamt	82
Tab. 20.:	Bevölkerung über 18 Jahre, überschuldete Personen (in Mio.) und Überschuldungsquoten nach Geschlecht 2004 bis 2020	83
Tab. 21.:	Gesamtschuldenvolumen und Basiswerte nach Geschlecht 2006 bis 2020, Eine Hochrechnung	83
Tab. 22.:	Überschuldete Personen n. Geschlecht / Überschuldungsintensität 2013 bis 2020	84
Tab. 23.:	Überschuldungsquoten nach Altersgruppen 2013 bis 2020	85
Tab. 24.:	Überschuldete Personen nach Altersgruppen 2013 bis 2020	85
Tab. 25.:	Überschuldete Personen nach Überschuldungsintensität in Ost- und Westdeutschland 2006 bis 2020 (Basiswerte in Mio.)	86
Tab. 26.:	Veränderung der Überschuldung nach Überschuldungsintensität 2006 bis 2020	86
Tab. 27.:	Überschuldete Personen und Überschuldungsquoten in West- und Ostdeutschland 2004 bis 2020	87
Tab. 28.:	Die Überschuldungsquoten der 16 Landeshauptstädte im Ranking 2015 bis 2020	87
Tab. 29.:	Die zehn Kreise mit der niedrigsten Überschuldungsquote 2020: Rang 1 bis 10	88
Tab. 30.:	Die zehn Städte mit der höchsten Überschuldungsquote 2020: Rang 401 bis 392	88
Tab. 31.:	Die zehn Kreise und kreisfreien Städte mit dem stärksten Rückgang der Überschuldungsquote 2019 / 2020	88
Tab. 32.:	Die zehn Kreise und kreisfreien Städte mit dem höchsten Anstieg der Überschuldungsquote 2019 / 2020	89
Tab. 33.:	Die zehn Kreise und kreisfreien Städte mit dem höchsten Rückgang der Überschuldungsquote 2004 / 2020	89
Tab. 34.:	Die zehn Kreise und kreisfreien Städte mit dem höchsten Anstieg der Überschuldungsquote 2004 / 2020	90
Tab. 35.:	Die zehn Städte mit über 400.000 Einwohnern über 18 Jahre mit den höchsten Überschuldungsquoten 2020	90

7.2 Karten

Karte 16.: SchuldnerAtlas Deutschland 2020 nach Kreisen und kreisfreien Städten



Karte17.: SchuldnerAtlas Deutschland 2020: Differenzkarte nach Kreisen und kreisfreien Städten 2019 / 2020



Legende: blau = starke Verbesserungen / gelb = leichte Verbesserungen / hellbraun = leichte Verschlechterungen / dunkelbraun = starke Verschlechterungen

7.3 Tabellen und Schaubilder

Tab. 18.: Überschuldungsquoten in Deutschland 2004 bis 2020

Jahr	Einwohner	Personen über 18 Jahre	Überschuldete Personen	Überschuldungsquote	Überschuldete Haushalte
2004	82,50 Mio.	67,13 Mio.	6,54 Mio.	9,74%	3,10 Mio.
2005	82,44 Mio.	67,30 Mio.	7,02 Mio.	10,43%	3,33 Mio.
2006	82,31 Mio.	67,29 Mio.	7,19 Mio.	10,68%	3,47 Mio.
2007	82,22 Mio.	67,63 Mio.	7,34 Mio.	10,85%	3,54 Mio.
2008	82,00 Mio.	67,97 Mio.	6,87 Mio.	10,11%	3,36 Mio.
2009	81,80 Mio.	68,12 Mio.	6,19 Mio.	9,09%	3,04 Mio.
2010	81,68 Mio.	68,26 Mio.	6,49 Mio.	9,50%	3,19 Mio.
2011	80,33 Mio.	68,26 Mio.	6,41 Mio.	9,38%	3,21 Mio.
2012	80,52 Mio.	68,31 Mio.	6,59 Mio.	9,65%	3,31 Mio.
2013	80,77 Mio.	67,14 Mio.	6,58 Mio.	9,81%	3,30 Mio.
2014	81,20 Mio.	67,43 Mio.	6,67 Mio.	9,90%	3,34 Mio.
2015	82,18 Mio.	67,69 Mio.	6,72 Mio.	9,92%	3,33 Mio.
2016	82,52 Mio.	68,05 Mio.	6,85 Mio.	10,06%	3,40 Mio.
2017	82,79 Mio.	68,83 Mio.	6,91 Mio.	10,04%	3,45 Mio.
2018	83,02 Mio.	69,03 Mio.	6,93 Mio.	10,04%	3,46 Mio.
2019	83,17 Mio.	69,24 Mio.	6,92 Mio.	10,00%	3,46 Mio.
2020	83,19 Mio.	69,41 Mio.	6,85 Mio.	9,87%	3,42 Mio.

Quelle für Einwohner 2004 bis 2020: Statistisches Bundesamt, Datenbank GENESIS-ONLINE, Bevölkerung auf Grundlage der Zensusdaten 2011 (Ergebnisse der Fortschreibung des Bevölkerungsstandes). Revidierte Werte für 2019; Wert für 2020: Eigene Hochrechnung). – Quelle für Haushalte 2004 bis 2019: Statistisches Bundesamt, Entwicklung der Privathaushalte bis 2035, Ergebnisse der Haushaltsvorausberechnung 2017, 28.02.2017. Quelle für Haushalte 2020: Statistisches Bundesamt, Entwicklung der Privathaushalte bis 2040, Ergebnisse der Haushaltsvorausberechnung 2020, 20.03.2020. Revidierte Werte für überschuldete Haushalte für 2019.

Allgemeine Anmerkungen zu den Tabellen

Überschuldungsintensität

Zwei Formen von Überschuldung werden in der Analyse unterschieden: Fälle mit „hoher“ Überschuldungsintensität basieren ausschließlich auf juristischen Sachverhalten (Daten aus den amtlichen Schuldnerverzeichnissen und Privatinsolvenzen). Fälle mit „geringer Überschuldungsintensität“ basieren auf einer eher niedrigen Anzahl von Negativmerkmalen, in der Regel so genannten nachhaltigen Zahlungsstörungen (Minimaldefinition abgegrenzt durch den Tatbestand von mindestens zwei, meist aber mehreren vergeblichen Mahnungen mehrerer Gläubiger).

Zuordnung Kreise / kreisfreie Städte

Die Anzahl der Kreise und kreisfreien Städte hatte sich bereits 2017 von 402 auf 401 im Vergleich zu 2016 verringert. Der Landkreis Göttingen entstand am 1. November 2016 durch die Fusion des bisherigen Landkreises Göttingen mit dem Landkreis Osterode am Harz. Seit 2007 / 2008 hatte sich die Anzahl der Kreise und kreisfreien Städte durch Kreisgebietsreformen in Mecklenburg-Vorpommern (4. September 2011), in Sachsen-Anhalt (1. Juli 2007) und in Sachsen (1. August 2008) in mehreren Schritten von ehemals 439 Kreisen und kreisfreien Städte reduziert. Und auch die Gründung der Städteregion Aachen trug 2009 / 2010 zur Verringerung bei.

Auswertungssystematik nach Geschlecht und Alter

Die Auswertungssystematik zur Berechnung von Überschuldungsfällen und Überschuldungsquoten nach Geschlecht und Altersgruppen wurde 2013 grundlegend überarbeitet. Wurden bis 2012 beide Bezugsdaten in Form einer Projektion der Überschuldungszahlen auf der Grundlage von „Jahrgangslinien“ (in Form einer Aggregation der monatspezifischen Anteile nach Art der Negativmerkmale in Bezug auf Altersgruppen und Geschlecht) hochgerechnet, basieren die entsprechenden Werte seit 2013 auf Auszählungen der Realwerte, wiederum getrennt nach Fällen mit geringer und mit hoher Überschuldungsintensität. Durch diese Vorgehensweise können Überschuldungsfälle und Überschuldungsquoten ab 2013 auch in geographischer Auflösung, d. h. beispielsweise nach Postleitzahlen oder Bundesländern, dargestellt werden.

Tab. 19.: Hauptüberschuldungsgründe 2013 bis 2020: The „big six“ nach Statistischem Bundesamt

Überschuldungsfälle	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Die sechs wichtigsten Hauptüberschuldungsgründe								
Arbeitslosigkeit	23,6%	19,1%	20,0%	21,1%	20,6%	20,0%	19,9%	19,9%
Trennung, Scheidung, Tod	13,6%	12,4%	12,5%	13,0%	13,3%	13,1%	12,5%	12,5%
Erkrankung, Sucht, Unfall	12,7%	12,1%	13,5%	14,7%	15,1%	15,9%	16,3%	17,1%
Unwirtschaftliche Haushaltsführung	11,2%	11,2%	9,4%	10,9%	12,3%	12,9%	14,3%	15,9%
Gescheiterte Selbstständigkeit	8,3%	8,1%	8,1%	8,4%	8,3%	8,5%	8,3%	8,4%
Längerfristiges Niedrigeinkommen	Nicht ausgewiesen.		3,4%	5,6%	7,2%	8,3%	8,7%	9,3%
Anteile von „big six“	69,4%	62,9%	66,9%	73,7%	76,8%	78,7%	80,0%	83,0%
Sonstige Auslöser	30,6%	37,1%	33,1%	26,3%	23,2%	21,3%	20,0%	17,0%
Gesamt	100%							
Projektion: Überschuldungsfälle nach den sechs wichtigsten Hauptüberschuldungsgründen in Millionen								
Arbeitslosigkeit	1,55	1,27	1,34	1,45	1,42	1,39	1,38	1,36
Trennung, Scheidung, Tod	0,90	0,83	0,84	0,89	0,92	0,91	0,87	0,86
Erkrankung, Sucht, Unfall	0,84	0,81	0,91	1,01	1,04	1,10	1,13	1,17
Unwirtschaftliche Haushaltsführung	0,74	0,75	0,63	0,75	0,85	0,89	0,99	1,09
Gescheiterte Selbstständigkeit	0,55	0,54	0,54	0,58	0,57	0,59	0,57	0,57
Längerfristiges Niedrigeinkommen	Nicht ausgewiesen.		0,23	0,38	0,50	0,58	0,60	0,64
Anteile von „big six“	4,57	4,20	4,49	5,05	5,31	5,46	5,54	5,69
Sonstige Gründe	2,01	2,48	2,22	1,80	1,60	1,48	1,38	1,16
Gesamt	6,58	6,67	6,72	6,85	6,91	6,93	6,92	6,85
Abweichungen der Zahl der Überschuldungsfälle im Vergleich zum Vorjahr								
	13 / 14	14 / 15	15 / 16	16 / 17	17 / 18	18 / 19	19 / 20	08 / 20
Arbeitslosigkeit	- 18%	+ 5%	+ 8%	- 1%	- 3%	- 1%	- 1%	- 30%
Trennung, Scheidung, Tod	- 8%	+ 1%	+ 6%	+ 3%	- 1%	- 5%	- 1%	- 10%
Erkrankung, Sucht, Unfall	- 3%	+ 12%	+ 11%	+ 4%	+ 6%	+ 2%	+ 4%	+ 59%
Unwirtschaftliche Haushaltsführung	+ 1%	- 16%	+ 18%	+ 14%	+ 5%	+ 11%	+ 10%	+ 68%
Gescheiterte Selbstständigkeit	- 1%	+ 1%	+ 6%	± 0%	+ 3%	- 2%	±0%	- 10%
Längerfristiges Niedrigeinkommen	Nicht ausgewiesen.		+ 68%	+ 30%	+ 16%	+ 5%	+ 6%	+ 179%
Anteile von „big six“	- 8%	+ 7%	+ 12%	+ 5%	+ 3%	+ 2%	+ 0%	+ 16%
Sonstige Gründe	+ 23%	- 10%	- 19%	- 11%	- 8%	- 6%	- 16%	- 41%
Gesamt	+ 1%	+ 1%	+ 2%	+ 1%	± 0%	± 0%	- 1%	± 0%

Anmerkung: Die Darstellung der „Hauptauslöser der Überschuldung“ (Hauptüberschuldungsgründe) erfolgt seit 2013 aus Gründen der Einheitlichkeit auf Grundlage der Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes. Diese veröffentlicht seit 2007 Statistiken zur Überschuldung privater Personen in Deutschland. Letzte Veröffentlichung: Statistisches Bundesamt, Statistik zur Überschuldung privater Personen 2019, 25.05.2020, Wiesbaden. Die Werte für 2020 basieren auf einer Hochrechnung. Diese Tabelle beinhaltet erstmals die prozentualen Anteile der sechs wichtigsten „Hauptüberschuldungsauslöser“ (nach iff-Überschuldungsreport: „big six“). Erstmals wird auch der Überschuldungsauslöser „längerfristiges Niedrigeinkommen“ berücksichtigt, der in der amtlichen Überschuldungsstatistik erst 2015 aufgenommen wurde. Nach Daten des Statistischen Bundesamtes betrug der Anteil dieser sechs wichtigsten „Hauptauslöser der Überschuldung“ im Jahr 2019 rund 80 Prozent (2018: 79 Prozent; „sonstige“: 23 Prozent). Die Werte für 2020 wurden mit Hilfe der Vorjahreswerte und der Zahl der Überschuldungsfälle für die Jahre 2008 bis 2020 hochgerechnet sowie die entsprechenden Abweichungswerte berechnet (Revidierte Werte für 2019). Unter „sonstige Überschuldungsauslöser“ werden folgende Angaben subsumiert (in Klammern Abweichungswerte zum Vorjahr): Zahlungsverpflichtung aus Bürgschaft, Übernahme oder Mithaftung (2,0 Prozent; - 0,1 Punkte); gescheiterte Immobilienfinanzierung (1,4 Prozent; - 0,2 Punkte); Schadenersatz wegen unerlaubter Handlungen (1,6 Prozent; + 0,3 Punkte); Haushaltsgründung / Geburt eines Kindes (2,1 Prozent; ± 0,0 Punkte); Nichtinanspruchnahme von Sozialleistungen (0,8 Prozent; + 0,2 Punkte); unzureichende Kredit- oder Bürgschaftsberatung (1,2 Prozent; ± 0,0 Punkte) sowie Sonstiges (7,8 Prozent; - 3,2 Punkte).

Tab. 20.: Bevölkerung über 18 Jahre, überschuldete Personen (in Mio.) und Überschuldungsquoten nach Geschlecht 2004 bis 2020

Jahr	Bevölkerung über 18 Jahre			Überschuldete Personen			Überschuldungsquoten		
	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen
2004	67,11	32,83	34,29	6,54	4,45	2,09	9,74%	13,55%	6,09%
2005	67,28	32,92	34,36	7,02	4,74	2,27	10,43%	14,41%	6,61%
2006	67,29	32,94	34,34	7,19	4,80	2,38	10,68%	14,59%	6,94%
2007	67,64	33,13	34,50	7,34	4,81	2,52	10,85%	14,52%	7,32%
2008	67,97	33,31	34,66	6,87	4,44	2,43	10,11%	13,32%	7,02%
2009	68,13	33,40	34,73	6,20	3,95	2,25	9,10%	11,82%	6,47%
2010	68,26	33,49	34,77	6,49	4,05	2,44	9,51%	12,09%	7,01%
2011	68,26	33,34	34,92	6,41	4,09	2,32	9,39%	12,25%	6,64%
2012	68,31	33,42	34,90	6,60	4,20	2,39	9,66%	12,57%	6,86%
2013	67,13	32,48	34,65	6,59	4,08	2,51	9,81%	12,55%	7,24%
2014	67,43	32,66	34,77	6,67	4,12	2,56	9,90%	12,61%	7,35%
2015	67,69	32,85	34,84	6,72	4,14	2,58	9,92%	12,61%	7,39%
2016	68,05	33,09	34,96	6,85	4,21	2,64	10,06%	12,72%	7,55%
2017	68,83	33,64	35,19	6,91	4,24	2,68	10,04%	12,59%	7,61%
2018	69,03	33,74	35,29	6,93	4,23	2,70	10,04%	12,55%	7,65%
2019	69,24	33,87	35,37	6,92	4,22	2,70	10,00%	12,46%	7,65%
2020	69,41	33,97	35,44	6,85	4,17	2,69	9,87%	12,27%	7,58%
Abw. 2019 / 20	+ 0,18	+ 0,10	+ 0,07	- 0,07	- 0,05	- 0,02	- 0,13	- 0,19	- 0,06
<i>Abw. 2004 / 20</i>	<i>+ 2,30</i>	<i>+ 1,14</i>	<i>+ 1,16</i>	<i>+ 0,32</i>	<i>- 0,28</i>	<i>+ 0,60</i>	<i>+ 0,13</i>	<i>- 1,29</i>	<i>+ 1,49</i>

Abweichungen in Prozentpunkten bzw. in Millionen; Rundungsdifferenzen möglich.

Tab. 21.: Gesamtschuldenvolumen und Basiswerte nach Geschlecht 2006 bis 2020, Eine Hochrechnung

Jahr	Männer		Frauen		Gesamt	
	Mittelwert	Gesamt	Mittelwert	Gesamt	Mittelwert	Gesamt
2006	39.300 €	184,8 Mrd.	34.400 €	80,2 Mrd.	36.900 €	265,0 Mrd.
2007	40.800 €	189,2 Mrd.	32.200 €	78,4 Mrd.	36.500 €	267,6 Mrd.
2008	39.900 €	171,5 Mrd.	32.100 €	75,7 Mrd.	36.000 €	247,2 Mrd.
2009	37.800 €	145,6 Mrd.	31.600 €	69,4 Mrd.	34.700 €	215,0 Mrd.
2010	37.200 €	147,5 Mrd.	31.400 €	75,0 Mrd.	34.300 €	222,6 Mrd.
2011	39.000 €	154,3 Mrd.	30.600 €	68,8 Mrd.	34.800 €	223,1 Mrd.
2012	37.600 €	153,4 Mrd.	29.800 €	69,2 Mrd.	33.700 €	222,6 Mrd.
2013	37.200 €	147,4 Mrd.	28.600 €	69,8 Mrd.	33.000 €	217,3 Mrd.
2014	40.400 €	160,7 Mrd.	28.200 €	69,6 Mrd.	34.500 €	230,3 Mrd.
2015	39.500 €	159,0 Mrd.	28.700 €	71,8 Mrd.	34.400 €	230,9 Mrd.
2016	36.600 €	149,8 Mrd.	26.000 €	66,7 Mrd.	31.600 €	216,5 Mrd.
2017	35.100 €	144,8 Mrd.	25.400 €	66,3 Mrd.	30.500 €	211,1 Mrd.
2018	33.700 €	139,4 Mrd.	25.000 €	65,9 Mrd.	29.600 €	205,3 Mrd.
2019	32.400 €	133,6 Mrd.	23.500 €	62,0 Mrd.	28.200 €	195,5 Mrd.
2020	31.800 €	129,3 Mrd.	22.700 €	59,5 Mrd.	27.600 €	188,9 Mrd.
Abw. 2019 / 20	- 600 €	- 4,2 Mrd.	- 800 €	- 2,4 Mrd.	- 600 €	- 6,6 Mrd.
<i>Abw. 2006 / 20</i>	<i>- 7.500 €</i>	<i>- 55,5 Mrd.</i>	<i>- 11.700 €</i>	<i>- 20,7 Mrd.</i>	<i>- 9.300 €</i>	<i>- 76,2 Mrd.</i>

Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistik zur Überschuldung privater Personen 2009 bis 2019 (letzte Veröffentlichung: 2020: 25.05.2020). Die Werte für 2020 basieren auf einer Hochrechnung. Revidierte Werte für 2019; gerundete Werte. Rundungsdifferenzen möglich. Mittelwert = mittlere individuelle Schuldenhöhe.

Tab. 22.: Überschuldete Personen n. Geschlecht / Überschuldungsintensität 2013 bis 2020

	Männer	Frauen	Gesamt
Überschuldete Personen: Gesamt			
2013	4.076.000	2.508.000	6.584.000
2014	4.117.000	2.556.000	6.674.000
2015	4.142.000	2.575.000	6.718.000
2016	4.210.000	2.638.000	6.848.000
2017	4.236.000	2.677.000	6.913.000
2018	4.234.000	2.698.000	6.932.000
2019	4.218.000	2.704.000	6.922.000
2020	4.167.000	2.687.000	6.853.000
Abw. 2013/14	+ 41.000	+ 48.000	+ 89.000
Abw. 2014/15	+ 25.000	+ 19.000	+ 44.000
Abw. 2015/16	+ 68.000	+ 63.000	+ 131.000
Abw. 2016/17	+ 26.000	+ 39.000	+ 65.000
Abw. 2017/18	- 2.000	+ 21.000	+ 19.000
Abw. 2018/19	- 16.000	+ 6.000	- 10.000
Abw. 2019/20	- 52.000	- 17.000	- 69.000
Abw. 2013/20	+ 90.000	+ 179.000	+ 69.000
Hohe Überschuldungsintensität			
2013	2.384.000	1.403.000	3.787.000
2014	2.449.000	1.444.000	3.892.000
2015	2.482.000	1.467.000	3.949.000
2016	2.611.000	1.558.000	4.169.000
2017	2.634.000	1.587.000	4.221.000
2018	2.576.000	1.558.000	4.135.000
2019	2.501.000	1.510.000	4.010.000
2020	2.388.000	1.435.000	3.822.000
Abw. 2013/14	+ 64.000	+ 41.000	+ 105.000
Abw. 2014/15	+ 34.000	+ 23.000	+ 57.000
Abw. 2015/16	+ 129.000	+ 91.000	+ 220.000
Abw. 2016/17	+ 23.000	+ 29.000	+ 53.000
Abw. 2017/18	- 58.000	- 28.000	- 87.000
Abw. 2018/19	- 76.000	- 49.000	- 124.000
Abw. 2019/20	- 113.000	- 75.000	- 188.000
Abw. 2013/20	+ 3.000	+ 32.000	+ 35.000
Geringe Überschuldungsintensität			
2013	1.692.000	1.105.000	2.797.000
2014	1.669.000	1.113.000	2.781.000
2015	1.660.000	1.108.000	2.768.000
2016	1.599.000	1.080.000	2.679.000
2017	1.601.000	1.090.000	2.692.000
2018	1.658.000	1.140.000	2.797.000
2019	1.717.000	1.195.000	2.912.000
2020	1.779.000	1.252.000	3.031.000
Abw. 2013/14	- 24.000	+ 7.000	- 16.000
Abw. 2014/15	- 9.000	- 4.000	- 13.000
Abw. 2015/16	- 61.000	- 28.000	- 89.000
Abw. 2016/17	+ 2.000	+ 10.000	+ 12.000
Abw. 2017/18	+ 57.000	+ 49.000	+ 106.000
Abw. 2018/19	+ 60.000	+ 55.000	+ 115.000
Abw. 2019/20	+ 62.000	+ 57.000	+ 119.000
Abw. 2013/20	+ 87.000	+ 146.000	+ 233.000

Tab. 23.: Überschuldungsquoten nach Altersgruppen 2013 bis 2020

	unter 30	30 – 39	40 – 49	50 – 59	60 – 69	ab 70	Gesamt
Überschuldungsquoten: Gesamt							
2013	15,70%	18,13%	11,58%	8,60%	4,68%	0,90%	9,81%
2014	15,37%	18,63%	11,77%	8,73%	4,96%	1,06%	9,90%
2015	14,86%	18,81%	12,06%	8,77%	5,25%	1,16%	9,92%
2016	14,50%	19,17%	12,56%	8,90%	5,51%	1,34%	10,06%
2017	14,06%	18,93%	12,88%	8,80%	5,48%	1,50%	10,04%
2018	13,47%	18,57%	13,13%	8,85%	5,65%	2,04%	10,04%
2019	12,13%	17,72%	13,12%	9,17%	6,36%	2,95%	10,00%
2020	9,63%	17,31%	13,48%	9,64%	7,04%	3,61%	9,87%
Abw. 2013/14	- 0,33	+ 0,50	+ 0,19	+ 0,12	+ 0,28	+ 0,16	+ 0,09
Abw. 2014/15	- 0,51	+ 0,18	+ 0,29	+ 0,04	+ 0,29	+ 0,10	+ 0,03
Abw. 2015/16	- 0,36	+ 0,36	+ 0,49	+ 0,13	+ 0,27	+ 0,18	+ 0,14
Abw. 2016/17	- 0,45	- 0,24	+ 0,33	- 0,10	- 0,03	+ 0,16	- 0,02
Abw. 2017/18	- 0,59	- 0,36	+ 0,25	+ 0,04	+ 0,17	+ 0,54	± 0,00
Abw. 2018/19	- 1,34	- 0,85	- 0,01	+ 0,32	+ 0,72	+ 0,90	- 0,04
Abw. 2019/20	- 2,50	- 0,40	+ 0,36	+ 0,47	+ 0,68	+ 0,67	- 0,13
Abw. 2013/20	- 6,07	- 0,82	+ 1,90	+ 1,03	+ 2,36	+ 2,71	+ 0,07

Abweichungen in Prozentpunkten; Rundungsdifferenzen möglich.

Tab. 24.: Überschuldete Personen nach Altersgruppen 2013 bis 2020

	unter 30	30 – 39	40 – 49	50 – 59	60 – 69	ab 70	Gesamt
Überschuldete Personen: Gesamt							
2013	1.794.000	1.723.000	1.529.000	1.009.000	419.000	111.000	6.584.000
2014	1.749.000	1.782.000	1.514.000	1.052.000	443.000	134.000	6.674.000
2015	1.689.000	1.827.000	1.494.000	1.087.000	471.000	150.000	6.718.000
2016	1.661.000	1.884.000	1.495.000	1.130.000	504.000	174.000	6.848.000
2017	1.655.000	1.915.000	1.483.000	1.143.000	522.000	194.000	6.913.000
2018	1.583.000	1.908.000	1.456.000	1.168.000	556.000	263.000	6.932.000
2019	1.416.000	1.850.000	1.409.000	1.225.000	641.000	381.000	6.922.000
2020	1.113.000	1.841.000	1.406.000	1.298.000	725.000	470.000	6.853.000
Abw. 2013/14	- 2,5%	+ 3,4%	- 1,0%	+ 4,3%	+ 5,7%	+ 21,1%	+ 1,4%
Abw. 2014/15	- 3,4%	+ 2,5%	- 1,3%	+ 3,3%	+ 6,3%	+ 11,9%	+ 0,7%
Abw. 2015/16	- 1,7%	+ 3,1%	± 0,0%	+ 3,9%	+ 7,1%	+ 16,4%	+ 1,9%
Abw. 2016/17	- 0,4%	+ 1,6%	- 0,8%	+ 1,1%	+ 3,5%	+ 11,5%	+ 0,9%
Abw. 2017/18	- 4,4%	- 0,4%	- 1,9%	+ 2,2%	+ 6,4%	+ 35,4%	+ 0,3%
Abw. 2018/19	- 10,5%	- 3,0%	- 3,2%	+ 4,9%	+ 15,4%	+ 44,8%	- 0,1%
Abw. 2019/20	- 21,4%	- 0,5%	- 0,2%	+ 5,9%	+ 13,0%	+ 23,3%	- 1,0%
Abw. 2013/20	- 37,9%	+ 6,8%	- 8,0%	+ 28,7%	+ 73,0%	+ 325,3%	+ 4,1%

Abweichungen in Prozentpunkten; Rundungsdifferenzen möglich.

Tab. 25.: Überschuldete Personen nach Überschuldungsintensität in Ost- und Westdeutschland 2006 bis 2020 (Basiswerte in Mio.)

Überschuldungsintensität	Deutschland			Westdeutschland			Ostdeutschland		
	Gesamt	Hoch	Gering	Gesamt	Hoch	Gering	Gesamt	Hoch	Gering
2006	7,19	3,40	3,79	5,90	2,79	3,12	1,28	0,61	0,67
2007	7,34	3,46	3,88	6,03	2,84	3,18	1,31	0,62	0,70
2008	6,87	3,44	3,43	5,70	2,84	2,86	1,17	0,61	0,57
2009	6,19	3,46	2,73	5,17	2,87	2,30	1,03	0,59	0,43
2010	6,49	3,61	2,88	5,41	3,00	2,42	1,07	0,61	0,46
2011	6,40	3,70	2,70	5,36	3,08	2,28	1,04	0,62	0,42
2012	6,59	3,78	2,82	5,51	3,14	2,36	1,09	0,63	0,46
2013	6,58	3,79	2,80	5,50	3,16	2,34	1,08	0,63	0,45
2014	6,67	3,89	2,78	5,58	3,25	2,33	1,10	0,64	0,45
2015	6,72	3,95	2,77	5,62	3,30	2,32	1,10	0,65	0,45
2016	6,85	4,17	2,68	5,73	3,48	2,25	1,12	0,69	0,43
2017	6,91	4,22	2,69	5,79	3,53	2,27	1,12	0,69	0,43
2018	6,93	4,13	2,80	5,82	3,46	2,36	1,11	0,67	0,44
2019	6,92	4,01	2,91	5,82	3,36	2,46	1,10	0,65	0,45
2020	6,85	3,82	3,03	5,77	3,20	2,57	1,08	0,62	0,47
Abw. 2019 / 20	- 0,07	- 0,19	+ 0,12	- 0,05	- 0,16	+ 0,10	- 0,02	- 0,03	+ 0,02
<i>Abw. 2006 / 20</i>	<i>- 0,33</i>	<i>+ 0,42</i>	<i>- 0,76</i>	<i>- 0,13</i>	<i>+ 0,42</i>	<i>- 0,55</i>	<i>- 0,20</i>	<i>± 0,00</i>	<i>- 0,21</i>

Westdeutschland, einschl. Berlin.

Tab. 26.: Veränderung der Überschuldung nach Überschuldungsintensität 2006 bis 2020

Zeitraum	Hohe Überschuldungsintensität		Geringe Überschuldungsintensität	
	Abw. Prozent	Fälle	Abw. Prozent	Fälle
2006 / 2007	+ 1,7%	+ 58.000	+ 2,4%	+ 92.000
2007 / 2008	- 0,4%	- 14.000	- 11,6%	- 451.000
2008 / 2009	+ 0,5%	+ 18.000	- 20,3%	- 696.000
2009 / 2010	+ 4,3%	+ 147.000	+ 5,3%	+ 145.000
2010 / 2011	+ 2,5%	+ 92.000	- 6,0%	- 173.000
2011 / 2012	+ 2,1%	+ 76.000	+ 4,2%	+ 113.000
2012 / 2013	+ 0,3%	+ 11.000	- 0,7%	- 21.000
2013 / 2014	+ 2,8%	+ 105.000	- 0,6%	- 16.000
2014 / 2015	+ 1,5%	+ 57.000	- 0,5%	- 13.000
2015 / 2016	+ 5,6%	+ 220.000	- 3,2%	- 89.000
2016 / 2017	+ 1,2%	+ 52.000	+ 0,5%	+ 12.000
2017 / 2018	- 2,1%	- 87.000	+ 3,9%	+ 106.000
2018 / 2019	- 3,0%	- 124.000	+ 4,1%	+ 115.000
2019 / 2020	- 4,7%	- 188.000	+ 4,1%	+ 119.000
<i>Abw. 2006 / 2020</i>	<i>+ 12,4%</i>	<i>+ 422.000</i>	<i>- 20,0%</i>	<i>- 757.000</i>
<i>nachrichtlich: 2006 / 2019</i>	<i>+ 18,0%</i>	<i>+ 611.000</i>	<i>- 23,1%</i>	<i>- 875.000</i>

**Tab. 27.: Überschuldete Personen und Überschuldungsquoten in West- und Ostdeutschland
2004 bis 2020**

	Überschuldete Personen			Überschuldungsquoten			
	West	Ost	Gesamt	West	Ost	Gesamt	Sprei- zung
2004	5,35 Mio.	1,19 Mio.	6,54 Mio.	9,59%	10,50%	9,74%	+ 0,91
2005	5,75 Mio.	1,27 Mio.	7,02 Mio.	10,27%	11,16%	10,43%	+ 0,89
2006	5,90 Mio.	1,29 Mio.	7,19 Mio.	10,55%	11,35%	10,68%	+ 0,81
2007	6,03 Mio.	1,31 Mio.	7,34 Mio.	10,72%	11,50%	10,85%	+ 0,78
2008	5,70 Mio.	1,17 Mio.	6,87 Mio.	10,07%	10,30%	10,11%	+ 0,23
2009	5,17 Mio.	1,03 Mio.	6,19 Mio.	9,10%	9,08%	9,09%	- 0,02
2010	5,41 Mio.	1,07 Mio.	6,49 Mio.	9,51%	9,45%	9,50%	- 0,06
2011	5,36 Mio.	1,05 Mio.	6,41 Mio.	9,40%	9,29%	9,38%	- 0,12
2012	5,51 Mio.	1,09 Mio.	6,60 Mio.	9,63%	9,75%	9,65%	+ 0,12
2013	5,50 Mio.	1,09 Mio.	6,58 Mio.	9,78%	9,97%	9,81%	+ 0,19
2014	5,57 Mio.	1,10 Mio.	6,67 Mio.	9,84%	10,17%	9,90%	+ 0,33
2015	5,62 Mio.	1,10 Mio.	6,72 Mio.	9,86%	10,26%	9,92%	+ 0,40
2016	5,73 Mio.	1,12 Mio.	6,85 Mio.	10,00%	10,43%	10,06%	+ 0,43
2017	5,79 Mio.	1,12 Mio.	6,91 Mio.	9,97%	10,42%	10,04%	+ 0,45
2018	5,82 Mio.	1,11 Mio.	6,93 Mio.	9,98%	10,40%	10,04%	+ 0,42
2019	5,82 Mio.	1,10 Mio.	6,92 Mio.	9,94%	10,33%	10,00%	+ 0,39
2020	5,77 Mio.	1,08 Mio.	6,85 Mio.	9,82%	10,20%	9,87%	+ 0,38
Abw. 2019/20	- 52.000	- 17.000	- 69.000	- 0,12	- 0,13	- 0,13	- 0,01
<i>Abw. 2004/20</i>	<i>+422.000</i>	<i>- 108.000</i>	<i>- 314.000</i>	<i>+ 0,23</i>	<i>- 0,30</i>	<i>+ 0,13</i>	<i>- 0,53</i>

Westdeutschland, einschließlich Berlin. Spreizungswerte Ost / West in Prozentpunkten; Rundungsdifferenzen möglich.

Tab. 28.: Die Überschuldungsquoten der 16 Landeshauptstädte im Ranking 2015 bis 2020

Stadt	Überschuldungsquoten in Prozent						Abweichungen			
	2015	2016	2017	2018	2019	2020	19/20	04/20	2019/20	2004/20
Mainz	7,96	7,93	7,90	7,87	8,03	8,05	+ 0,02	- 1,63	+ 200	- 200
Potsdam	9,14	9,09	8,99	8,92	8,66	8,47	- 0,19	- 1,92	- 200	+ 800
München	8,33	8,63	8,92	8,82	8,96	8,73	- 0,23	- 0,34	- 1.900	+ 13.000
Dresden	9,25	9,43	9,39	9,27	9,19	9,04	- 0,15	- 0,71	- 500	+ 1.800
Stuttgart	10,67	11,12	10,50	10,14	10,14	9,88	- 0,27	+ 1,59	- 1.200	+ 11.800
Hamburg	10,57	10,61	10,61	10,62	10,60	10,53	- 0,07	- 0,35	- 200	+ 3.600
Erfurt	11,40	11,29	11,17	11,19	11,09	10,75	- 0,34	- 3,95	- 500	- 5.300
Kiel	12,17	12,23	12,16	11,96	11,92	11,63	- 0,30	- 0,79	- 700	± 0
Düsseldorf	12,35	12,31	12,12	12,09	12,09	11,85	- 0,23	- 1,08	- 1.100	- 1.000
Berlin	12,99	12,74	12,63	12,42	12,31	12,02	- 0,28	- 2,00	- 5.800	- 32.400
Hannover	13,30	12,94	12,80	12,74	12,55	12,13	- 0,42	+ 0,05	- 1.600	+ 2.000
Bremen	12,76	12,67	12,60	12,51	12,53	12,44	- 0,09	+ 0,03	- 300	+ 3.200
Schwerin	14,11	13,95	13,47	13,55	13,58	13,52	- 0,06	- 0,54	- 100	- 800
Magdeburg	14,89	14,80	14,63	14,51	14,31	14,08	- 0,24	- 0,65	- 600	- 100
Wiesbaden	16,01	16,77	16,66	17,02	17,09	16,81	- 0,28	+ 4,05	- 800	+ 9.500
Saarbrücken	16,15	16,09	16,48	16,55	16,80	17,00	+ 0,21	+ 1,80	+ 300	+ 2.800
Gesamt	11,64	11,63	11,56	11,45	11,42	11,20	- 0,22	- 0,83	- 15.000	+ 8.700

Abweichung in Prozentpunkten / Rundungsdifferenzen möglich. Die Auswertung für die Städte Hannover und Saarbrücken erfolgte über die Zuordnung der Postleitzahlbezirke, da beide Städte in administrativ-übergreifende Städtereionen eingebunden sind („Region Hannover“ / „Regionalverband Saarbrücken“). „Gesamt“: Werte für alle 16 Landeshauptstädte.

Tab. 29.: Die zehn Kreise mit der niedrigsten Überschuldungsquote 2020: Rang 1 bis 10

Kreis	Überschuldungsquoten in Prozent							Abw.		Rang	
	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	19/20	04/20	2004	2020
Eichstätt	3,67	3,74	3,79	3,77	3,85	3,98	4,00	+ 0,01	- 0,13	1	1
Erlangen-Höchststadt	4,76	4,81	4,93	4,99	4,99	4,91	4,77	- 0,14	- 0,54	7	2
Schweinfurt	4,92	5,03	5,06	5,06	5,12	5,04	4,95	- 0,10	- 0,21	4	3
Neumarkt i.d.OPf.	5,20	5,23	5,39	5,42	5,36	5,24	5,07	- 0,16	- 0,20	6	4
Aichach-Friedberg	5,19	5,17	5,58	5,62	5,61	5,48	5,21	- 0,27	- 0,88	29	5
Würzburg	5,19	5,31	5,38	5,40	5,44	5,25	5,24	- 0,02	+ 0,04	5	6
Neuburg-Schrobenhausen	5,04	5,08	5,22	5,41	5,42	5,48	5,31	- 0,18	- 0,42	19	7
Roth	5,60	5,72	5,78	5,75	5,59	5,49	5,32	- 0,17	- 0,92	39	8
Landsberg am Lech	5,33	5,47	5,74	5,69	5,75	5,57	5,35	- 0,22	- 1,04	48	9
Straubing-Bogen	5,17	5,06	5,26	5,37	5,38	5,34	5,44	+ 0,10	+ 0,60	2	10

Abweichung in Prozentpunkten. Aufteilung: Nur Landkreise (Würzburg, Schweinfurt = Landkreise).

Tab. 30.: Die zehn Städte mit der höchsten Überschuldungsquote 2020: Rang 401 bis 392

Stadt	Überschuldungsquoten in Prozent							Abw.		Rang	
	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	19/20	04/20	2004	2020
Bremerhaven	20,41	20,82	20,80	20,79	21,22	21,67	21,78	+ 0,11	+ 4,04	401	401
Neumünster	16,94	17,09	17,54	17,80	18,09	18,65	18,75	+ 0,10	+ 4,43	385	400
Pirmasens	18,34	18,43	18,38	18,23	18,35	18,30	18,61	+ 0,31	+ 2,09	398	399
Herne	16,60	17,07	17,61	17,85	18,06	18,26	18,21	- 0,05	+ 5,46	360	398
Gelsenkirchen	16,78	16,72	17,67	17,76	17,88	17,97	18,05	+ 0,09	+ 3,94	382	397
Wuppertal	17,77	17,97	18,08	18,38	18,42	18,17	17,73	- 0,44	+ 2,70	392	396
Duisburg	15,86	16,20	16,64	17,08	17,20	17,52	17,53	+ 0,01	+ 2,97	389	395
Wilhelmshaven	16,74	16,80	16,90	17,03	17,07	17,07	16,85	- 0,22	+ 1,80	393	394
Wiesbaden	16,27	16,01	16,77	16,66	17,02	17,09	16,81	- 0,28	+ 4,05	361	393
Mönchengladbach	15,83	15,85	16,01	16,12	16,36	16,64	16,75	+ 0,10	+ 2,20	388	392

Abweichung in Prozentpunkten. Aufteilung: Nur Städte.

Tab. 31.: Die zehn Kreise und kreisfreien Städte mit dem stärksten Rückgang der Überschuldungsquote 2019 / 2020

Stadt / Kreis	Überschuldungsquoten in Prozent							Abw.		Rang	
	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	19/20	04/20	2004	2020
Augsburg, Stadt	10,89	10,92	11,21	11,26	10,96	10,22	9,57	- 0,65	- 0,86	273	224
Offenbach am Main, Stadt	18,04	18,01	17,79	17,42	17,42	17,24	16,62	- 0,62	- 0,59	400	390
Lübeck, Hansestadt	15,59	15,26	15,29	15,04	14,76	14,48	13,88	- 0,61	- 0,11	379	369
Suhl, Stadt	10,11	10,26	10,37	10,55	10,81	11,19	10,69	- 0,50	- 1,00	331	287
Kempten (Allgäu), Stadt	10,16	9,96	10,21	10,15	10,15	9,70	9,20	- 0,50	- 1,95	312	201
Regensburg, Stadt	9,75	9,91	10,12	9,91	9,53	9,01	8,52	- 0,49	+ 0,10	147	146
Kaufbeuren, Stadt	10,55	10,35	10,70	10,84	10,73	10,31	9,86	- 0,44	- 0,24	256	234
Wuppertal, Stadt	17,77	17,97	18,08	18,38	18,42	18,17	17,73	- 0,44	+ 2,70	392	396
Worms, Stadt	15,99	16,10	15,98	15,53	15,24	14,73	14,30	- 0,44	- 0,18	386	375
Memmingen, Stadt	10,17	10,24	10,43	10,30	10,11	9,92	9,48	- 0,43	- 0,91	270	218

Abweichung in Prozentpunkten. Aufteilung: Nur Städte.

Tab. 32.: Die zehn Kreise und kreisfreien Städte mit dem höchsten Anstieg der Überschuldungsquote 2019 / 2020

Stadt / Kreis	Überschuldungsquoten in Prozent							Abw.		Rang	
	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	19/20	04/20	2004	2020
Hof, Stadt	13,49	13,62	13,96	14,18	14,02	13,84	14,41	+ 0,57	+ 1,59	365	376
Saalfeld-Rudolstadt	7,81	7,92	8,11	8,18	8,23	7,89	8,21	+ 0,32	+ 0,17	132	128
Pirmasens, kreisfreie Stadt	18,34	18,43	18,38	18,23	18,35	18,30	18,61	+ 0,31	+ 2,09	398	399
Neunkirchen	12,07	12,17	12,09	11,96	12,12	12,38	12,69	+ 0,31	+ 0,97	333	359
Holzminen	11,93	12,04	12,17	12,18	12,48	12,38	12,65	+ 0,27	+ 1,33	324	356
Eifelkreis Bitburg-Prüm	7,70	7,13	7,92	8,15	8,45	8,58	8,85	+ 0,26	+ 0,64	137	173
Kusel	9,73	10,05	10,45	10,67	10,74	10,92	11,17	+ 0,25	+ 2,23	176	306
Kaiserslautern, kreisfreie Stadt	14,53	14,38	14,81	14,91	14,96	15,13	15,37	+ 0,24	+ 0,20	395	383
Birkenfeld	10,52	10,44	10,75	10,79	10,84	10,94	11,16	+ 0,22	+ 1,80	203	305
Solingen, Klingenstadt	14,18	14,27	14,48	14,57	14,85	15,30	15,52	+ 0,22	+ 3,31	346	384

Abweichung in Prozentpunkten. Aufteilung: vier Städte / sechs Landkreise (Saalfeld-Rudolstadt; Neunkirchen; Holzminen; Eifelkreis Bitburg-Prüm; Kusel; Birkenfeld).

Tab. 33.: Die zehn Kreise und kreisfreien Städte mit dem höchsten Rückgang der Überschuldungsquote 2004 / 2020

Stadt / Kreis	Überschuldungsquoten in Prozent							Abw.		Rang	
	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	19/20	04/20	2004	2020
Erfurt, Stadt	11,45	11,40	11,29	11,17	11,19	11,09	10,75	- 0,34	- 3,95	390	290
Weimar, Stadt	10,49	10,58	10,63	10,75	10,74	10,72	10,36	- 0,36	- 3,84	383	268
Frankfurt (Oder), Stadt	12,72	12,70	12,75	12,64	12,61	12,32	11,91	- 0,41	- 3,36	396	341
Weimarer Land	9,36	9,37	9,54	9,49	9,46	9,29	9,03	- 0,25	- 2,66	332	182
Barnim	9,74	9,70	9,73	9,60	9,55	9,52	9,36	- 0,16	- 2,56	340	213
Oberhavel	10,15	10,08	10,04	9,67	9,49	9,30	9,07	- 0,23	- 2,49	329	186
Landau in der Pfalz, kreisfr. Stadt	9,26	9,19	9,10	8,86	8,80	8,93	8,79	- 0,13	- 2,35	311	167
Märkisch-Oderland	10,02	9,88	10,03	9,87	9,84	9,69	9,44	- 0,25	- 2,29	335	216
Teltow-Fläming	10,88	10,93	10,79	10,63	10,54	10,34	10,01	- 0,33	- 2,20	347	247
Havelland	10,46	10,48	10,54	10,39	10,29	10,12	9,92	- 0,20	- 2,09	342	237

Abweichung in Prozentpunkten. Aufteilung: vier Städte / sechs Landkreise (Weimarer Land; Barnim; Oberhavel; Märkisch-Oderland; Teltow-Fläming; Havelland).

Tab. 34.: Die zehn Kreise und kreisfreien Städte mit dem höchsten Anstieg der Überschuldungsquote 2004 / 2020

Stadt / Stadtkreis	Überschuldungsquoten in Prozent							Abw.		Rang	
	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	19/20	04/20	2004	2020
Herne, Stadt	16,60	17,07	17,61	17,85	18,06	18,26	18,21	- 0,05	+ 5,46	360	398
Neumünster, Stadt	16,94	17,09	17,54	17,80	18,09	18,65	18,75	+ 0,10	+ 4,43	385	400
Pforzheim, Stadtkreis	13,60	13,64	14,66	14,66	14,80	15,09	15,09	± 0,00	+ 4,22	300	380
Wiesbaden, Stadt	16,27	16,01	16,77	16,66	17,02	17,09	16,81	- 0,28	+ 4,05	361	393
Bremerhaven, Stadt	20,41	20,82	20,80	20,79	21,22	21,67	21,78	+ 0,11	+ 4,04	401	401
Gelsenkirchen, Stadt	16,78	16,72	17,67	17,76	17,88	17,97	18,05	+ 0,09	+ 3,94	382	397
Solingen, Stadt	14,18	14,27	14,48	14,57	14,85	15,30	15,52	+ 0,22	+ 3,31	346	384
Hagen, Stadt	15,03	15,58	16,06	15,86	16,34	16,69	16,66	- 0,03	+ 3,20	373	391
Duisburg, Stadt	15,86	16,20	16,64	17,08	17,20	17,52	17,53	+ 0,01	+ 2,97	389	395
Salzgitter, Stadt	12,51	12,85	12,95	13,24	13,49	13,66	13,73	+ 0,07	+ 2,87	298	368

Abweichung in Prozentpunkten. Aufteilung: Neun Städte / ein Stadtkreis (Pforzheim).

Tab. 35.: Die zehn Städte mit über 400.000 Einwohnern über 18 Jahre mit den höchsten Überschuldungsquoten 2020

Stadt	Überschuldungsquoten in Prozent							Abw.		Rang	
	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	19/20	04/20	2004	2020
Duisburg	15,86	16,20	16,64	17,08	17,20	17,52	17,53	+ 0,01	+ 2,97	389	395
Essen	13,15	12,95	13,59	13,76	13,96	14,23	14,17	- 0,06	+ 1,92	348	372
Dortmund	14,26	14,30	14,46	14,44	14,44	14,33	14,04	- 0,29	+ 1,29	362	370
Leipzig	13,04	13,33	13,50	13,43	13,17	12,81	12,45	- 0,36	- 0,19	359	352
Bremen	12,69	12,76	12,67	12,60	12,51	12,53	12,44	- 0,09	+ 0,03	352	351
Berlin	13,02	12,99	12,74	12,63	12,42	12,31	12,02	- 0,28	- 2,00	380	344
Düsseldorf	12,40	12,35	12,31	12,12	12,09	12,09	11,85	- 0,23	- 1,08	367	338
Nürnberg	10,52	10,80	11,58	11,93	12,01	11,85	11,51	- 0,33	+ 1,16	267	323
Köln	11,75	11,85	11,84	11,78	11,67	11,62	11,44	- 0,18	- 0,92	350	321
Frankfurt am Main	10,90	10,90	10,75	10,58	10,74	10,76	10,76	- 0,01	- 0,01	295	291

Abweichung in Prozentpunkten. Aufteilung: Zehn kreisfreie Städte.

7.4 Quellen (Auszug)

Bertelsmann Stiftung, Juni 2020, Der Niedriglohnsektor in Deutschland, Falle oder Sprungbrett für Beschäftigte? (unter Mitarbeit des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, DIW Berlin)

Bundeszentrale für Politische Bildung, September 2020, Der Niedriglohnsektor in der Corona-Krise, Bonn

DIW Berlin, Wochenbericht Nr. 11/2020, Haushaltsüberschuldung hängt mit zu hohen Einkommenserwartungen und gelockerter Kreditvergabe zusammen, S. 175-181

DIW, Berlin; ifo Institut, München; IfW, Kiel; IWH, Halle; RWI, Essen, 14.10.2020, Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2020: Erholung verliert an Fahrt – Wirtschaft und Politik weiter im Zeichen der Pandemie

KfW-Mittelstandspanel 2020, Corona-Pandemie trübt Erwartungen für 2020 – Mittelstand vor der Krise auf solidem Fundament, 22.10.2020

Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. 181, 25.05.2020: In 35 Prozent der überschuldeten Haushalte lebte 2019 mindestens ein Kind

Tafel Deutschland

Bertelsmann Stiftung (2020), Factsheet, Kinderarmut in Deutschland

Depa, J., Hilzendegen, C., Tinnemann, P. et al (2015), An explorative cross-sectional study examining self-reported health and nutritional status of disadvantaged people using foodbanks in Germany. Int J Equity Health 14, 141

Depa, Julia, et al. 8 (2018), Prevalence of food insecurity among foodbank users in Germany and its association with population characteristics, Preventive medicine reports 9

Geyer, Johannes, et al. (2019), Anstieg der Altersarmut in Deutschland: Wie wirken verschiedene Rentenreformen?, Bertelsmann Stiftung

Neuss, 10. November 2020

Verantwortlich für den Inhalt:

Creditreform Wirtschaftsforschung

Leitung: Patrick-Ludwig Hantzsch, Telefon: (02131) 109-171

Hellersbergstr. 12, D - 41460 Neuss

Redaktion: Dr. Rainer Bovelet, Aachen.

Gastbeitrag:

Jochen Brühl (Jahrgang 1966) ist seit 20 Jahren ehrenamtlich bei den Tafeln aktiv und seit 2013 Vorsitzender von Tafel Deutschland e.V. Jochen Brühl ist im Hauptberuf leitender Fundraiser des Christlicher Verein Junger Menschen (CVJM). Außerdem ist er Diakon und Sozialarbeiter.

Datenmaterial und Karten:

Creditreform Boniversum GmbH

Hellersbergstr. 11, D - 41460 Neuss

Telefon: (02131) 109-501

microm

Micromarketing-Systeme und Consult GmbH

Hellersbergstr. 11, D - 41460 Neuss

Telefon: (02131) 109-701

Online-Umfragen:

Innofact AG, Düsseldorf

Alle Rechte vorbehalten

© 2020, Verband der Vereine Creditreform e.V.

Hellersbergstr. 12, 41460 Neuss

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verbandes der Vereine Creditreform e.V. ist es nicht gestattet, diese Untersuchung/Auswertung oder Teile davon in irgendeiner Weise zu vervielfältigen oder zu verbreiten. Lizenzausgaben sind nach Vereinbarung möglich. Ausgenommen ist die journalistische und wissenschaftliche Verbreitung.

